

Willi Gerns

Klassenbewußtsein und Partei der Arbeiterklasse



Marxismus aktuell

Marxistische Taschenbücher Reihe „Marxismus aktuell“

„Marxismus aktuell“ gibt aus marxistischer Sicht Antworten auf die wichtigsten aktuellen Fragen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft. Besonderes Gewicht liegt auf grundsätzlichen, wissenschaftlich fundierten und populär geschriebenen Arbeiten. In ausgewogenem Verhältnis dazu steht die Veröffentlichung wissenschaftlicher Spitzenleistungen. Neben international bekannten stellen sich junge und neue Autoren vor.

Willi Gerns

Klassenbewußtsein und Partei der Arbeiterklasse



**Verlag Marxistische Blätter
Frankfurt am Main 1978**

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Gerns, Willi:
Klassenbewußtsein und Partei der Arbeiterklasse. –
Frankfurt am Main:
Verlag Marxistische Blätter, 1978.
(Marxistische Taschenbücher: Reihe Marxismus aktuell; 124)
ISBN 3-88012-549-X

© 1978 Verlag Marxistische Blätter GmbH
Heddernheimer Landstraße 78a
6000 Frankfurt am Main 50
Alle Rechte vorbehalten
Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss
Umschlaggestaltung: Willi Hölzel
ISBN 3-88012-549-X
Mak 124

Inhalt

Einleitung	5
I Klassenbewußtsein heute	7
I/1 Klassengegensätze von Arbeitern und Kapitalisten sind unversöhnlich	8
I/2 Der Staat — ein Instrument der herrschenden Klasse	14
I/2.1 »Pluralismus« = Phrase und Wirklichkeit	16
I/3 Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus notwendig	24
I/3.1 Die Bundesrepublik braucht den Sozialismus	29
I/3.2 Unsere Haltung zu Reformen	33
I/4 Proletarischer Internationalismus und Haltung zur Sowjetunion	38
I/4.1 Objektive Grundlagen des proletarischen Internationalismus	38
I/4.2 Proletarischer Internationalismus aktueller denn je ..	41
I/4.3 Klassenmäßiges Verhältnis zur Sowjetunion notwendig	48
I/5 Notwendigkeit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse	52
II Klassenbewußtsein und Partei der Arbeiterklasse	57
II/1 Marx und Engels über die Rolle der revolutionären Partei ..	57
11/2 Lenin über die bewußtseinsbildende Arbeit der Partei	60
II/2.1 Bürgerliche und sozialistische Ideologie	61
II/2.2 Bewußtseinsbildende Arbeit der Partei notwendig ..	65
III Hemmnisse und Ansätze für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter in der Bundesrepublik	69
III/1 Warum ist das Klassenbewußtsein der Arbeiter in der Bundesrepublik schwach entwickelt?	69
111/2 Neue Ansätze für die Entwicklung des Klassenbewußtseins	73
111/3 Der 12. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall und die Entwicklung des Arbeiterbewußtseins	78
111/4 Organisationen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik	84

IV Aufgaben der Kommunisten bei der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse	93
IV/1 Antimonopolistische Erkenntnisse vermitteln	93
IV/2 Den Einfluß der bürgerlichen Ideologie zurückdrängen	98
IV/3 Voraussetzungen für die erfolgreiche Entwicklung des Klassenbewußtseins	112
Quellen.....	118

Einleitung

Die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse ist eine ständige und vorrangige Aufgabe der marxistischen Partei. Sie ergibt sich vor allem daraus, daß die Arbeiterklasse die entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft ist. Von ihrem bewußten und aktiven Handeln hängt darum in erster Linie der Erfolg im Ringen um den gesellschaftlichen Fortschritt ab. Das gilt für die elementaren Auseinandersetzungen um höhere Löhne, gegen inflationistische Preistreiberei und um die Verteidigung von Arbeitsplätzen. Das gilt ebenso, wenn es darum geht, die demokratischen Rechte zu verteidigen und zu erweitern, den Entspannungsprozeß unumkehrbar zu machen, Abrüstungsmaßnahmen durchzusetzen. Es gilt erst recht für den Kampf um die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht des Großkapitals, für das Ringen um eine neue, bessere Gesellschaft, um den Sozialismus.

Der Marxismus geht davon aus, daß der Sozialismus weder von selbst entsteht, noch durch einen Putsch oder die Verschwörung einer sogenannten Elite zustande kommen kann. Er vermittelt die wissenschaftliche Erkenntnis, daß sich die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung nur durch das Handeln der Volksmassen durchsetzen. Karl Marx betont: „Die Geschichte ist der Richter – ihr Urteilstvollstrecker der Proletarier.“¹ Das große Ziel, die von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreite sozialistische Gesellschaft, kann nur das Werk des bewußten und aktiven Handelns der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Werktätigen sein.

Zur Verwirklichung dieser geschichtlichen Aufgabe braucht die Arbeiterklasse Einsicht in die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft. Nur so ist sie in der Lage, die grundlegenden strategischen Aufgaben in jeder Etappe zu begreifen und den Kampf um die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erfolgreich zu führen. Den Arbeitern diese Erkenntnis zu vermitteln, ihnen zu helfen, sich ihrer Klasseninteressen und Ziele bewußt zu werden, ist die Aufgabe der revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Nur sie kann die Vereinigung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung vollziehen. Die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse ist darum das Herzstück der Arbeit der kommunistischen Partei, das alle Seiten

ihrer Tätigkeit durchdringen muß. Diese Aufgabe kann dabei um so besser erfüllt werden, je klarer die Vorstellungen darüber sind, was Klassenbewußtsein heißt, was unter den heutigen konkreten Bedingungen die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse einschließen muß, wo die Hemmnisse und wo die Ansätze für klassenmäßiges Denken und Handeln zu suchen sind und worin die konkreten Aufgaben bei der Entwicklung des Klassenbewußtseins bestehen. Diese Fragen sollen darum auch in den Mittelpunkt der nachfolgenden Kapitel gestellt werden.

I Klassenbewußtsein heute

Beginnen wir mit der Frage, was der Marxismus unter Klassenbewußtsein versteht. Sie zumindest knapp zu beantworten, ist um so notwendiger, als ein großer Teil der von der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse gerichteten ideologischen Angriffe von einem falschen Begriff des Klassenbewußtseins ausgeht, bzw. darauf gerichtet ist, einen falschen, irreführenden Begriff von Klassenbewußtsein zu erzeugen.²

Insbesondere wird Klassenbewußtsein gleichgesetzt „mit dem massenpsychologischen Durchschnitt dessen, was von bestimmten Arbeitern gedacht, empfunden, gemeint oder gesagt wird“. Nach diesen Konzeptionen „ist Klassenbewußtsein die Summe all dessen, was von einer beliebigen Anzahl von Arbeitern zu einer beliebigen Zeit, unter beliebigen Bedingungen erfahren, geglaubt oder vorgestellt wird“.³

Eine solche Vorstellung von Klassenbewußtsein hat mit dem Marxismus nicht das geringste gemein. Marx hebt vielmehr ausdrücklich hervor: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eigenen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet.“⁴

Das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse ist darum, unter kapitalistischen Bedingungen, zunächst nichts anderes als eine Widerspiegelung ihres objektiven gesellschaftlichen Seins in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer aus diesem objektiven Sein entspringenden geschichtlichen Aufgaben. Wenn wir von Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse sprechen, so verstehen wir darunter also ganz allgemein ausgedrückt Einsichten und Erkenntnisse, in denen sich die Arbeiterklasse ihrer materiellen Existenzbedingungen, ihrer grundlegenden Interessen, ihrer Beziehungen zu den anderen Klassen und Schichten der Gesellschaft sowie ihrer Rolle in der geschichtlichen Entwicklung mehr oder weniger deutlich bewußt wird.

Dabei gibt es einfache, elementare und höhere, mehr Einsicht und Wissen erfordernde Klassenerkenntnisse. Wenn ein Arbeiter

beitslohn erhalten. Dieser Wert, den sich die Kapitalisten aneignen, ist der Mehrwert oder Profit. Er ist Grundlage für die Existenz der Kapitalisten, sowohl für ihr prasserisches Leben wie für die Ausdehnung ihres Reichtums und ihrer Macht durch Investitionen. Ohne Profite zu machen, das heißt ohne Mehrwert aus den Knochen der Arbeiter herauszupressen, können die Kapitalisten nicht existieren. Umgekehrt können die Arbeiter im Kapitalismus nicht leben, ohne ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen und ausgebeutet zu werden. Die Ausbeutung und damit der Gegensatz von Arbeitern und Kapitalisten ist darum kein Schönheitsfehler, kein Auswuchs des Kapitalismus, den man im Kapitalismus überwinden könnte, sondern die Existenzgrundlage dieser Ausbeutergesellschaft.

Die Unversöhnlichkeit der Interessen von Arbeitern und Kapitalisten zeigt sich in jedem Lohnkampf. Die Kapitalisten sind stets bestrebt, die Löhne der Arbeiter so niedrig wie möglich zu halten, um sich möglichst viel Profit aneignen zu können. Den Arbeitern geht es dagegen darum, möglichst hohe Löhne zu erreichen, um besser leben zu können. Jeder Pfennig mehr Lohn verringert den Profit der Kapitalisten. Jeder Pfennig weniger Lohn vergrößert dagegen den Profit.

Die Unversöhnlichkeit der Interessen von Arbeitern und Kapitalisten zeigt sich auch bei Entlassungen, wenn die Unternehmer im Interesse des Profits Arbeiter auf die Straße werfen, die nicht mehr genug Profit bringen, die Arbeiter aber ihre Existenz verlieren. Auch wenn die Kapitalisten die Preise in die Höhe treiben, zeigt sich dieser unversöhnliche Interessengegensatz. Höhere Preise bringen den Kapitalisten höhere Profite. Für die Arbeiter bedeuten sie dagegen Verringerung der Kaufkraft ihrer Löhne, also Reallohnabbau.

In den Lohnauseinandersetzungen, im Kampf um die Verteidigung von Arbeitsplätzen, gegen die inflationistische Preistreiberei lernen Arbeiter nicht nur, daß ihre Interessen denen der Kapitalisten entgegengesetzt sind. Sie erfahren auch in der Praxis, daß man allein gegen die Unternehmer nichts erreichen kann, daß dafür gemeinsames, solidarisches Handeln notwendig ist. Diese klassenmäßigen Erkenntnisse sind darum im Kern der Arbeiterklasse relativ weit verbreitet. Die Aneignung dieser Einsichten ist von großer Bedeutung für die gewerkschaftliche Organisation und die aktive Teilnahme der Arbeiter am gewerkschaftlichen Kampf.

Ihre Verbreitung erfordert die entschiedene Auseinandersetzung mit allen Spielarten der Sozialpartnerschaftsideologie, die den Arbeitern vorgaukeln will, daß Arbeiter und Kapitalisten angeblich gemeinsame Interessen hätten, daß man in einem Boot

sitze, daß niedrigere Löhne auch im Interesse der Arbeiter lägen, weil sie angeblich die Arbeitsplätze sicherer machten und ähnliches mehr.

Für die Auseinandersetzung mit der Sozialpartnerschaftsideologie sind die Erfahrungen von großer Bedeutung, die Arbeiter in der Krise 1974/75 gesammelt haben und mit den anhaltenden vielfältigen Krisenerscheinungen des Kapitalismus weiterhin sammeln.

Die Krisenerscheinungen des Kapitalismus rufen einerseits Unsicherheit und kritische Fragen über den Kapitalismus hervor. Teile der Arbeiter erkennen, daß dieses System krank ist, Unsicherheit bringt, sehen seine Gebrechen. Das schafft Ansatzpunkte für die Entwicklung von Klassenbewußtsein. Zugleich ist nicht zu übersehen, daß die Krisenangst und der Druck der bürgerlichen Propaganda bei nicht unbeträchtlichen Teilen der Arbeiter eine Stimmung hervorruft: „Jetzt ja keine Experimente! Lieber in den Forderungen zurückstecken, damit es nicht noch schlimmer kommt!“ Hier äußert sich die Einwirkung des von den kapitalistischen Meinungsmachern verbreiteten Märchens, höhere Löhne gefährdeten die Arbeitsplätze.

So forderte Bundeskanzler Schmidt auf dem 10. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden in Hamburg Zurückhaltung in der Lohnpolitik. Er setzte sich für höhere Profite der Unternehmer ein und erklärte, „daß die Erträge unserer Unternehmen heute notwendig sind, um den Unternehmen die Investitionen morgen zu ermöglichen. Erst die Investitionen von morgen bedeuten die Sicherung der Arbeitsplätze von übermorgen.“⁶

Wenn diese Rechnung stimmen würde, dann wären ja wohl auch die Gewinne der Unternehmer von vorgestern die Investitionen von gestern und die Arbeitsplätze von heute. Danach hätte es aber in der Krise 1974/75 keinen einzigen Arbeitslosen in der Bundesrepublik geben dürfen und dürfte es auch heute keinen geben, denn in den vergangenen Jahren haben die Unternehmer Supergewinne eingesteckt.

1973 haben allein die 100 größten Industriekonzerne der Bundesrepublik einen Nettoprofit von 37,5 Milliarden DM kassiert. 28 Prozent mehr als im Jahr zuvor – die höchste Zuwachsrate und größte Profitmasse, die diese Monopole bis dahin in einem Jahr erzielten. 1974 betrug der Nettoprofit dieser Konzerne 42,9 Milliarden DM. 1975 sank der Nettoprofit der 100 größten Industrieaktiengesellschaften zwar auf 38,8 Milliarden DM, lag aber dennoch über dem Vorkrisenjahr 1973. 1976 stieg der Nettoprofit dieser Gesellschaften dann auf die Rekordsumme von 46,3 Milliarden DM.⁷ 1977 brachte für die meisten Konzerne ein weiteres kräftiges Ansteigen des Profits. Das äußert sich darin, daß die Ge-

winne der Aktionäre 1977 im Durchschnitt um 34,54 Prozent gestiegen sind. Für 1978 prognostizieren die führenden bürgerlichen Wirtschaftsinstitute der Bundesrepublik ein erneutes Ansteigen der offengelegten Nettogewinne um weitere 11,5 Prozent.⁸

Zum anderen sind ja nicht zu wenig Maschinen und Anlagen vorhanden, die erst durch Investitionen angeschafft werden müßten. Auf dem Höhepunkt der Krise waren die Industriekapazitäten nur zu 74 Prozent ausgelastet (Bericht der Commerzbank). 1974 gab es in der Bundesrepublik 1 642 000 verfügbare, aber nicht besetzte Arbeitsplätze, ermittelte das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“. Es schätzte für 1975 die Ziffer auf 1 690 000.⁹ Moderne Maschinen und Anlagen sind vorhanden, arbeitslose Arbeiter und Angestellte warten auf einen Arbeitsplatz. Wenn sie dennoch keine Beschäftigung finden, so darum, weil infolge der zu geringen Massenkaufkraft die produzierten Waren nicht verkauft werden können.

Weiter weiß jeder Arbeiter aus eigener Erfahrung, daß mehr Investitionen nicht unbedingt mehr Arbeitsplätze bedeuten müssen. Die Unternehmer investieren ja nicht, um Arbeitsplätze zu schaffen, sondern um Profit zu scheffeln. Sie nehmen darum vor allem Rationalisierungsinvestitionen vor. Es werden neue, modernere Maschinen angeschafft, mit denen weniger Arbeiter mehr produzieren können. Die Folge sind nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze.

Schließlich bedeuten mehr Profite für die Unternehmer keineswegs, daß damit mehr Investitionen in der Bundesrepublik vorgenommen werden. Investitionen sind für die Unternehmer ja nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Profitvermehrung. Sie investieren deshalb dort, wo ihnen die größten Profite winken. Darum sind in den letzten Jahren trotz Krise und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik die Auslandsinvestitionen der Konzerne in sogenannten Niedriglohnländern beträchtlich angestiegen. Die Konzerne investieren aber auch in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern, um Transportkosten zu sparen oder Einfuhrbeschränkungen zu unterlaufen.

Ein Viertel der Siemens-Produktion z.B. entfällt bereits auf Werke im Ausland. Der Anteil des Auslandsgeschäfts beträgt fast 50 Prozent. Bei Hoechst liegt der Anteil des Auslandsgeschäfts bei 63 Prozent. BASF, Hoechst und Bayer bauen seit Jahren jede dritte Fabrik im Ausland, während in der Bundesrepublik allein in diesen Betrieben fast 21 000 Arbeitsplätze liquidiert wurden und etwa 33 000 Beschäftigte kurzarbeiten mußten.¹⁰

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bestätigte am 24. Oktober 1975: „Im ersten Halbjahr 1975 setzte sich

der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend zu mehr direkter unternehmerischer Betätigung im Ausland fort.“ Netto 2438,6 Millionen DM legten bundesdeutsche Firmen in diesem Zeitraum für Direktinvestitionen im Ausland an. Das Gesamtvolumen ihres Auslandsvermögens betrug schon 1975 39,2 Milliarden DM.¹¹ Inzwischen hat sich diese Entwicklung in beschleunigtem Tempo fortgesetzt.

Auch die Krise 1974/75 bestätigt die Feststellung von Karl Marx in seinem Werk „Das Kapital“: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bildet.“¹² Darum ist und bleibt im Kapitalismus der Kampf um die Erhöhung der Massenkaufkraft das wirksamste Mittel zur Abmilderung der Krisenlasten für die arbeitenden Menschen.

Dabei wissen wir als Kommunisten allerdings, daß auf diese Weise nur die Krisenlasten abgemildert werden können. Die Krisen selbst werden damit nicht aus der Welt geschafft. Sie haben ihre Ursache im kapitalistischen System, im kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln, in dem darin begründeten schrankenlosen Profitstreben des Kapitals und der sich daraus ergebenden Anarchie der Produktion. Eine planmäßige, krisenfreie Entwicklung der Wirtschaft im Interesse der werktätigen Menschen hat die Überwindung des kapitalistischen Ausbeutersystems durch den Sozialismus zur Voraussetzung.

Die DKP sieht eine wichtige Aufgabe ihrer ideologischen Arbeit in der Auseinandersetzung mit dem Märchen, daß höhere Löhne die Arbeitsplätze gefährden und ähnlichen Pseudotheorien, die in die Arbeiterklasse hineingetragen werden und nicht wenige Arbeiter am konsequenten Eintreten für ihre eigenen Interessen hindern.

Besonders wichtig ist dabei auch, dem Schindludertreiben mit dem Wort Solidarität entgegenzutreten. Vom sozialdemokratischen Bundeskanzler über die CDU-Sozialausschüsse bis hin zu den Bossen der Unternehmerverbände wird „Solidarität“ zwischen Arbeitern und Unternehmern gefordert. Besonders originell wähnt sich dabei Norbert Blüm von den CDU-Sozialausschüssen, wenn er verlangt: Das Wort Solidarität müssen wir neu buchstabieren. Und er buchstabiert es so: Solidarität, um die Krise zu meistern. Gleichbehandlung von Rente und Lohn, nach den gleichen Gesichtspunkten der Belastbarkeit. Um einen neuen „Klassenkampf“ zwischen der „Klasse der Arbeit-Besitzenden“ und den Arbeitslosen zu vermeiden, müsse die knappe gewordene Arbeit

gleichmäßig verteilt werden.¹³

Was Blüm mit dem Wort „Solidarität“ verkauft, ist nichts anderes, als den beschäftigten Arbeitern zu predigen, sich mit dem Abbau ihrer Reallöhne zufriedenzugeben, angeblich im Interesse der Arbeitslosen. Den Arbeitslosen versucht er einzureden, daß nicht die kapitalistische Ausbeuterordnung, sondern die „Unbescheidenheit“ der beschäftigten Arbeiter schuld daran sei, wenn sie keine Arbeit finden. Die Arbeiter sollen ohne zu murren höhere Sozialbeiträge hinnehmen, angeblich um den Rentnern zu helfen. Die Rentner wiederum sollen sich aus angeblicher Solidarität mit den Beschäftigten mit Rentenkürzungen zufriedengeben.

All das dient allein der „Solidarität“ oder, richtiger gesagt, der Kumpanei mit dem Großkapital, die der Unternehmer-Ideologe Blüm betreibt, wobei er sich mit einem sozialen Heiligenschein umgibt. Dem Großkapital will er den Rücken freihalten, damit die Bosse ungestört ihre Superprofite in die Banktresore einfahren können. Wirkliche Solidarität der beschäftigten und arbeitslosen Arbeiter, der im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter und Angestellten und der Rentner ist dagegen notwendiger denn je. Sie erfordert den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen das Großkapital.

Elementare ökonomische Klassenerkenntnisse, die der Sozialpartnerschaftsideologie widersprechen, sind, wie bereits gesagt, im gewerkschaftlich organisierten Kern der Arbeiterklasse verhältnismäßig weit verbreitet. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang eine Befragung, die Harald Werner 1976 bei mehr als 300 Teilnehmern der gewerkschaftlichen Arbeiterbildung vorgenommen hat. Mehr als Dreiviertel der Befragten finden die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik ungerecht, sehen sich durch den Nichtbesitz von Produktionsmitteln benachteiligt, erkennen, daß die Unternehmer den größten Einfluß auf die Bundesregierung ausüben und gehen sogar davon aus, daß die Unternehmer die gesellschaftliche Klasse darstellen, die am meisten ihre Macht mißbraucht.

Trotzdem halten jedoch 74,5 Prozent der Befragten Sozialpartnerschaft dort für möglich, wo sich beide Seiten um vertrauensvolle Zusammenarbeit bemühen. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Harald Werner weist darauf hin, daß aus der Untersuchung deutlich wird, „daß diese gewerkschaftlich aktiven Kollegen ein Verständnis von Sozialpartnerschaft haben, das mit der herrschenden Praxis nichts gemein hat. Zwar halten die erwähnten 74,5 Prozent die Sozialpartnerschaft dort für möglich, wo man vertrauensvoll zusammenarbeitet, aber nur 50,3 Prozent sehen die Sozialpartnerschaft bereits verwirklicht. Da gleichzeitig 90,6 Prozent

meinen, daß die Macht der Konzerne eingeschränkt werden muß, und immerhin 82,2 Prozent den Wirtschaftsprozess demokratischer Kontrolle unterwerfen wollen, kann man nur zu dem Schluß kommen, daß für einen großen Teil der aktiven Gewerkschaftskollegen Sozialpartnerschaft ein Zustand ist, der sich erst herausbildet, wenn die Macht der Unternehmer eingeschränkt ist.“¹⁴

Wenn wir diese Umfrageergebnisse hier anführen, so darf dabei allerdings nicht übersehen werden, daß es sich um gewerkschaftlich aktive Kollegen handelt, die befragt wurden. Bei der Masse der Arbeiter und Angestellten sind selbst elementare ökonomische Klassenerkenntnisse noch schwach verbreitet. Es kommt darauf an, von den eigenen Erfahrungen der Arbeiter ausgehend, die sie heute mit dem Kapitalismus sammeln, verstärkt die Erkenntnis zu vermitteln und zu vertiefen, daß die kapitalistische Gesellschaft in Klassen gespalten ist, daß die Interessen der Arbeiter und der Kapitalisten nicht nur gegensätzlich, sondern unversöhnlich sind.

Es kann keine Partnerschaft geben zwischen den produktionsmittelbesitzenden Kapitalisten – deren Existenzgrundlage und Quelle ihrer Bereicherung die Ausbeutung der Arbeiter ist – und den Arbeitern, die keine Produktionsmittel besitzen und gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Es kann keine Partnerschaft geben zwischen den Kapitalisten, die Tausende Arbeiter auf die Straße setzen oder zu Kurzarbeit verurteilen, und den Arbeitern, die damit in materielle Not und Existenzunsicherheit gestürzt werden. Es kann keine Partnerschaft geben zwischen den die Preise immer höher treibenden Konzernbossen und den Arbeitern, deren Reallöhne damit immer mehr beschnitten werden. Das sind unversöhnliche Gegensätze. Zwischen Arbeitern und Kapitalisten kann es weder „Sozialpartnerschaft“ noch „Klassenharmonie“, sondern nur Klassenkampf geben.

I/2 Der Staat – ein Instrument der herrschenden Klasse

Klassenbewußtsein entwickeln heißt: Einsicht in den Klassencharakter des kapitalistischen Staates verbreiten. Der Marxismus lehrt und die Praxis des gesellschaftlichen Lebens bestätigt jeden Tag aufs neue, daß der Staat kein neutraler, über den Klassen schwebender Vermittler, sondern in einer Klassengesellschaft immer das Instrument der herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer Klasseninteressen ist. Das war so, solange es Klassengesellschaften und mit ihnen den Staat gibt. Das ist heute unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, also der Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitli-

chen, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassenden Herrschaftssystem in unserem Lande, erst recht so. „Angesichts der Eintracht von Konzernen und Staatsmacht klingt es wie ein Witz, wenn manche Leute immer noch so tun, als stände der Staat gewissermaßen über den Klassen. Nein, gerade unter den Bedingungen der Krise hat sich der bürgerliche Staat selber noch deutlicher als das entpuppt, was er wirklich ist: als ein gemeinschaftlicher Ausschuß der Hochfinanz, als ein Instrument zur Mehrung ihres Reichtums und der Verschleierung des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital.“¹⁵

Der Klassencharakter des kapitalistischen Staates wird bereits in jedem Lohnkampf deutlich, wenn Regierungsvertreter massive Appelle an die Adresse der Arbeiter und der Gewerkschaften richten, sich mit niedrigen Lohnforderungen zufriedenzugeben. In der Bundesrepublik ist mit sogenannten Sachverständigen-Räten und ihren Gutachten, mit dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, den von ihr eingerichteten Diskussionsrunden von Regierungs-, Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern ein ganzes System staatlicher Einflußnahme auf die Tarifabschlüsse im Interesse der Gewährleistung hoher Unternehmerprofite geschaffen worden. Besonders anschaulich wird der Klassencharakter des kapitalistischen Staates, wenn in den Lohnauseinandersetzungen Polizei oder Arbeitsgerichte gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden.

Der Klassencharakter des kapitalistischen Staates zeigt sich in seiner Steuer-, Subventions- und Forschungspolitik, die ebenso wie die staatlichen Rüstungsausgaben dem Ziel dienen, den Monopolen hohe Profite zu verschaffen. Auf dieses Ziel ist auch die Tätigkeit der Staatsbetriebe ausgerichtet. Der Klassencharakter des kapitalistischen Staates zeigt sich in unserem Lande andererseits gegenwärtig besonders anschaulich in dem sowohl von der Regierungskoalition wie von der CDU/CSU beabsichtigten Betrug an den Rentnern, aber auch in der Praxis der Regierung, den Konzernen im Interesse ihrer Profite entgegen den gesetzlichen Vorschriften eine Berufsausbildungsabgabe zu erlassen, obwohl Hunderttausende von jungen Menschen ohne Lehrstelle auf der Straße stehen. Der Klassencharakter des kapitalistischen Staates wird deutlich in den Aufgaben des staatlichen Gewaltapparates, also der Armee, der Polizei und Justiz, die vor allem darin bestehen, die kapitalistische Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten, Macht und Profite des Großkapitals zu sichern.

Die Erkenntnis des Klassencharakters des kapitalistischen Staates stellt bereits eine höhere Stufe klassenmäßiger Einsichten dar. Sie ist in der Regel weniger verbreitet als das Bewußtsein gegensätzlicher Interessen von Arbeitern und Kapitalisten. Das hängt si-

cher damit zusammen, daß die Konfrontation der Arbeiter mit der kapitalorientierten Politik des Staates meistens weniger unmittelbar ist, weniger hautnah, als die Konfrontation mit den Unternehmen. Es hängt damit zusammen, daß der Klassencharakter des kapitalistischen Staates hinter dem Nebelvorhang eines formell allgemeinen und gleichen Wahlrechts, eines Mehrparteiensystems, des Wechsels von Regierung und Opposition usw. verborgen wird. Unter diesen Bedingungen sind Illusionen über die angeblich über den Klassen schwebende Rolle des Staates weit verbreitet.

1/2.1 „Pluralismus“ – Phrase und Wirklichkeit

Eines der wirkungsvollsten ideologischen Instrumente, mit dem der Klassencharakter des kapitalistischen Staates verschleiert und zugleich die Politik der kommunistischen Parteien sowie die sozialistische Demokratie in den Ländern des Sozialismus als undemokratisch verleumdet wird, ist die bürgerliche Pluralismuskonzeption. Es ist daher auch kein Zufall, daß bei den Angriffen großbürgerlicher und sozialdemokratischer Presseorgane auf den Programmmentwurf der DKP gerade der Vorwurf einen zentralen Platz einnimmt, daß darin Begriffe wie Pluralismus und Abwählbarkeit fehlen. So schreibt der „Parlamentarisch-Politische Pressedienst“: „Bei anderen durch die Diskussion über den ‚Eurokommunismus‘ aktuell gewordenen Themen versucht sich der Entwurf mit Halbwahrheiten aus der Schlinge zu ziehen. Für eine ‚Periode grundlegender Umgestaltung‘ wird zwar eine ‚antimonopolistisch-demokratische Kräftekonstellation‘, sogar eine ‚Koalitionsregierung‘ akzeptiert. Aber ob ‚die anderen demokratischen Kräfte‘ auch noch in der auf die ‚antimonopolistische‘ Periode folgenden ‚sozialen Umwälzung‘ aktiv sein dürfen, ob – wie das die ‚Eurokommunisten‘ billigen – eine solche ‚Koalitionsregierung‘ sich einem Wählervotum gegen sie fügen und zurücktreten würde – all das, was mit dem Begriff ‚Pluralismus‘ zusammenhängt, wird ausgeklammert.“¹⁶ In ähnlicher Weise äußert sich z. B. auch der sozialdemokratische „Vorwärts“.¹⁷

Nach der bürgerlichen Pluralismuskonzeption sollen in Ländern mit bürgerlich-parlamentarischem System angeblich ein Pluralismus von Regierungs- und Oppositionsparteien, der freie Wechsel von Regierung und Opposition durch die Wählerentscheidung sowie Meinungspluralismus gewährleistet sein. Auf den ersten Blick scheinen diese Länder das gezeichnete Bild auch zu bestätigen. Es gibt Parteien in der Regierung und auf den „Oppositions“bänken.

Es hat in der Bundesrepublik eine Ablösung der CDU/CSU-geführten Regierung durch eine SPD-geführte Regierung gegeben. Im Parlament und in politischen Veranstaltungen prallen die Positionen der Parteien aufeinander. In Presse, Rundfunk und Fernsehen sind die Aussagen keineswegs in allen Fragen deckungsgleich. Diese scheinbare Bestätigung des „Pluralismus“ in der bürgerlichen Demokratie ist ein wesentlicher Grund für die weitverbreiteten Illusionen in den Köpfen der Arbeiter über den bürgerlichen Staat.

Bei näherer Betrachtung stellt sich allerdings heraus, daß es für den „Pluralismus“ eine enge klassenbedingte Grenze gibt: die Aufrechterhaltung der politischen Macht des Großkapitals, die Erhaltung des kapitalistischen Eigentums und der kapitalistischen Ausbeutung. Bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Standpunkte in bestimmten Fragen ist eben die Politik sowohl der CDU/CSU wie der FDP und der SPD-Führung vor allem auf die Erhaltung und Festigung des kapitalistischen Systems gerichtet.

Die Unantastbarkeit des Kapitalismus ist auch der absolute Rahmen für die „Meinungsvielfalt“ in den Massenmedien. In der Regel ist dieser Rahmen jedoch noch weit enger. Schon da, wo durch Lohn- und Tarifforderungen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften die Superprofite des Großkapitals auch nur geschmälert werden könnten, ziehen bürgerliche Presse, Rundfunk und Fernsehen völlig gleichgeschaltet gegen die Arbeiterforderungen zu Felde. Die jüngsten Lohn- und Tarifaueinandersetzungen sind dafür erneut eine anschauliche Illustration.

Wie eng die klassenbedingten Grenzen des „Meinungspluralismus“ gezogen sind, zeigt auch die Entlassung des ehemaligen stellvertretenden Chefredakteurs des „Stern“, Manfred Bissinger, wegen eines kritischen Artikels über die Kapitalexporthandeln des Großkapitals. In einem Brief an den Redaktionsbeirat des „Stern“ schreibt Bissinger denn auch treffend: „Paul Sethe hat einmal davon gesprochen, Pressefreiheit sei ‚die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu sagen‘. Schon lange war sein Wort nicht mehr so wahr wie heute. Nur sind es nicht mehr 200, es sind nur noch wenige und diese wenigen sind noch mächtiger.“ Diese Macht der wenigen Meinungsmacher und ihr brutaler Mißbrauch hätten nicht anschaulicher demonstriert werden können als durch die verfassungswidrige Aussperrung der Drucker und Setzer durch die Großverleger in der Tarifaueinandersetzung 1978.

Wenn im Grundsatzprogramm des DGB mit Recht festgestellt wird, daß in der Bundesrepublik die alten Besitz- und Machtverhältnisse wiederhergestellt wurden, so waren und sind diese eben nicht durch die Utopie eines „pluralistischen“ Nebeneinander von

großkapitalistischem und sozialistischem Eigentum an den Produktionsmitteln, von Kapitalmacht und Arbeitermacht gekennzeichnet, sondern durch die Realität der uneingeschränkten Herrschaft des Großkapitals. Die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse, die hinter dem schillernden Begriff „Pluralismus“ verborgen werden sollen, lassen sich in dem Slogan zusammenfassen, den der SPD-Parteivorstand nach einer Bundestagswahl einmal so formulierte: „Unternehmermillionen kaufen politische Macht.“ Soll diese Wahrheit nur darum nicht mehr wahr sein, weil die SPD inzwischen selbst Unternehmermillionen einstreicht?¹⁸

Parteien- und Meinungsvielfalt soll es in der Bundesrepublik nur für solche Parteien und Meinungen geben, die den Boden der kapitalistischen Ausbeuterordnung nicht verlassen. Nicht nur jede wirkliche Opposition, die Opposition gegen das kapitalistische System, sondern schon die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen werden als verfassungsfeindlich verteufelt. Die DKP, die einzige antikapitalistische Oppositionspartei, wird durch die undemokratische 5-Prozent-Klausel, durch vielfältige Schikanen, durch die Aussperrung aus Rundfunk und Fernsehen in der Erfüllung des ihr durch das Grundgesetz gestellten Auftrags behindert, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Mitglieder der DKP und andere kritische Demokraten werden durch Berufsverbote verfolgt.

Ein bezeichnendes Licht auf die Grenzen des „Pluralismus“ in unserem Lande wirft auch das KPD-Verbot von 1956. Obwohl das Grundgesetz ausdrücklich die Freiheit von Forschung und Lehre verkündet, wurde die KPD u. a. wegen ihres Bekenntnisses zum Marxismus-Leninismus, d. h. zu einer wissenschaftlichen Lehre, verboten. Wer marxistische Auffassungen vertritt, für den soll es auch heute im öffentlichen Dienst keinen Platz geben. Das geht so weit, daß für das Berufsverbot eines Bundesbahnbediensteten z. B. die Tatsache herangezogen wird, daß er einen Artikel in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Marxistische Blätter“ geschrieben hat.

Was die herrschenden Kreise und ihre Parteien von „Pluralismus“ und „Abwählbarkeit“ halten, das zeigen sie im Zusammenhang mit einer möglichen Regierungsbeteiligung von Kommunisten in Italien oder Frankreich. Da ist die Drohung mit Wirtschaftssabotage noch das Harmloseste. Am deutlichsten hat Strauß in Chile demonstriert, was von den Phrasen über Pluralismus, Opposition und Abwählbarkeit im Munde solcher Leute zu halten ist. Strauß verherrlicht ein faschistisches Regime, das die vom Volk gewählte Regierung der Unidad Popular, die den Parteienplura-

lismus und die freie Betätigung von Oppositionsparteien gewährleistet, mit Maschinengewehren, Panzern und Düsenjägern „abgewählt“ hat. Wo es um die Macht und Profite des Großkapitals geht, da hat Strauß nichts dagegen, daß die mordende und folternde Soldateska Pinochets „kein Franziskaner-Orden ist, der Suppe an die Armen ausschenkt“. Kann die ganze Verlogenheit der bürgerlichen Pluralismusedemagogie noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden?

Was nun den realen Sozialismus und die Ziele der DKP betrifft, so wird jeder, der sich vorurteilsfrei mit der Wirklichkeit in den sozialistischen Ländern und den programmatischen Aussagen der DKP über eine sozialistische Bundesrepublik vertrautmacht, zu der Erkenntnis kommen müssen, daß der Sozialismus keineswegs einen grauen Einheitsbrei darstellt. Er ist vielmehr eine lebendige Gesellschaft mit unterschiedlichen sozialen Kräften und weltanschaulichen Strömungen, mit einer Vielfalt von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, die am Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung teilnehmen. In der Programmatik der DKP heißt es unmißverständlich: „Auch im Sozialismus gibt es unterschiedliche soziale Klassen und Schichten ebenso wie unterschiedliche weltanschauliche und religiöse Strömungen. Die DKP wirkt dafür, daß all diese Kräfte am Aufbau des Sozialismus teilnehmen. Sie strebt ein Bündnis der verschiedenen Parteien an, um den Übergang zum Sozialismus und seinen Aufbau gemeinsam mit ihnen zu vollziehen.“¹⁹

Diese Aussage zeigt eindeutig, daß wir davon ausgehen, daß es in einer sozialistischen Bundesrepublik verschiedene Parteien geben wird. Wir streben danach, daß diese Parteien im Kampf um den Sozialismus und beim Aufbau des Sozialismus im Bündnis zusammenwirken, um ihre Kraft im Interesse des Volkes konstruktiv zusammenzuführen und nicht im Gegeneinander zu verzetteln. Ob wir dieses Streben verwirklichen können, muß das Leben beweisen. Im Programmentwurf jedenfalls haben wir das niedergeschrieben, was die DKP erstrebt und am günstigsten für das arbeitende Volk erachtet.

Das gesellschaftliche Leitbild, auf das wir Kommunisten unser Handeln ausrichten, ist eine solidarische Gemeinschaft, eine Gesellschaft, die an die Stelle des jahrtausendealten Gegeneinander der in feindliche Klassen gespaltenen Ausbeuterordnungen das Miteinander und Füreinander gleichberechtigter Bürger setzt. Diese wahrhaft menschliche Gesellschaft hat ihre Grundlage im gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, in der Befreiung von der knechtenden Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, in der immer weitergehenden Annäherung der sozialen

Kräfte, in der Entfaltung wirklicher Demokratie und Freiheit für das arbeitende Volk. Sie nimmt ihren Anfang beim Aufbau des Sozialismus und findet ihre Vollendung in der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.

Bei aller Unterschiedlichkeit der sozialen Kräfte, politischen und weltanschaulichen Strömungen, kann es selbstverständlich auch im Sozialismus kein „pluralistisches“ Nebeneinander von Arbeitermacht und Kapitalmacht geben. Sozialismus erfordert immer die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen und gesellschaftliches Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln. Dabei bestätigen alle geschichtlichen Erfahrungen, daß es für die Lösung dieser Aufgaben unerlässlich ist, daß die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, ihre Politik und wissenschaftliche Weltanschauung die Hirne und Herzen des arbeitenden Volkes erobern und den maßgeblichen Einfluß erringen.

Beim Aufbau des Sozialismus gibt es nicht nur unterschiedliche Parteien, weltanschauliche und religiöse Strömungen. Der Sozialismus gewährleistet und erfordert wirkliche Meinungsfreiheit und schöpferischen Meinungsstreit. Beim Aufbau der neuen Gesellschaft werden neue, in der Geschichte der Menschheit noch nicht betretene Wege beschritten. Neue Fragen werden aufgeworfen und müssen auf neue Weise beantwortet werden. Dafür ist der Austausch und auch die Konfrontation der Meinungen, der schöpferische Meinungsstreit unerlässlich. Der Sozialismus braucht ihn wie die Luft zum Atmen. „Der Sozialismus ist eine von Grund auf freiheitliche und demokratische Ordnung. Er gibt dem Volk alle Freiheit, gibt jedoch keinen Raum für die Verherrlichung des Krieges, für Neonazismus und Rassismus, für Nationalismus und Völkerverhetzung, für diejenigen, die die Errungenschaften des Volkes und seine verfassungsmäßige Ordnung beseitigen wollen.“²⁰

Und was die Frage der Wählbarkeit und Abwählbarkeit betrifft, so muß dazu festgestellt werden, daß es kein einziges kapitalistisches Land gibt, in dem die arbeitenden Menschen so viele Möglichkeiten hätten, durch Wahl und, wo notwendig, auch Abwahl auf das politische und gesellschaftliche Leben Einfluß zu nehmen, wie in den Ländern des Sozialismus. Ebenso wie in den Parteien und gesellschaftlichen Organisationen müssen auch auf der staatlichen Ebene alle entscheidenden Funktionen von den Werktätigen oder ihren gewählten Vertretern gewählt werden. Die Abgeordneten, alle gewählten Funktionsträger sind den Werktätigen direkt bzw. ihren Wahlgremien rechenschaftspflichtig. Sie können von diesen jederzeit abberufen werden, wenn sie die in sie gesetzten

Erwartungen nicht erfüllen. Das Recht zur Abberufung von Abgeordneten durch die Wähler steht dabei keineswegs nur auf dem Papier. So wurden z. B. in der Sowjetunion von den 1973 gewählten Deputierten der örtlichen Sowjets während ihrer zweijährigen Funktionsperiode 957 durch ihre Wähler abberufen. Wenn diese Zahl verhältnismäßig klein ist, so ist das vor allem ein Ausdruck dafür, daß die Wähler in der Regel mit der Tätigkeit der gewählten Abgeordneten zufrieden sind.²¹

In den sozialistischen Ländern wäre es nicht vorstellbar, daß Abgeordnete ihren Wählern Versprechungen machen und diese dann nach der Wahl skrupellos brechen, ohne daß sie dafür von den Wählern zur Verantwortung gezogen werden könnten. Es gibt dort im Unterschied zur heutigen Bundesrepublik keine Möglichkeit, daß Abgeordnete in den Vorstandsetagen der die bürgerlichen Parteien finanzierenden Konzerne nominiert und auf entsprechenden Listenplätzen abgesichert werden, so daß sie praktisch nur von den Konzernen, nicht jedoch vom Wähler abgewählt werden können. Schon die Nominierung der sich zur Wahl stellenden Kandidaten wird in den sozialistischen Ländern unmittelbar von den Werktätigen oder ihren gewählten Vertretern entschieden.

Die DKP erstrebt gesellschaftliche Verhältnisse in der Bundesrepublik, die es unmöglich machen, daß die Spitzen des Großkapitals über ihre ökonomische Macht auch den maßgeblichen politischen Einfluß ausüben können, ohne sich jemals der Wahl durch das Volk zu stellen. In einer sozialistischen Bundesrepublik wird die Macht des Großkapitals überwunden sein. Alle entscheidenden Funktionen im staatlichen und gesellschaftlichen Leben müssen durch das Volk oder seine gewählten Vertreter gewählt werden und abwählbar sein. Nichtgewählte Funktionsträger, wie z. B. die Leiter der staatlichen Betriebe, müssen Rechenschaft ablegen und auch jederzeit durch die gewählten staatlichen Organe abberufen werden können.

Wenn die Frage der Abwählbarkeit allerdings im Sinne einer Rückkehr zum Kapitalismus gestellt wird, so sind wir davon überzeugt, daß das arbeitende Volk, wo es sich einmal von kapitalistischer Ausbeutung befreit hat, in seiner überwältigenden Mehrheit keinen Wunsch verspüren wird, sich wieder in das Joch der Ausbeutung spannen zu lassen. Das Volk, als oberster Souverän, wird vielmehr seine sozialistischen Errungenschaften, das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, die Befreiung von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das gesicherte Recht auf Arbeit, auf soziale Sicherheit, auf Bildung, die tatsächliche Gleichberechtigung der Frau und die anderen neuen Freiheiten der sozialistischen Gesellschaft in der Verfassung und

den Gesetzen des sozialistischen Staates verankern und auf der Grundlage dieser sozialistischen Gesetzlichkeit wirksam verteidigen. Außerdem wird durch die sozialökonomischen Umgestaltungen im Sozialismus die soziale Basis für solche Kräfte, die die mit der Verfassung und den Gesetzen des sozialistischen Staates unvereinbare kapitalistische Ausbeuterordnung wiederherstellen wollen, mehr und mehr verschwinden.

Der grundlegende Gedanke, der die Programmatik der DKP ebenso wie unser ganzes Handeln bestimmt, ist die Aussage: „Der Sozialismus, diese grundlegend neue Gesellschaftsordnung, die auf der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse aufbaut, kann nur das Ergebnis des Wollens und Handelns der Arbeiterklasse, der Volksmassen sein.“²² Eine sozialistische Bundesrepublik wird es nicht gegen, sondern nur durch den Willen der arbeitenden Menschen, der großen Mehrheit unseres Volkes geben.

Wenn „PPP“ und der „Vorwärts“ die Frage der Abwählbarkeit konkret in bezug auf eine antimonopolistische Koalitionsregierung aufwerfen, so muß man dazu sagen, daß wahrscheinlich unter den Bedingungen einer antimonopolistischen Demokratie neben den Parteien und Organisationen der antimonopolistischen Koalition auch noch solche Parteien und Organisationen tätig sein werden, die sich dem Prozeß der antimonopolistischen Umwälzung entgegenstellen.

Selbst nach ihrer politischen und ökonomischen Entmachtung verfügen die Monopole in dieser Etappe des Kampfes noch über beachtliche Mittel: Geld, das ihnen aus Kapitalanlagen im Ausland zur Verfügung steht; die Unterstützung ausländischer Monopole, fremder Geheimdienste und Spionageorganisationen, die versucht werden, von der Wirtschaftsblockade bis zur Sabotage und bewaffneter Konterrevolution alle Hebel in Bewegung zu setzen; Einfluß auf kleine und mittlere Kapitalisten, auf Teile der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Spezialisten, auf die ehemaligen Führungskräfte der Armee, der Polizei usw. sowie auf das Denken rückständiger Gruppen der Werktätigen; politische Parteien und Organisationen, die die Interessen des Monopolkapitals vertreten und dessen Macht wiederherstellen wollen. Es wird also eine Periode erbitterten Klassenkampfes sein, die gewaltige Anstrengungen der revolutionären Kräfte verlangt. Alles hängt dabei ab von der Entwicklung des Bewußtseins und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und ihrer Fähigkeit, das antimonopolistische Bündnis zu festigen und weiterzuentwickeln, vom aktiven antimonopolistischen Handeln der breiten Massen.

Bewußtsein und Handeln der Massen entscheiden auch über die

Frage, ob eine Abwahl der antimonopolistischen Koalition möglich ist oder nicht. Wie die DKP immer wieder unterstrichen hat, kann eine antimonopolistische Demokratie nur erkämpft werden, wenn die Mehrheit des Volkes dafür gewonnen wird. Sie kann auch gegen die Anschläge der Konterrevolution nur verteidigt werden, wenn hinter ihr die Mehrheit des Volkes steht. Wenn die antimonopolistische Koalition das Vertrauen der Massen verlieren würde, gäbe es niemanden, der sie retten könnte. Wir sind allerdings davon überzeugt, daß gerade unter den Bedingungen eines wirtschaftlichen, wissenschaftlich und technisch so hoch entwickelten Landes wie der Bundesrepublik die revolutionären Kräfte alle Möglichkeiten haben, die Massen anhand ihrer eigenen Erfahrungen davon zu überzeugen, daß es sich ohne Monopole besser lebt und daß es im Interesse der Massen liegt, wenn es kein Zurück zur Herrschaft des Großkapitals, sondern ein Voranschreiten zum Sozialismus gibt.

Im übrigen zeigt das Schicksal des Spaniens der Volksfront wie des Chiles der Unidad Popular: die demokratischen Kräfte müssen weniger die Gefahr der Abwahl einer antimonopolistischen Koalitionsregierung durch die die Interessen des Großkapitals vertretenden politischen Parteien befürchten als vielmehr die Gefahr blutiger konterrevolutionärer Anschläge gegen die vom Volk gewählte antimonopolistische Regierung. Diese Anschläge müssen durch die gewählte Volksvertretung und die Aktivität der Volksmassen selbst entschieden unterbunden werden, um dem demokratischen Willen der Mehrheit des Volkes Geltung zu verschaffen.

Im Zusammenhang mit der in diesem Abschnitt behandelten Bedeutung der Staatsfrage für das proletarische Klassenbewußtsein sind jene Erfahrungen außerordentlich wichtig, die Arbeiten auf dem Hintergrund der sich vertiefenden kapitalistischen Krisenerscheinungen mit dem Staat sammeln.

Sie stellen darum zunehmend Fragen über die Beziehungen zwischen dem Staat und dem Großkapital, wie sie u. a. auch besonders deutlich geworden sind im Zusammenspiel zwischen Staat und Monopolen beim Ölpreisdiktat der Konzerne. Auch das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ mußte in diesem Zusammenhang zu der Feststellung kommen: „Der Staat als Instrument der Geschäftspolitik der Konzerne – dafür liefert die Ölkrise augenscheinlich Beispiele.“²³

Wie die gesellschaftlichen Einsichten überhaupt, sind auch die Erkenntnisse über die Beziehungen zwischen Großkapital und Staat bei Teilen der jungen Generation besonders fortgeschritten. Bei aller Vorsicht, mit der bürgerliche Meinungsumfragen zu genießen sind, ist es doch recht interessant, wenn das „Institut für Ju-

gendforschung“ in München in einer für den Shell-Konzern unter Jugendlichen zwischen 17 und 29 Jahren durchgeführten Umfrage zu dem Ergebnis kommt, jeder dritte junge Bürger habe erkannt, daß in der BRD die Unternehmer aufgrund ihrer wirtschaftlichen Machtposition die Herrschaft im Staat ausüben und die Politik der Regierung bestimmen.²⁴

Zugleich aber gibt es nach wie vor unter den Arbeitermassen und auch unter den Massen der Jugend starke Illusionen über die „Neutralität“ und „Unabhängigkeit“ des Staates, über seine „Gemeinwohlorientierung“. Sie finden ihren Ausdruck auch in den Staatsvorstellungen der Jungsozialisten und anderer sozialreformerischer Kräfte in der SPD.²⁵

Die prinzipielle Auseinandersetzung mit der bürgerlichen „Pluralismus“-Konzeption, mit den Pseudotheorien einer Klassenneutralität des Staates und die Verbreitung der Erkenntnis des Klassencharakters des kapitalistischen Staates ist unter den heutigen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus noch mehr als früher eine Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse um ihre ökonomischen und politischen Interessen.

I/3 Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus notwendig

Klassenbewußtsein entwickeln heißt: die Erkenntnis vermitteln, daß die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse nur durch die Überwindung des Kapitalismus durchgesetzt werden können, daß der Sozialismus notwendig und erreichbar ist. Arbeiter sammeln heute die Erfahrung, daß der Kapitalismus, trotz aller schönen Reden, Kapitalismus geblieben ist, daß die Ausbeutung schärfer wird. Sie erfahren, daß der Kapitalismus keine Sicherheit der Arbeitsplätze, keine Stabilität gewährleisten kann, und beginnen über die Ursachen nachzudenken.

Die Hauptursache für die kapitalistischen Überproduktionskrisen besteht im Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung des Erzeugten. Das Ziel der kapitalistischen Produktion besteht einzig und allein im Profit. Um ihn zu erzielen und auszuweiten, sind die Kapitalisten daran interessiert, die Produktion möglichst weit auszudehnen und zugleich den Anteil der Arbeiter an den erzeugten Werten herabzusetzen.

Daraus entspringt jedoch ein tiefer Widerspruch. Es wird für den Markt produziert, und folglich muß auf dem Markt verkauft wer-

den, damit der Profit realisiert wird. Dort, auf dem Markt, sind jedoch die Arbeiter die Hauptkonsumenten. Je stärker sie ausgebeutet werden, um so niedriger ist die Kaufkraft der Massen im Verhältnis zur erzeugten und angebotenen Warenmenge. Es entwickelt und verschärft sich so periodisch der Widerspruch zwischen Produktion und Markt soweit, daß es zu Überproduktionskrisen kommt.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus äußert sich zugleich in dem Widerspruch zwischen der Organisation der Produktion im einzelnen Unternehmen oder Konzern und der trotz aller Eingriffe des kapitalistischen Staates weiterhin herrschenden Anarchie und Planlosigkeit des Wirtschaftsprozesses im gesamtgesellschaftlichen Maßstab. Mißverhältnisse in der Entwicklung der einzelnen Zweige und Strukturkrisen sind das unvermeidliche Resultat. Kapitalistische Wirtschaftskrisen sind also weder Zufall noch das Ergebnis von Fehlern in der Wirtschaftspolitik. Kapitalismus und Krisen gehören vielmehr untrennbar zusammen.

Das Besondere an der jüngsten Überproduktionskrise 1974/75 besteht dabei in ihrer Verflechtung mit vielfältigen chronischen Krisenerscheinungen, die Ausdruck der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus sind, einer Krise, die alle Bereiche der kapitalistischen Gesellschaft erfaßt, die Wirtschaft ebenso wie die Politik, die Ideologie, Kultur und Moral. Auf wirtschaftlichem Gebiet gehören zu diesen langfristigen Krisenfaktoren chronische Arbeitslosigkeit und Inflation, Währungskrisen, Strukturkrisen und die vielfältigen negativen Folgen der profitorientierten kapitalistischen Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Durch den außerordentlich gewachsenen Einfluß der chronischen Erscheinungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus konnte die zyklische Überproduktionskrise ihre Funktion, zeitweilig bestimmte Widersprüche, vor allem den Widerspruch zwischen Produktion und Markt zu lösen, um damit die Bedingungen für einen neuen Aufschwung zu schaffen, nur teilweise erfüllen. Es wurden daher keine Voraussetzungen für einen neuen allgemeinen und kraftvollen Aufschwung herbeigeführt. Die Folge davon ist ein Anhalten von zahlreichen für die Überproduktionskrise typischen Krisenerscheinungen nach der Überwindung des Tiefpunktes der Krise. Auch in den kommenden Jahren ist eher mit Stagnation als mit Aufschwung und raschem Wachstum der Wirtschaft zu rechnen. Vor allem muß davon ausgegangen werden, daß es kaum zu einem nennenswerten Abbau, sondern viel eher zu einem weiteren Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit kommen wird. Die Verflechtung von allgemeiner Krise und zyklischer Überproduktionskrise des Kapitalismus bestätigt so nachdrücklich die Richtigkeit

der marxistischen Feststellung über die geschichtliche Überlebensfähigkeit des Kapitalismus.

Unter dem Eindruck der vielfältigen Krisenerscheinungen wächst die Kritik am kapitalistischen System. Sie ist allerdings in der Regel noch nicht mit klaren Vorstellungen über die gesellschaftliche Alternative verbunden. Vielmehr zeigt sich in wachsendem Maße ein Gefühl der Ausweglosigkeit und allgemeinen Lebensangst. Teile der Arbeiterklasse, besonders der arbeitenden und lernenden Jugend, beginnen jedoch über die Alternative zum kapitalistischen Krisensystem nachzudenken und bisweilen die Vorzüge des Sozialismus zu erkennen. So halten nach der bereits erwähnten Umfrage des „Instituts für Jugendforschung“ 20 Prozent der Befragten eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für gerechter, weil sie mehr Gleichberechtigung garantiert. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Vorstellungen über den Sozialismus auch bei vielen von denen, die sich für den Sozialismus aussprechen, noch sehr verworren sind und auch bei ihnen falsche Vorstellungen und Vorbehalte zum realen Sozialismus vorhanden sind.

Die Überholtheit des kapitalistischen Systems und die Notwendigkeit seiner Ablösung durch den Sozialismus machen die gegenwärtigen vielfältigen Krisenerscheinungen des Kapitalismus und ihre verheerenden Auswirkungen für die arbeitenden Menschen besonders deutlich. Für die DKP ist diese Krise Anlaß, ihre Kapitalismuskritik und die Propagierung des sozialistischen Ziels zu verstärken.

Dabei gehen wir davon aus, daß unsere Sozialismuspropaganda immer zwei Seiten hat. Einerseits kommt es darauf an, die erfolgreiche Entwicklung der Länder des Sozialismus bei den Arbeitern, bei den Werktätigen noch stärker bekanntzumachen. Gerade angesichts der tiefen Krise des Kapitalismus und des zwar nicht problemlosen, aber doch sehr erfolgreichen Voranschreitens der Länder des Sozialismus wird ja die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus immer deutlicher. Wobei wir Kommunisten es in der Regel schon recht gut verstehen, die ökonomischen und sozialpolitischen Erfolge der sozialistischen Länder bekanntzumachen. Wir verstehen es dagegen häufig noch nicht, in der gleichen überzeugenden Weise die Errungenschaften und Vorzüge der sozialistischen Demokratie ins Bewußtsein der Werktätigen unseres Landes zu bringen. Hier müssen wir noch große Anstrengungen unternehmen, zumal sich angesichts der Krise des Kapitalismus und der ganz offensichtlichen ökonomischen und sozialpolitischen Fortschritte der sozialistischen Länder die ideologische Auseinandersetzung immer mehr auf das Gebiet der Freiheit und Demokratie

verlagert.

Gegenwärtig haben wir es mit einer ganzen organisierten Kampagne der Verleumdung der sozialistischen Länder zu tun, in deren Mittelpunkt die Behauptung steht, daß es in diesen Ländern angeblich keine Freiheit gäbe und daß die Menschenrechte verletzt würden. Diese Kampagne steht jedoch auf schwankendem Boden. Ausgerechnet die führenden Politiker der USA, der Bundesrepublik und anderer imperialistischer Länder, die die Verantwortung für Millionen Arbeitslose, für die Perspektivlosigkeit der Jugend, für die Benachteiligung der Frauen, für Berufsverbote, für die Diskriminierung ausländischer Arbeiter und in den USA für den Rassismus tragen, wollen unter der Fahne des Kampfes für die Menschenrechte gegen die sozialistischen Länder zu Felde ziehen.

Die Bürger im Sozialismus sind frei von Krisen, von Arbeitslosigkeit und Inflation. Sie sind frei von Mietsteigerungen und Exmittierungen. Sie sind befreit von Obdachlosenasylen, Verbrechensflut, Drogenseuche, Horror- und Pornowelle. Sie kennen keine Bildungsmisere. Niemand wird wegen fortschrittlicher Gesinnung Berufsverboten unterworfen. Sie kennen keine Abgeordneten, die vom Großkapital durch „Beraterverträge“ bestochen werden.

Der sozialistische Staat schafft ein breites Betätigungsfeld für die allseitige demokratische Mitentscheidung der Bürger in allen Lebensbereichen. Wichtige Gesetzentwürfe, z. B. die neue sowjetische Verfassung oder das Familiengesetz, das Gesetz zur Förderung der Jugend und das neue Arbeitsgesetzbuch in der DDR wurden erst nach monatelanger Diskussion in der Bevölkerung, von der Tausende Veränderungsvorschläge kamen, beschlossen.

Die Kandidaten in den Volksvertretungen werden von ihren Arbeitskollektiven auf Herz und Nieren geprüft, brauchen deren Bestätigung, erhalten Wähleraufträge und sind rechenschaftspflichtig. Vielseitig sind die Rechte der Gewerkschaften, ihrer Vertrauenskörper, der Produktionsberatungen der Arbeiter in den Betrieben.

Die höhere Form der Demokratie, die Demokratie für das arbeitende Volk in den sozialistischen Ländern, kommt auch darin zum Ausdruck, daß z. B. in der DDR zwei Drittel aller Volkskammer-Abgeordneten Arbeiter und Angestellte sind. 75 Prozent der Betriebsleiter, 80 Prozent der Staatsanwälte und 80 Prozent der Offiziere der Nationalen Volksarmee stammen aus der Arbeiterklasse. Die übrigen Abgeordneten, Betriebsleiter und Leitenden Kader der staatlichen Institutionen sind Genossenschaftsbauern, Angehörige der Intelligenz und andere Werktätige.

Auf der Grundlage der politischen Macht der Arbeiterklasse

und ihrer Verbündeten, des gesellschaftlichen Eigentums an allen wichtigen Produktionsmitteln und der dadurch möglichen planmäßigen Entwicklung der Gesellschaft im Interesse der Werktätigen wurden in den sozialistischen Ländern die Fundamente für völlig neue Freiheiten des werktätigen Volkes geschaffen: Für das Menschenrecht auf Arbeit, für das Menschenrecht der Gleichberechtigung von Mann und Frau, für das Menschenrecht auf Bildung und Ausbildung, auf wirkliche soziale Sicherheit, für die Befreiung von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für das Recht der aktiven Mitwirkung der Organisationen der arbeitenden Menschen und jedes einzelnen Werktätigen bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens.

Diese grundlegenden Freiheiten und Menschenrechte werden in jedem kapitalistischen Land mit Füßen getreten. Allein im Sozialismus werden sie verwirklicht und können sie verwirklicht werden. Es kann jedoch für die Arbeiterklasse keine Befreiung von der Ausbeutung geben, wenn den Kapitalisten nicht die Freiheit der Ausbeutung genommen wird. Es kann kein Recht auf Arbeit, keine wirkliche soziale Sicherheit geben, wenn den Kapitalisten nicht das Recht genommen wird, Besitzer der Produktionsmittel zu sein und die Produktion ihrem Profitstreben unterzuordnen, was gesetzmäßig zu Krisen und Arbeitslosigkeit führt. Die neuen Rechte und Freiheiten der sozialistischen Demokratie können nicht gesichert werden, wenn dazu nicht das Recht gehört, die Versuche der gestürzten Ausbeuter, diese Rechte wieder zu beseitigen, durch den entschlossenen Kampf der Werktätigen und die Anwendung der sozialistischen Gesetzlichkeit entschieden zu bekämpfen.

Kurzum, Freiheit und Demokratie sind Klassenbegriffe. Darum kann es auch nicht für alle individuellen und kollektiven Freiheiten geben. Immer stellt sich die Frage: Freiheit für wen, für welche Klasse, Freiheit für welche Ideologie, für welche Politik?

Im Widerspruch zu dem scheinheiligen Gerede bürgerlicher Ideologen von absoluter Freiheit gibt es in den kapitalistischen Ländern nicht nur durch die objektive Klassenlage der Arbeiterklasse und nicht nur in der täglichen Praxis, sondern auch offen formuliert in Gesetzen und Verfassungsartikeln zahlreiche Freiheitsbegrenzungen für die Gegner des Kapitalismus. Unter dem Druck des Kampfes der demokratischen Kräfte gibt es manchmal sogar auch Gesetze und Verfassungsartikel, die in positiver Richtung Freiheitsbegrenzungen aussprechen. Ginge es z. B. nach den Artikeln 26 und 139 des Grundgesetzes, so wären faschistische Organisationen, Nazipropaganda, Hitlerwelle und Kriegsverherrlichung verboten und jene Richter handelten verfassungswidrig, die NPD-Aktivitäten schützen. Im Unterschied zu den

verfassungswidrigen Freiheitsbegrenzungen für Kommunisten und andere Demokraten durch Berufsverbote werden allerdings unter Bruch des Grundgesetzes die verfassungsmäßigen Freiheitsbegrenzungen für Faschisten und Kriegsverherrlicher nicht praktiziert.

Auch der Begriff der Menschenrechte hat einen Klasseninhalt. Wenn die die Interessen des Großkapitals vertretenden Politiker und Massenmedien von Menschenrechten sprechen, dann geht es ihnen in den kapitalistischen Ländern um die Erhaltung des Rechts des Monopolherren zur Ausbeutung, um die Privilegien einer kleinen Minderheit von Ausbeutern und Unterdrückern. In den sozialistischen Ländern geht es ihnen um das Recht einer Handvoll von ihren Völkern isolierter, im Solde des ausländischen Kapitals oder von Emigrantenorganisationen stehender sogenannter Dissidenten zur konterrevolutionären Propaganda. Wenn wir dagegen von Menschenrechten sprechen, dann haben wir die Rechte der überwältigenden Mehrheit der Menschen, die Rechte des arbeitenden Volkes im Auge.

II/ 3.1 Die Bundesrepublik braucht den Sozialismus

Die Propagierung der erfolgreichen Entwicklung der sozialistischen Länder, dabei nicht zuletzt der Vorzüge der sozialistischen Demokratie für die Werktätigen, sind eine ständige und außerordentlich wichtige Seite der Sozialismuspropaganda. Diese Aufgabe muß jedoch ergänzt werden durch die überzeugende Darstellung, was Sozialismus für unser industriell hochentwickeltes Land und seine arbeitende Bevölkerung bedeuten würde.

Das ist gerade darum so notwendig, weil der Sozialismus leider zunächst nicht in den am höchsten entwickelten, sondern in weniger entwickelten Ländern gesiegt hat. Das gilt nicht nur für die Sowjetunion, wo 1917 noch der Holzpflug vorherrschte, während die USA, Deutschland und andere Länder bereits hochentwickelte Industrieländer waren. Es gilt z. B. auch für die DDR im Verhältnis zur Bundesrepublik. Um das deutlich zu machen, soll nur darauf hingewiesen werden, daß es 1945 in ganz Deutschland 128 Hochöfen gab. Davon lagen ganze vier auf dem Territorium der heutigen DDR. Ohne Stahl kann man aber keine Maschinen und Anlagen für die Industrie und auch keine Autos oder Kühlschränke produzieren.

Als Folge dieser ungünstigen Ausgangspositionen sind die sozialistischen Länder trotz eines bedeutend rascheren Entwicklungstempos als die kapitalistischen auf einigen Gebieten des materiel-

len Lebensstandards noch hinter den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern zurück. Das wird bekanntlich von der Propagandamaschine des Großkapitals zur Verleumdung des Sozialismus fleißig genutzt. Um so notwendiger ist es, am Beispiel unseres eigenen Landes, das zu den industriell am höchsten entwickelten Ländern der Welt gehört, immer wieder den Nachweis zu führen, welchen hohen Preis die Werktätigen unseres Landes für die Fortexistenz des Kapitalismus zahlen, und welche Vorzüge ihnen der Sozialismus bringen würde. Nehmen wir dafür ein paar Beispiele.

In der Bundesrepublik sind nunmehr bereits seit mehreren Jahren rund eine Million Arbeiter und Angestellte zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Besonders schwer ist die Lage der Jugendlichen. Hunderttausende junger Menschen finden keine Lehrstelle oder müssen ihren Weg ins Leben gar als Arbeitslose beginnen. In der sozialistischen DDR gibt es dagegen keine Arbeitslosigkeit. Dort fehlen Arbeitskräfte. Für jeden jungen Menschen stehen qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung. Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel, das ist der Preis, den die Arbeiterklasse und die arbeitende Jugend der Bundesrepublik für den Kapitalismus zahlen muß.

In der Bundesrepublik klettern die Preise unaufhörlich in die Höhe. Zusammen mit steigenden Steuern und Sozialbeiträgen fressen die Preissteigerungen die mageren Nominalloohnerhöhungen auf und höhlen die Realeinkommen aus. In der sozialistischen DDR gibt es keine inflationäre Preisentwicklung. Mieten und Verbraucherpreise sind stabil. Die Realeinkommen steigen. Inflationäre Preistreiberei, Aushöhlung der Reallöhne, das ist der Preis, den die arbeitenden Menschen unseres Landes für das kapitalistische System zahlen müssen.

In der Bundesrepublik suchen Hunderttausende Familien eine Wohnung oder müssen in elenden Bruchbuden vegetieren. Besonders schwer ist dabei die Lage der ausländischen Arbeiter. Zugleich stehen 300 000 Neubauwohnungen leer. Sie können nicht verkauft oder vermietet werden, weil die Preise unerschwinglich sind. Auch so etwas ist in der sozialistischen DDR unvorstellbar. Auch dort suchen noch viele Familien eine Wohnung. Noch können längst nicht alle Wünsche befriedigt werden. Es werden aber gewaltige Anstrengungen im Rahmen des Sozialprogramms unternommen, um bei der Lösung der Wohnungsfrage voranzukommen. Leerstehende Wohnungen, weil die geforderte Miete zu hoch ist, das ist in der DDR undenkbar, wo die Mieten für Neubauwohnungen im Schnitt bei 1 Mark bis 1,25 Mark pro Quadratmeter liegen. In einer sozialistischen Bundesrepublik stünden die leerste-

henden 300 000 Wohnungen sofort als billige Wohnungen für Werktätige zur Verfügung. Wohnungsnot bei gleichzeitiger Vergeudung und Nichtausnutzung wertvollen Wohnraums, das ist der Preis, den die Werktätigen für das kapitalistische System in der Bundesrepublik zahlen müssen.

In der Bundesrepublik blieben auf dem Tiefpunkt der Krise etwa 25 Prozent der Produktionskapazitäten ungenutzt, und auch heute liegt ein großer Teil des Industriepotentials brach. In der DDR dagegen wächst die Produktion kontinuierlich. Die brachliegenden Produktionskapazitäten in der Bundesrepublik haben allein 1975 einen Produktionsverlust von mehr als hundert Milliarden DM bedeutet. In einer sozialistischen Bundesrepublik, in der es keine kapitalistischen Krisen gäbe, hätten die hundert Milliarden DM für höhere Löhne und Renten, für Aufgaben im Bildungswesen, im Gesundheits- und Verkehrswesen, im Wohnungsbau, im Umweltschutz und für andere notwendige Verbesserungen des Lebens der Bevölkerung zur Verfügung gestanden. Der Verzicht auf diese Verbesserungen und die Vertiefung der Misere in diesen Bereichen, das ist der Preis, den die Werktätigen unseres Landes für den Kapitalismus zahlen müssen.

In der Bundesrepublik wird die Lage im Bildungswesen immer unerträglicher. Überfüllte Klassen, Ausfall von Zehntausenden von Unterrichtsstunden, zu gleicher Zeit arbeitslose Lehrer, Verzicht selbst auf nur organisatorische Reformen auf dem Gebiet des Schulsystems, wachsende Tendenzen der Rückkehr zum alten Drei-Klassen-Schulsystem und ähnliches ist an der Tagesordnung. Während in der DDR jedes Kind eine mindestens zehnklassige Schule besucht, entspricht der heutige Ausbildungsstand der Masse der Schüler in der Bundesrepublik, der Hauptschüler, nicht einmal mehr den Anforderungen des ganz normalen kapitalistischen Konkurrenzkampfes. Während in der sozialistischen DDR den Kindern alle Möglichkeiten geboten werden, ihre Fähigkeiten und Talente frei zu entfalten, zahlt die Jugend der Bundesrepublik mit der Bildungsmisere für die Fortexistenz des Kapitalismus in unserem Lande.

Die Begründung dafür, daß der Sozialismus auch für die Bundesrepublik notwendig ist, muß also vor allem aus den eigenen Erfahrungen der Arbeiter mit den vielfältigen Krisenerscheinungen des Kapitalismus und ihren vorherrschenden Auswirkungen für das werktätige Volk abgeleitet werden. Zugleich führen aber auch viele andere das Denken der Menschen in unserem Lande bewegende Fragen an die Notwendigkeit der Überwindung des kapitalistischen Ausbeutersystems heran.

Als Beispiel dafür soll das Problem der friedlichen Nutzung der

Kernenergie genannt werden. Sie ist ein wichtiges Feld des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und kann bei einer dem Wohle der arbeitenden Menschen untergeordneten Nutzung neue Quellen für die Mehrung des Wohlstands, für die Erleichterung der Arbeit, für die Gesundheitsfürsorge und in anderen Bereichen erschließen. Dem kapitalistischen Profitgesetz untergeordnet, kann die entfesselte Atomenergie jedoch nicht nur bei ihrer Anwendung für Kriegszwecke vom Segen zu einer Geißel und ungeheuren Gefahr werden.

Wo nicht der Mensch, sondern der Profit im Mittelpunkt steht, da besteht die Gefahr, daß immer wieder notwendige Sicherheitsbestimmungen mißachtet werden. Das ist so beim Bau von Brücken und Kanälen, das ist auch so bei Kernkraftwerken. Die möglichen Folgen sind allerdings von ganz anderem Gewicht. Darum zeigen sich bei der Nutzung der Kernenergie besonders anschaulich die Grenzen des Kapitalismus. Die modernen Produktivkräfte sind über die engen kapitalistischen Produktionsverhältnisse hinausgewachsen. Sie verlangen gebieterisch nach einer neuen Gesellschaft, nach dem Sozialismus.

Wenn wir das so unmißverständlich feststellen, so bedeutet das allerdings nicht, daß wir, solange der Kapitalismus existiert, immer und unter allen Bedingungen gegen den Bau von Kernkraftwerken sind. Wir nennen in den „Energiepolitischen Vorstellungen der DKP“ jedoch folgende unabdingbaren Voraussetzungen:

- „– Keine Gefährdung der Sicherheit von Beschäftigten und Bevölkerung.
- Keine Gefährdung der natürlichen Umwelt.
- Demokratische Kontrolle von Plan, Bau und Betrieb durch die Bevölkerung und ihre Organisationen, durch die Belegschaften und ihre Gewerkschaften.
- Nachweis für die Notwendigkeit des Kernkraftwerks, d. h. auch dafür, daß das entsprechende Stromaufkommen nicht durch Kohle- oder Wasserkraftwerke geliefert werden kann.“²⁶

Da diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, fordert die DKP einen vorläufigen Stopp des Baubeginns neuer Kernkraftwerke in der Bundesrepublik.

Wir treten außerdem entschieden für folgende Maßnahmen ein:

- „1. Die Realisierung einer effektiven demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung ist im Bereich der Atomwirtschaft von besonderer Bedeutung. Um jede Umgehung des Kernwaffensperrvertrages und der besonderen Verpflichtung der Bundesrepublik, keine Kernwaffen herzustellen und zu besitzen, zu verhindern, muß die gesamte atomwirtschaftliche Tätigkeit der Bundesrepublik im In- und Ausland klar durchschaubar sein.

2. Angesichts der überragenden Bedeutung öffentlicher Mittel in der Atomwirtschaft, angesichts der schwerwiegenden Sicherheits- und Umweltprobleme, die die Anwendung der Kernenergie aufwirft, widerspricht die am Profit orientierte Tätigkeit privater Monopole in diesem Bereich zutiefst den Interessen der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes. Die gesamte Atomwirtschaft muß daher bei demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung verstaatlicht werden.“²⁷

Die verstärkte Kritik am kapitalistischen System und die Verbreitung der Erkenntnis, daß der Sozialismus auch für unser Land notwendig und möglich ist, ist ein außerordentlich wichtiges, mehr noch, das Schlüsselproblem bei der Entwicklung von Klassenbewußtsein. Die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse erfordert darum, noch stärker die Systemursachen der vielfältigen Krisenerscheinungen des Kapitalismus deutlich zu machen, die ständige und prinzipielle Auseinandersetzung mit allen Konzeptionen, die das bankrotte kapitalistische System verteidigen, die, ob im rechten oder scheinbar ultralinken Gewand, den realen Sozialismus verleumden oder Zweifel in die Möglichkeit der Er kämpfung des Sozialismus verbreiten.

I/ 3.2 Unsere Haltung zu Reformen

In unserem Lande kommt dabei zweifellos der Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Konzeption des „demokratischen Sozialismus“, einer dem Wesen der Sache nach sozialreformistischen Konzeption, eine besondere Bedeutung zu, da sie nach wie vor auf den größten Teil der Arbeiterklasse ihren Einfluß ausübt und die Arbeiter vom Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen abhält.

Marx, Engels und Lenin haben sich stets mit der Auffassung des Reformismus auseinandergesetzt, den Kampf der Arbeiterklasse auf Aktionen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen bei Fortbestand der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu beschränken. Seitdem lieferte die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ebenso wie die der Arbeiterbewegung unseres Landes viele praktische Beweise für die Haltlosigkeit der reformistischen These, daß der Sozialismus auf dem Wege über Reformen, ohne Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, zu erreichen wäre. Wobei die rechten sozialdemokratischen Führer selbst das einst erklärte Ziel des Sozialismus aufgegeben haben. Ihr „Sozialismusbild“ beschränkt sich heute im wesentlichen auf einzelne „ethische Wertvorstellungen“ und darauf, bestimmte öko-

nomische und soziale Verbesserungen bereits als „Sozialismus“ auszugeben.

Der wissenschaftliche Sozialismus tritt solchen Auffassungen unversöhnlich entgegen. Aber er ist nicht etwa gegen Reformen. Im Gegenteil: Im Unterschied zu den rechten sozialdemokratischen Führern, die heute selbst auf das Eintreten für Reformen im Rahmen des Kapitalismus verzichten und statt dessen im Interesse des Monopolkapitals eine Politik des Abbaus sozialer und ökonomischer Verbesserungen, die sich die Arbeiter in jahrzehntelangen Kämpfen errungen haben, betreiben, erweisen sich die Kommunisten im täglichen Wirken als die konsequentesten, unerschrockensten Kämpfer für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen, für entschiedene demokratische Reformen.

Über die Haltung der DKP zu Reformen wird in ihrer Programmatik prinzipiell festgestellt: „Einen bedeutenden Platz im Kampf der Arbeiterbewegung nimmt das Ringen um demokratische Reformen ein. Die DKP wirkt mit Entschiedenheit für Reformen, die der Verbesserung der Lage der Arbeitenden, der Erweiterung ihrer Rechte, der Vergrößerung ihres politischen Handlungsspielraums, der Schaffung von Möglichkeiten der Mitbestimmung und demokratischen Kontrolle dienen. Sie betrachtet die Durchsetzung solcher Reformen durch das arbeitende Volk als wichtigen Bestandteil des Kampfes um die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Zugleich erblickt sie in ihnen eine Möglichkeit zur Verbesserung der Kampfbedingungen für weitergehende gesellschaftliche Umgestaltungen.“²⁸

Dabei vergessen wir allerdings nicht, daß mit dem Wort Reformen auch viel Schindluder getrieben wird und auch solche reaktionären Maßnahmen, wie z.B. das geplante neue Polizeigesetz mit der Erlaubnis des gezielten Todesschusses oder die vorgesehenen Anschläge auf das Demonstrationsrecht mit dem Etikett „Reform“, eben „Polizeireform“ oder „Reform des Demonstrationsrechts“ versehen werden. Darum sagen wir unmißverständlich: „Den Einsatz für demokratische Reformen verbindet die DKP mit der Zurückweisung aller in den Mantel von Reformen gehüllten Maßnahmen zur Festigung des Kapitalismus. Sie wendet sich gegen jeden Versuch, den Kampf der Arbeiterklasse auf Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems zu beschränken.“²⁹

Die DKP läßt sich in ihrem Kampf um demokratische Reformen von Lenin leiten, der betonte, daß Reformen im Kampf um das sozialistische Endziel eine wichtige Funktion erfüllen können, als „Stützpunkte der auf dem Wege zur vollen Emanzipierung des Proletariats voranschreitenden Arbeiterbewegung“,³⁰ daß die Marxisten „jedwede Reformen“ nutzen, „um das revolutionäre

Bewußtsein der Massen und den revolutionären Kampf der Massen zu entwickeln“.³¹ Dabei verlieren wir sowohl im täglichen Kampf um Lohnerhöhungen und die Verteidigung von Arbeitsplätzen, im Ringen um Frieden und Abrüstung, um die Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte ebenso wie im Kampf um Mitbestimmung und andere antimonopolistische Reformen niemals unser sozialistisches Ziel aus dem Auge. Wir betrachten stets den Hinweis Lenins, daß „wie der Teil dem Ganzen... der Kampf für Reformen dem revolutionären Kampf für Freiheit und Sozialismus“ eingeordnet werden muß.³² Ebenso übersehen wir im Kampf um demokratische Reformen nicht, daß jede Reform in der kapitalistischen Gesellschaft einen doppelten Charakter hat.³³ Sie kann sowohl die Lage und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse verbessern als auch von den Herrschenden zur verstärkten Bindung der arbeitenden Menschen an das kapitalistische System genutzt werden. Welche dieser beiden möglichen Seiten stärker zum Tragen kommt, hängt dabei stets vor allem davon ab, ob es gelingt, „die Massen in den selbständigen ökonomischen und politischen Massenkampf einzubeziehen, der allein den Arbeitern wirkliche Errungenschaften zu geben... vermag“.³⁴ Unsere Orientierung auf demokratische Reformen ist darum auf den Massenkampf der Arbeiter und der übrigen demokratischen Kräfte um solche Reformen gerichtet.

Das, was rechtssozialdemokratische Führer als Reformpolitik ausgeben, dient nur dem Ziel, die Arbeiter in das kapitalistische System einzuordnen, die Macht der Monopole abzusichern und ihre Profite zu mehren. Es ist also nicht einmal mehr sozialreformistische Politik im herkömmlichen Sinne. Denen, die wirklich meinen, allein durch Reformen in den Sozialismus hineinwachsen zu können, muß entgegengehalten werden, daß diese Auffassung durch die Sozialdemokratie seit ihrer Umwandlung aus einer revolutionären in eine reformistische Partei, d. h. seit mehr als sechs Jahrzehnten, vertreten werden. Aber nirgends in der Welt wurden sie durch Tatsachen bestätigt. Auch da nicht, wo die Sozialdemokratie, wie in Schweden, jahrzehntelang sogar die absolute Mehrheit hatte. Auch ein Blick auf Portugal ist hier lehrreich: Dort hat der Musterschüler Willy Brandts, Mario Soares, unter der zum Gruß erhobenen Faust, mit der Losung des demokratischen Sozialismus Front gemacht gegen eine antiimperialistische, antimonopolistische Revolution.

Sozialismus gibt es nur in den Ländern, in denen die Arbeiterklasse, unter Führung ihrer kommunistischen Partei, die politische Macht errungen und mit deren Hilfe alle wichtigen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt hat. Gerade das

wollen aber weder die rechtssozialdemokratischen Führer noch die Vertreter einer sogenannten Reformstrategie.

Die grundlegenden Interessen der Arbeiter, d.h. Freiheit von Ausbeutung und Krisenangst, wirkliche Sicherheit der Arbeitsplätze u. a., können nur durch die Überwindung des Kapitalismus, nur durch den Sozialismus verwirklicht werden.

In diesem Zusammenhang dürfen wir auch nicht übersehen, daß selbst Arbeiter, die die unheilbaren Gebrechen des Kapitalismus erkennen und für den Sozialismus sind, an der Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus zweifeln. Diese Zweifel widerspiegeln den Einfluß der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Propaganda, die ganz bewußt Unglauben in die eigene Kraft unter den Arbeitern verbreitet. Sie sind in gewisser Weise aber auch Ausdruck für die demobilisierende Wirkung der superrevolutionären Phrasen der Maoisten und Trotzlisten.

Ihre Hetze gegen den realen Sozialismus, insbesondere gegen die Sowjetunion und die DDR, ihre Verleumdung der Kommunisten in der Bundesrepublik, ihre antigewerkschaftlichen Positionen stoßen auch systemkritische Arbeiter ab, tragen dazu bei, den Sozialismus zu diskreditieren. Ihr abenteuerlicher Ruf nach bewaffnetem Kampf in der Bundesrepublik und ihr gleichzeitiger Aufruf, die NATO und die Bundeswehr zu stärken, ihre Ablehnung aller Übergangsforderungen, die an den Kampf um den Sozialismus heranzuführen, trägt dazu bei, daß auch zahlreiche Arbeiter, die mit dem in der Bundesrepublik herrschenden kapitalistischen System zutiefst unzufrieden sind, noch keine reale Perspektive für den Sozialismus in unserem Lande sehen.

Es wird nicht möglich sein, die Arbeitermassen für den Kampf um das sozialistische Ziel der Arbeiterbewegung zu gewinnen, ohne den Einfluß der Ideologie und Politik der rechten sozialdemokratischen Führung und des Rechtsopportunismus unter den Arbeitern zurückzudrängen, ohne die ständige Auseinandersetzung mit Maoismus und Trotzismus.

Bei der Heranführung an den antimonopolistischen Kampf, an das Ringen um die Öffnung des Weges zum Sozialismus kommt neben den Fragen Löhne, Preise, Arbeitsplätze, den Forderungen nach wirksamer Mitbestimmung und nach Verstaatlichung von Grundstoff- und Schlüsselindustrien bei demokratischer Kontrolle durch die Arbeiter und ihre Organisationen eine große Bedeutung zu. Wenn heute in den Gewerkschaften und auch unter Sozialdemokraten wieder stärker über Verstaatlichung diskutiert und die Forderung nach Investitionskontrolle erhoben wird, so ist das sowohl ein Ergebnis der zunehmenden Krisenerscheinungen des Kapitalismus als auch ein Ausdruck für die Entwicklung des Bewußt-

seins von Teilen der Arbeiter.

Im Zusammenhang mit unserer Forderung nach Verstaatlichung bei demokratischer Kontrolle dürfen wir natürlich keine Illusionen über den Charakter von Staatsunternehmen im Kapitalismus aufkommen lassen. Engels sagt bekanntlich schon im „Anti-Dühring“: „Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften, noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf... Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier, das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um, das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts. Aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.“³⁵ Die Lösung des Konflikts zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Aneignung kann nur durch die Errichtung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und Überführung aller wichtigen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, d. h. durch den Sozialismus erfolgen. Dieser Grundsatz bestimmt die Politik der DKP.

Davon ausgehend, treten wir den rechtsopportunistischen Auffassungen entgegen, nach denen Staatsunternehmen im Kapitalismus schon „ein Stück Sozialismus“ seien. Wir wenden uns zugleich entschieden gegen jene Revoluzzer, die den Kampf um Verstaatlichung im Kapitalismus rundweg ablehnen, weil das noch kein Sozialismus ist. Daß der Kampf um Verstaatlichungsmaßnahmen im Kapitalismus bei aller Begrenztheit Fortschritte für die Arbeiterklasse bringen kann, zeigt nicht zuletzt die Reaktion des Großkapitals und seiner politischen Vertretungen auf Verstaatlichungsforderungen. Tragen solche Maßnahmen doch dazu bei, in der Arbeiterklasse deutlich zu machen, daß die Kapitalisten überflüssig sind.³⁶

Eingedenk der Engelsschen Einschätzung von Staatsunternehmen im Kapitalismus bleiben wir jedoch nicht bei der Forderung nach Verstaatlichung stehen, sondern verbinden sie stets mit der nach demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen. Auch das bedeutet natürlich noch nicht den Sozialismus oder „ein Stück Sozialismus“. Eine solche Verstaatlichung von produktions- und marktbeherrschenden Konzernen bei wirklicher demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen kann jedoch dazu beitragen, in diesen Staatsbe-

trieben bessere Arbeitsbedingungen, vorbildliche Sozialleistungen und wirksame Mitbestimmung durchzusetzen. Solche Erfolge wären zweifellos auch für die Arbeiter in anderen Bereichen mobilisierend. Staatsbetriebe unter wirklich demokratischer Kontrolle könnten auch, z. B. durch ihre Preis- und Investitionspolitik, zu einem Hebel der Einflußnahme auf die übrigen Wirtschaftsbereiche werden.

All das sind jedoch Möglichkeiten. Ob und wie weit sie zur Wirklichkeit werden, hängt ab vom Kräfteverhältnis der Klassen, vom Bewußtsein, der Organisiertheit, der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse. Es hängt insbesondere auch davon ab, welche Klassenkräfte im Staat, der ja Besitzer der Staatsbetriebe ist, den Ton angeben. Umfassend können die Möglichkeiten der demokratisch kontrollierten Staatsbetriebe als Instrument demokratischer Wirtschaftspolitik darum erst zum Tragen kommen, wenn die Arbeiterklasse und die übrigen antimonopolistischen Kräfte den maßgebenden Einfluß in Staat und Gesellschaft erringen, also in einer antimonopolistischen Demokratie.

I/4 Proletarischer Internationalismus und Haltung zur Sowjetunion

Klassenbewußtsein entwickeln heißt: die Ideen des proletarischen Internationalismus verbreiten, ein richtiges klassenmäßiges Verhältnis schaffen zur Macht der Arbeiterklasse in den Ländern des Sozialismus, vor allem zur Sowjetunion, dem mächtigsten sozialistischen Land.

I/4.1 Objektive Grundlagen des proletarischen Internationalismus

Der proletarische Internationalismus ist ein untrennbarer Bestandteil der Ideologie und Politik der Arbeiterklasse und der kommunistischen Parteien. Er bringt die Gemeinsamkeit der grundlegenden Interessen und die Solidarität der Werktätigen aller Länder, ihre Aktionseinheit im Kampf um die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft zum Ausdruck. Proletarischer Internationalismus äußert sich heute für die klassenbewußten Arbeiter und die Kommunisten in einem klaren, klassenmäßigen Verhältnis zur Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft, der wichtigsten Errungenschaft der internationalen Arbeiterbewegung. Proletarischer Internationalismus kommt zum Ausdruck in der Solidarität mit dem chilenischen Volk, mit den Völkern des südlichen Afrika, mit dem arabischen

Volk von Palästina, mit allen Völkern, die im Befreiungskampf gegen den Imperialismus stehen. Proletarischer Internationalismus äußert sich im solidarischen Zusammenwirken mit den Arbeitern und Werktätigen der anderen kapitalistischen Länder gegen die Abwälzung der Krisenlasten durch die Monopole, gegen die multinationalen Konzerne, für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt.

Der Internationalismus der Arbeiterklasse hat eine objektive Grundlage. Er entsteht und entwickelt sich auf dem Boden der prinzipiellen Gemeinsamkeit der Grundinteressen der Arbeiter aller Länder. Über das Wesen und die objektiven Grundlagen des proletarischen Internationalismus schrieb Friedrich Engels: „Weil die Lage der Arbeiter aller Länder dieselbe, weil ihre Interessen dieselben, ihre Feinde dieselben sind, darum müssen sie auch zusammen kämpfen, darum müssen sie der Verbrüderung der Bourgeoisie aller Völker eine Verbrüderung der Arbeiter aller Völker entgegenstellen.“³⁷

Diese Erkenntnis fand ihren Ausdruck in der Losung des Kommunistischen Manifests: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Von den Prinzipien des Internationalismus ausgehend, schufen Marx und Engels erstmals eine einheitliche Strategie des Klassenkampfes des internationalen Proletariats. Ihr ganzes Leben und besonders ihre Tätigkeit in der I. Internationale stellen ein Beispiel der Treue zum proletarischen Internationalismus und des Kampfes um die Verwirklichung seiner Ideen dar.

Im Zeitalter des Imperialismus sind die Verteidigung, Entwicklung und Durchsetzung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus vor allem mit der Tätigkeit Lenins verbunden. Lenin ging dabei stets von der Grunderkenntnis aus: „Die Herrschaft des Kapitals ist international. Das ist der Grund, weshalb auch der Kampf der Arbeiter aller Länder für ihre Befreiung nur dann Erfolg haben kann, wenn die Arbeiter gemeinsam gegen das internationale Kapital vorgehen.“³⁸

Lenin wies nach, daß sich im Imperialismus die Tendenz zur Internationalisierung des Kapitals verstärkt, daß sich der Austausch materieller und geistiger Werte zwischen den Völkern erweitert und vertieft, daß die ökonomische Verflechtung der einzelnen Staaten zunimmt. Dies macht die internationale Solidarität des Proletariats und der Werktätigen aller Länder im Kampf gegen das Kapital noch notwendiger, um so mehr, als die Arbeiterklasse selbst mit dem Übergang zum Imperialismus zahlenmäßig gewachsen und die Massenbewegung der Arbeiter breiter geworden ist.

Lenin und seine Mitstreiter bauten die revolutionäre proletarische Partei in Rußland auf der Grundlage eines konsequenten und

aktiven Internationalismus auf. Sie kämpften für die Stärkung des proletarischen Internationalismus in der weltweiten Arbeiterbewegung, insbesondere in Fragen wie der Unterstützung der Völker der Kolonialländer durch die Arbeiterklasse und des solidarischen Kampfes der Arbeiter aller Länder gegen den heraufziehenden ersten imperialistischen Weltkrieg.

Die Marxisten, darunter die besten Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung, vertraten in der II. Internationale eine konsequent internationalistische Haltung. Sie fand ihren Niederschlag in den Resolutionen des Stuttgarter und des Baseler Kongresses der II. Internationale, in denen die internationalistischen Positionen der Arbeiterklasse im Kampf gegen den imperialistischen Krieg niedergeschrieben wurden. Diese Positionen wurden allerdings von den immer tiefer im Sumpf des Opportunismus versackenden Führern der II. Internationale beim Ausbruch des 1. Weltkrieges schändlich verraten. Diese Führer gingen offen ins Lager des Chauvinismus über. Das Ergebnis war der Zusammenbruch der II. Internationale.

Eine neue Etappe in der Entwicklung des proletarischen Internationalismus wurde mit dem Sieg der Oktoberrevolution in Rußland eingeleitet. Mit der Errichtung der Macht der Arbeiterklasse wurde der proletarische Internationalismus zu einem entscheidenden, bestimmenden Faktor der Staatspolitik des ersten sozialistischen Landes der Welt. Die Ideen des Internationalismus fanden ihre Verwirklichung in den Beziehungen zwischen den Völkern des multinationalen Sowjetlandes. In der internationalen Arena trat der Sowjetstaat konsequent für die Unterstützung der Arbeiterbewegung und der Befreiungsbewegung in der ganzen Welt ein.

In Sowjetrußland erhielt die internationale revolutionäre Bewegung erstmals eine materielle Basis für die weitere Entfaltung ihres Kampfes. Das fand seinen Ausdruck in einem Aufschwung des Kampfes der Arbeiterklasse in vielen kapitalistischen Ländern. Die Oktoberrevolution gab zugleich der nationalen Befreiungsbewegung der Völker der kolonialen und abhängigen Länder einen mächtigen Auftrieb. Die weltweite revolutionäre Bewegung nahm beträchtlich an Breite zu. Das fand seinen Ausdruck in der von Lenin für diese neue Kampfetappe formulierten Losung des proletarischen Internationalismus: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!“

Die Erkenntnis, daß das Sowjetland die Basis für die weitere Entfaltung des weltweiten revolutionären Kampfes darstellte, führte dazu, daß die Stärkung und Entwicklung Sowjetrußlands und später der Sowjetunion zum gemeinsamen Anliegen der internationalen Arbeiterklasse wurde. Dieses gemeinsame Anliegen

wurde sichtbar in solchen hervorragenden Aktionen des proletarischen Internationalismus wie der Bewegung „Hände weg von Rußland“ während des Interventionskrieges der 14 imperialistischen Staaten gegen die junge Sowjetmacht, in der Verweigerung des Transports von Waffen für die Interventen, in der Sammlung von Lebensmitteln und Werkzeugen für das ausgeblutete Sowjetland nach der Niederschlagung der ausländischen Intervention und der weißgardistischen Konterrevolution, in der Hilfe, die Zehntausende Facharbeiter und Spezialisten aus kapitalistischen Ländern beim Aufbau des Sowjetlandes leisteten.

Seit jener Zeit ist die Solidarität mit dem ersten sozialistischen Land zu einem charakteristischen Merkmal und wesentlichen Kriterium des proletarischen Internationalismus geworden.

Von enormer Bedeutung für die Entfaltung des proletarischen Internationalismus war die der Oktoberrevolution folgende Gründung der kommunistischen Parteien und ihr Zusammenschluß in der Kommunistischen Internationale. Die Komintern und die von ihr geführten Parteien leisteten eine gewaltige Arbeit zur Erziehung der Arbeiterklasse im Geiste des proletarischen Internationalismus und zur Organisierung der praktischen internationalistischen Solidarität. Die Arbeit der Komintern hat wesentlich dazu beigetragen, jene Bedingungen zu schaffen, die es möglich machten, daß im Ergebnis des Sieges der Sowjetunion über den deutschen Faschismus und japanischen Militarismus und des Kampfes der Völker in einer Reihe europäischer und asiatischer Länder die volksdemokratische und später sozialistische Umwälzung zum Siege geführt werden konnte.

I/4.2 Proletarischer Internationalismus aktueller denn je

Wie die überwältigende Mehrheit der kommunistischen Parteien, geht auch die DKP davon aus, daß der proletarische Internationalismus unter den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes ein noch größeres Gewicht erlangt als in der Vergangenheit. Bedauerlicherweise wird dieser Standpunkt von einigen wenigen Bruderparteien oder führenden Funktionären dieser Parteien nicht geteilt. So schlägt z. B. Genosse Antonio Rubbi vom ZK der Italienischen Kommunistischen Partei in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ vor, den proletarischen Internationalismus durch einen „neuen Internationalismus“ zu ersetzen.³⁹ Welche Argumente führt Genosse Rubbi für seinen Vorschlag ins Feld, und was ist dazu zu sagen?

Erstens erklärt Genosse Rubbi, Bedingung für den Internationa-

lismus ist heute für jede Partei „die Möglichkeit und Fähigkeit, selbständig und ganz unabhängig eine Politik auszuarbeiten...“.

Daß darin unter den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes eine Bedingung für die erfolgreiche Entfaltung der internationalistischen proletarischen Solidarität besteht, ist völlig unbestritten. Allerdings ist es nicht einsichtig, wieso deshalb der proletarische Internationalismus durch einen „neuen Internationalismus“ ersetzt werden sollte. Für eine kommunistische Partei muß doch sowohl die unabhängige Ausarbeitung ihrer Politik wie die internationalistische Solidarität und Zusammenarbeit mit den Kommunisten und revolutionären Kräften in den anderen Ländern stets bestimmt sein von proletarischen Positionen, d.h. von der konsequenten Interessenvertretung der Arbeiterklasse und von der Theorie der Arbeiterklasse, der Lehre von Marx, Engels und Lenin.

Hinzu kommt, daß die Notwendigkeit der selbständigen Ausarbeitung der Politik durch jede Bruderpartei die Koordinierung des Handelns und die Solidarität aller kommunistischen Parteien nur um so notwendiger macht. Deshalb wird die Bedeutung des proletarischen Internationalismus unter den neuen Bedingungen nicht geringer, sondern größer.

Außerdem ist der Grundsatz, daß jede Bruderpartei autonom und selbständig ihre Politik ausarbeitet, keineswegs erst auf der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas (1976) begründet worden, wie Genosse Rubbi darstellt. Dieser Grundsatz wurde bereits auf den internationalen Konferenzen der kommunistischen Parteien 1957, 1960 und 1969 formuliert und ist längst Bestandteil der Praxis in den Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien. Als Begründung, warum wir heute angeblich den proletarischen Internationalismus durch einen „neuen Internationalismus“ ersetzen müßten, bleibt nichts Neues übrig.

Es sei nur nebenbei vermerkt, daß Genosse Rubbi, der so nachdrücklich den Grundsatz hervorhebt, daß jede kommunistische Partei ihre Politik selbständig erarbeiten muß, in seinem Aufsatz gerade mit diesem Grundsatz in Konflikt gerät, wenn er ständig von Italien und Westeuropa spricht und wenn er z.B. im Zusammenhang mit seiner Ablehnung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus erklärt: „Wir italienischen Kommunisten stellen in Italien und in Westeuropa gerade dieses Prinzip auf...“

Zweitens begründet Genosse Rubbi seine Position, den proletarischen Internationalismus durch einen „neuen Internationalismus“ zu ersetzen, mit Veränderungen in der Klassenstruktur der Gesellschaft. Er schreibt, daß wir in einer „Epoche tiefgreifender

Veränderungen in der sozialen und Klassenstruktur der Gesellschaft“ leben, „die sich freilich nicht mehr mittels einer schematischen Teilung in ‚Bourgeoisie‘ und ‚Proletariat‘ charakterisieren läßt. Diese Veränderungen fanden und finden ihren Ausdruck in dem verschiedenartigen und pluralistischen System repräsentativer Institute und Formen der Demokratie, ideologischer und philosophischer Strömungen sowie verschiedenartiger politischer und sozialer Kräfte.

Zweifellos ist es weiterhin richtig, daß im Zentrum dieser Front von Kräften, die eine Erneuerung und sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft anzubieten vermögen, die Arbeiterklasse steht, die dank ihrer Natur und der Zielstrebigkeit ihres Kampfes dieses Ziel am konsequentesten verfolgt. Aber richtig ist auch, daß zusammen mit ihr, vor allem in Ländern des entwickelten Kapitalismus, auch andere soziale Kräfte – Bauern, Mittelschichten, Wissenschaftler, Techniker, Kulturschaffende – kämpfen. In Ländern, die unlängst die Unabhängigkeit errungen haben, ist in den nationalen Bewegungen ebenfalls ein Pluralismus der Kräfte zu beobachten. Angesichts der neuen Maßstäbe der sich auf internationaler Ebene entwickelnden Bewegung sind wir der Ansicht, daß die Definition des Internationalismus als ‚proletarischer‘ einschränkend geworden ist und der neuen sozialen Wirklichkeit nicht entspricht.“

Nun vollziehen sich zweifellos tiefe Veränderungen in der Klassen- und Sozialstruktur der entwickelten kapitalistischen Länder. Eine Begründung für Rubbis Position läßt sich daraus aber wohl kaum ableiten.

Wenn er sagt, daß sich die jetzige Situation nicht mehr durch eine schematische Teilung in Bourgeoisie und Proletariat charakterisieren lasse, so muß dazu festgestellt werden, daß es eine solche schematische Teilung im Marxismus niemals gegeben hat. Dafür genügt schon ein Blick in die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, ins „Manifest der Kommunistischen Partei“. Und Lenin hat sich stets entschieden gegen solche Vorstellungen gewandt, daß es eine „reine“ sozialistische Revolution geben könne, bei der sich nur das Proletariat auf der einen und die Bourgeoisie auf der anderen Seite gegenüberstehen würden. Er hat immer die Aufmerksamkeit darauf gerichtet, die ganze Vielfalt der sozialen Struktur und der revolutionären Bewegung zu beachten. Er hat daraus jedoch niemals den Schluß gezogen, daß man deshalb auf den proletarischen Internationalismus verzichten müsse.

Zugleich haben die Klassiker des Marxismus-Leninismus herausgearbeitet, daß Proletariat und Bourgeoisie die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft sind und daß sich im Zuge der

Entwicklung dieser Gesellschaft die Tendenz der Polarisierung auf diese beiden Pole verstärkt. Genau das wird durch das reale Leben und dabei vor allem in den entwickelten kapitalistischen Ländern bestätigt. Im Zuge der Konzentration und der Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus werden die traditionellen Mittelschichten in raschem Tempo proletarisiert. In der Bundesrepublik gehören heute z. B. rund 75 Prozent der sogenannten erwerbstätigen Bevölkerung zur Arbeiterklasse.⁴⁰ Es wachsen zwar auch die lohnabhängigen Mittelschichten. Aber sie nähern sich in ihrer Lage immer mehr der Arbeiterklasse an und wachsen zum Teil in die Arbeiterklasse hinein. Es gibt also heute mehr als jemals zuvor die Berechtigung, von den beiden Polen der kapitalistischen Gesellschaft, Proletariat und Bourgeoisie, zu sprechen. Rolle und Gewicht der Arbeiterklasse haben sich wesentlich erhöht.

Im übrigen haben auch früher nichtproletarische Kräfte an der revolutionären Bewegung teilgenommen. Die Oktoberrevolution in Rußland hätte z. B. ohne die Gewinnung der Massen der Bauernschaft für die Revolution niemals siegen können. Allerdings hat das Lenin und die Bolschewiki nicht dazu veranlaßt, auf die klassenmäßige, proletarische Ausrichtung der Bewegung zu verzichten, sondern war im Gegenteil Grund dafür, noch nachdrücklicher darauf zu bestehen, um in einem Meer des Kleinbürgertums nicht die klare Orientierung zu verlieren. Wenn wir es heute im antimonopolistischen und antiimperialistischen Kampf sowohl im nationalen wie im internationalen Rahmen mit breiten Bündnismöglichkeiten zu tun haben, die selbst Teile der Bourgeoisie mit einbeziehen können, so kann auch daraus nur die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die Rolle der Arbeiterklasse und der kommunistischen Parteien in dieser Bewegung, ihrer ideologischen Orientierung und Zielstrebigkeit, und damit auch die Bedeutung des proletarischen Internationalismus noch größer geworden ist.

Drittens führt Genosse Rubbi als Begründung für seine Position die neuen Probleme an, mit denen wir es im Weltmaßstab zu tun haben, den Kampf um die Erhaltung des Friedens, den Kampf um die Gleichberechtigung der Entwicklungsländer und andere. Wie daraus die Notwendigkeit der Ersetzung des proletarischen Internationalismus durch einen neuen, klassenmäßig nicht definierten Internationalismus abgeleitet werden kann, bleibt ebenfalls rätselhaft.

Der Frieden wird ja nicht von irgend jemandem gefährdet, sondern vom Imperialismus und den Kräften des militärisch-industriellen Komplexes. Sie sind es, die das Wettrüsten anheizen im Interesse ihrer Macht und Profite, wie das die jüngste Ausgeburt des Imperialismus, die Neutronenbombe, erneut bestätigt. Das

gleiche gilt für den Kampf um die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Entwicklungsländer. Auch er hat einen konkreten Feind, gegen den er gerichtet werden muß, nämlich wiederum gegen den Imperialismus und seine Macht- und Profitinteressen.

Internationalistische Aktionen im Kampf um Frieden und nationale Unabhängigkeit sind also in ihrem Inhalt nicht klassenneutral. Sie haben einen antiimperialistischen Inhalt. Der entscheidende Gegner des Imperialismus ist und bleibt aber die internationale Arbeiterklasse. Der Charakter des antiimperialistischen Kampfes wird darum durch das internationale Prinzip der Arbeiterklasse, den proletarischen Internationalismus, entscheidend geprägt.

Viertens fragt Genosse Rubbi schließlich: „Kann man dieser Situation, mit allem, was an ihr neu und spezifisch ist, dieser Bewegung allgemeine und universale Entwicklungsgesetze der sozialistischen Revolution und des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft weisen, losgelöst von den objektiven historischen Bedingungen, unter denen all diese Kräfte wirken? Muß man nicht vielmehr eine Strategie des Voranschreitens zum Sozialismus ausarbeiten, die den Bedingungen und den Erfordernissen gerade der gegebenen Gesellschaft entsprechen und aus dieser die Prinzipien für die Aktionen und die Wahl der Wege herleiten würde? Wir italienischen Kommunisten stellen in Italien und in Westeuropa gerade dieses Prinzip auf...“

Auch mit dieser Argumentation von Genossen Rubbi können wir nicht einverstanden sein. Wir gehen davon aus, daß die Kommunisten eines jeden Landes im Kampf um den Sozialismus und beim Aufbau des Sozialismus unbedingt die nationalen Besonderheiten beachten müssen, die sich aus dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte, aus der Geschichte und den Traditionen, aus der Härte und den Formen des Klassenkampfes im Ringen um den Sozialismus und aus anderen Faktoren ergeben. Wir lassen uns dabei von Lenin leiten, der betonte, die Aufgabe bestehe „darin, daß man es versteht, die allgemeinen und grundlegenden Prinzipien des Kommunismus auf jene Eigenart der Beziehungen zwischen den Klassen und Parteien, auf jene Eigenart in der objektiven Entwicklung zum Kommunismus anzuwenden, die jedes einzelne Land aufweist und die man zu studieren, zu erforschen, zu erraten fähig sein muß“.⁴¹ Die Programmatik der DKP ist eine anschauliche Bestätigung für das Bemühen unserer Partei, bei ihren Aussagen über eine sozialistische Bundesrepublik die nationalen Besonderheiten unseres Landes zu berücksichtigen.

Gleichzeitig hieße es jedoch, vollständig den Boden des Marxismus zu verlassen, wenn man die Existenz allgemeiner Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus und die Notwendigkeit ihrer Beachtung

leugnen würde. Allgemeine Gesetzmäßigkeiten charakterisieren im übrigen nicht nur den Sozialismus, sondern jede Gesellschaftsordnung. Wenn wir z. B. die Bundesrepublik, die USA und Japan, die in ganz verschiedenen Teilen der Erde gelegen sind und deren Gesellschaften durch viele konkrete nationale Besonderheiten gekennzeichnet sind, als kapitalistische Länder bezeichnen können, so doch darum, weil sie gemeinsame allgemeine Merkmale aufweisen, die durch allgemeine Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus gekennzeichnet sind, durch das kapitalistische Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, die darauf begründete Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalisten und die politische Macht der Klasse der Kapitalisten bzw. heute konkret der Monopolbourgeoisie.

Diese allgemeinen Merkmale sind das Entscheidende für den Kapitalismus. Niemandem würde deshalb einfallen, wegen der zweifellos vorhandenen nationalen Besonderheiten von einem Euro-, Americo- und Asiokapitalismus oder Germano-, Americo- und Japanokapitalismus zu sprechen.

Das gleiche gilt auch für den Sozialismus. Auch er wird vor allem durch allgemeine Züge, durch allgemeine Gesetzmäßigkeiten charakterisiert. Und nur wo diese allgemeinen Züge vorhanden sind, gibt es den Sozialismus.

Die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus haben Marx, Engels und Lenin begründet. Schon im „Manifest der Kommunistischen Partei“, der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, heißt es, „daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Er kämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“ Zu den wichtigsten Aufgaben des proletarischen Staates zählen Marx und Engels im „Manifest“: „Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Vermessung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.“⁴²

Um eine allgemeine Gesetzmäßigkeit handelt es sich auch bei dem marxistischen Grundsatz der Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den übrigen Werktätigen. In der Einleitung seines Werkes „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ schreibt Lenin: „...daß einige Grundzüge unserer Revolution nicht örtliche, nicht spezifisch nationale, nicht ausschließlich russische, sondern internationale Bedeutung haben.“⁴³

Er hebt ausdrücklich hervor, daß dazu ihre Fähigkeit gehöre, „... sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen werktätigen Massen zu verbinden“. ⁴⁴

Zu den von Marx, Engels und Lenin begründeten und durch die Praxis der Oktoberrevolution und aller nachfolgenden sozialistischen Umwälzungen bestätigten Grundvoraussetzungen für die Überwindung des Kapitalismus und den Sieg des Sozialismus gehört nicht zuletzt eine starke marxistische Partei der Arbeiterklasse, die sich konsequent vom wissenschaftlichen Sozialismus leiten läßt, die einheitlich handelt und es versteht, die Massen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen für ihre Politik zu gewinnen. Welche große Bedeutung bereits die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus der proletarischen Partei beimaßen, hat Engels fast am Ende seines Lebens noch einmal ausdrücklich unterstrichen, indem er feststellte: „Damit am Tag der Entscheidung das Proletariat stark genug ist zu siegen, ist es nötig – und das haben M(arx) und ich seit 1847 vertreten –, daß es eine besondere Partei bildet, getrennt von allen anderen und ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei.“ ⁴⁵

„Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt“ also – wie die DKP betont – „die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Der Sozialismus gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln. Er ermöglicht damit die planvolle Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums zum Wohle des ganzen Volkes. An die Stelle kapitalistischer Klassenprivilegien tritt der Grundsatz: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten – Jedem nach seinen Leistungen.‘ Immer bessere Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen, ein Leben in Frieden, in sozialer Sicherheit und Wohlstand, in Freiheit und Gerechtigkeit – das ist der Sinn des Sozialismus.“ ⁴⁶

Die genannten Grundvoraussetzungen für den Sozialismus sind unverzichtbar. Es handelt sich hierbei um allgemeine Gesetzmäßigkeiten. Nur wo sie verwirklicht werden, wird der Sozialismus verwirklicht. Da sich der Sozialismus vor allem durch diese allgemeinen Gesetzmäßigkeiten auszeichnet, ist er seinem Wesen nach international. Es kann deshalb auch keine nationalen oder regionalen „Sozialismusmodelle“ geben.

Wir gehen davon aus, daß es für den erfolgreichen Kampf um den Sozialismus und für den Aufbau dieser neuen Gesellschaftsordnung unerläßlich ist, das dialektische Verhältnis von allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und nationalen Besonderheiten des Sozialismus zu beachten. L. I. Breshnew sagte dazu auf dem XXIV. Par-

teitag der KPdSU: „Wir wissen heute nicht nur theoretisch, sondern wir haben uns auch in der Praxis davon überzeugt, daß der Weg zum Sozialismus, seine Hauptmerkmale von allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten bestimmt sind, die der Entwicklung aller sozialistischen Länder innewohnen. Wir wissen auch, daß sich die Wirkung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten in verschiedenen Formen offenbart, die den konkreten historischen Bedingungen, die den nationalen Besonderheiten entsprechen. Stützt man sich nicht auf die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und berücksichtigt nicht die konkrete historische Spezifik eines jeden Landes, so ist es unmöglich, den Sozialismus zu errichten.“⁴⁷

Wer meint, daß der proletarische Internationalismus nicht mehr zeitgemäß sei, der muß sich vor allem die Frage stellen lassen, ob denn die objektiven Grundlagen für dieses Leitprinzip der internationalen Arbeiterbewegung aufgehoben sind. Steht denn die internationale Arbeiterklasse nicht mehr dem gemeinsamen Gegner, dem internationalen Kapital gegenüber? Hat der Klassenkampf etwa seinen internationalen Charakter verloren? Das läßt sich wohl schwerlich behaupten.

Die Internationalisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens und damit der Klassenkämpfe schreitet in rascherem Tempo voran als jemals zuvor in der Geschichte. Das internationale Monopolkapital schließt sich immer enger zusammen gegen den Sozialismus, gegen die nationale Befreiungsbewegung, gegen die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder. Deutliche Beispiele dafür sind die Entwicklung der multinationalen Konzerne, die Zusammenrottung in imperialistischen Blockorganisationen wie der NATO oder der EWG und auch der Zusammenschluß der Parteien des Großkapitals über Ländergrenzen hinweg, im Rahmen der EWG.

Unter diesen Bedingungen hängen selbst Erfolg oder Nichterfolg von Lohnkämpfen in einzelnen Betrieben oder Industriezweigen immer mehr von der Solidarität der Arbeiter anderer Länder ab. Das gilt aber erst recht für den erfolgreichen Kampf um die nationale Unabhängigkeit oder die Öffnung des Weges zum Sozialismus. Wenn die revolutionäre Arbeiterbewegung angesichts dieser Tatsachen auf den proletarischen Internationalismus verzichten würde, so würde das die Selbstentwaffnung der internationalen Arbeiterklasse gegenüber dem sich immer stärker rüstenden internationalen Kapital bedeuten.

1/4.3 Klassenmäßiges Verhältnis zur Sowjetunion notwendig

Untrennbarer Bestandteil des proletarischen Internationalismus

ist für die DKP ein enges, klassenmäßiges Verhältnis zur Sowjetunion. Die Sowjetunion ist nicht nur das erste und darum auch erfahrenste sozialistische Land. Die Sowjetunion ist heute das bei weitem ökonomisch, politisch und militärisch mächtigste Land des Sozialismus, von dessen Entwicklung darum objektiv die Entfaltung des revolutionären Weltprozesses in viel stärkerem Maße abhängt als von jedem anderen Land oder jeder anderen Bruderpartei.

Kann man denn etwa internationalistische Solidarität mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft üben, der wichtigsten Errungenschaft der internationalen Arbeiterbewegung, und zugleich ein distanzierendes Verhältnis zur Sowjetunion haben, dem mächtigsten Land und Schutzschild dieser Gemeinschaft gegen alle aggressiven Ränke des Imperialismus? Kann man internationalistische Solidarität mit den Völkern üben, die im nationalen Befreiungskampf gegen den Imperialismus stehen, und kann man sich zugleich gegen die Sowjetunion stellen, die diesen Völkern die größte Unterstützung gewährt und ohne deren uneigennützigste Hilfe der Imperialismus nicht nur in Afrika, sondern überall in der Welt den Freiheitswillen der Völker blutig unterdrücken würde? Kann man etwa internationalistische Solidarität üben mit der Arbeiterklasse in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern und sich zugleich unter dem Druck antisowjetischer Propaganda von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern distanzieren? Die Kommunisten in Italien, in Frankreich und anderen entwickelten kapitalistischen Ländern streben nach Wegen zum Sozialismus, die die Möglichkeiten der Reaktion zu ausländischer militärischer Intervention und blutiger konterrevolutionärer Gewaltanwendung weitgehend einschränken sollen. Wenn das nicht von vornherein utopisch ist, sondern heute unter günstigen inneren und äußeren Voraussetzungen durchaus Chancen bestehen, daß dieses Streben zur Wirklichkeit werden kann, so vor allem auch wegen des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus und wiederum insbesondere wegen der Macht der Sowjetunion. Je größer die Macht und der Einfluß der Sowjetunion, desto wirkungsvoller können Barrieren gegen konterrevolutionäre Machenschaften des internationalen Imperialismus errichtet werden. Unsere internationalistische Verbundenheit mit unseren Bruderparteien, mit dem Kampf der Arbeiterklasse und der anderen antimonopolistischen Kräfte in Italien, Frankreich und den übrigen entwickelten kapitalistischen Ländern schließt darum unbedingt ein enges klassenmäßiges, vom proletarischen Internationalismus bestimmtes Verhältnis zur Sowjetunion ein.

Eine solche Verbundenheit liegt zugleich im Interesse des erfolgreichen Kampfes der Werktätigen unseres eigenen Landes um ihre Tages- und Zukunftsinteressen. Es war die Sowjetunion, die unter ungeheuren Opfern unser Volk von der Barbarei des Hitlerfaschismus befreite. Es war vor allem die Stärke und konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion, die den Abschluß des bedeutsamen Vertragswerkes zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern ermöglichte. Diese Politik bedeutet eine entscheidende Niederlage für die aggressivsten Kräfte des Imperialismus der Bundesrepublik. Sie ermöglichte eine bedeutende Entfaltung der Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern, durch die heute für Hunderttausende Arbeiter in der Bundesrepublik die Arbeitsplätze erhalten werden können. Es ist die Macht der Sowjetunion und ihre konsequente auf Frieden und Abrüstung – und damit auch auf die Schaffung von Voraussetzungen zur Überwindung der Spaltung des europäischen Kontinente in sich gegenüberstehende Militärblöcke – gerichtete Politik, die auch für unser Land einen Weg zum Sozialismus denkbar macht, bei dem einer Intervention ausländischer imperialistischer Mächte Grenzen gesetzt werden können. In unserer Haltung zur Sowjetunion verbindet sich darum wirkliche nationale Politik für das Volk der Bundesrepublik mit unserer unerschütterlichen Position des proletarischen Internationalismus.

Wenn uns nun hier und da entgegnet wird, man sei ja auch für eine positive Haltung zur Sowjetunion, aber für eine Haltung „kritischer Solidarität“, so antworten wir darauf, daß unser Verhältnis zu den Kommunisten aller Länder ein solidarisches Verhältnis, ein Verhältnis nicht kritischer, sondern prinzipieller Solidarität ist. Das Fundament dieser prinzipiellen Solidarität ist unsere gemeinsame Weltanschauung, die Theorie von Marx, Engels und Lenin, das Eintreten für die unmittelbar vorliegenden wie die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse unserer Länder, unser gemeinsames Ziel, der Sozialismus-Kommunismus. Zu dieser prinzipiellen Solidarität gehört aber auch, daß wir uns bei unserem Verhalten gegenüber der Politik von Bruderparteien oder von Ländern, die von Bruderparteien geführt werden, zunächst einmal auf die Informationsquellen unserer Genossen stützen. Wir waren zu keiner Zeit bereit, uns auf die verlogene Berichterstattung nicht nur der offiziellen bürgerlichen Propaganda, sondern auch der verschiedenen sogenannten Linken zu stützen, als im Mai 1968 in Frankreich die Streiks und Studentenunruhen stattfanden. Wir haben uns damals in unserem solidarischen Verhalten gegenüber der Französischen Kommunistischen Partei auf das gestützt, was uns unsere französische Bruderpartei über die Vorgänge in ihrem

Lande und ihre Ursachen mitgeteilt hat. Wir halten es so auch im Zusammenhang mit Vorgängen in anderen Ländern.

Selbstverständlich betrifft das auch unser Verhalten gegenüber der Sowjetunion. Wir stützen uns bei unseren Aussagen über die Sowjetunion vor allem auf die Informationen unserer sowjetischen Genossen. Dabei handelt es sich sehr wohl um Informationsquellen, in denen kritisch und selbstkritisch Mängel und Unzulänglichkeiten aufgedeckt werden mit dem Ziel, noch erfolgreicher beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau im Interesse der Werktätigen voranschreiten zu können. Um das feststellen zu können, genügt ein Blick in die Protokolle der Parteitage der KPdSU, der Zentralkomitee-Tagungen oder auch in die sowjetische Presse. Welche anderen Quellen sollten wir denn sonst benutzen? Sollen wir aus den trüben Gewässern schöpfen, die aus den bürgerlichen Abwaschküchen stammen? Sollen wir, gestützt auf solche trüben Ergüsse, etwa eine Haltung der „kritischen Solidarität“ entwickeln? Hat sich denn nicht immer wieder gezeigt, daß sie die groß aufgebauchten Kampagnen gegen die Sowjetunion auf Erfindungen, Halbwahrheiten, Entstellungen und Lügen stützen?

Das internationale Monopolkapital ist sich der überragenden Rolle der Sowjetunion für den weltweiten revolutionären Kampf sehr wohl bewußt. Darum werden in den USA, in der Bundesrepublik und anderen imperialistischen Ländern jährlich viele Millionen ausgegeben, ganze Institute mit einem riesigen Mitarbeiterstab auf die einzige Aufgabe angesetzt, generalstabsmäßig immer neue antisowjetische Kampagnen zu entfesseln und zu steuern. Darum ist den Politikern und Ideologen des Großkapitals kein Mittel zu schäbig, um den Antisowjetismus anzuheizen. Darum lassen sie nichts unversucht, um sozialistische Länder, nationale Befreiungsbewegungen, Kommunisten und kommunistische Parteien in ein feindliches oder zumindest distanzierteres Verhältnis zur Sowjetunion zu drängen.

Was die DKP betrifft, so kann man mit Bestimmtheit feststellen: Alle solche Versuche waren auf Sand gebaut, und sie werden immer auf Sand gebaut bleiben! Wir werden im nationalen Interesse, im Interesse der Arbeiterklasse unseres Landes und getreu den Ideen des proletarischen Internationalismus niemals irgendeinem antisowjetischen Druck nachgeben! „Die DKP sieht – getreu dem Vermächtnis Ernst Thälmanns – die Stellung zur Sowjetunion als entscheidenden Prüfstein für jeden Kommunisten an, für seine Treue zur Sache der revolutionären Arbeiterbewegung... Sie erzieht ihre Mitglieder beständig im Geiste fester Freundschaft zur Sowjetunion. Sie ist bemüht, in der Bundesrepublik die Wahrheit über die historischen Leistungen des Sowjetvolkes bei der Ver-

nichtung der faschistischen Barbarei, über seine Rolle als Bannerträger des Friedens, der Humanität und des Fortschritts zu verbreiten.“⁴⁸

Die Verbreitung der Ideen des proletarischen Internationalismus, klassenmäßiger Positionen zur Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft erfordert die prinzipielle und kompromißlose Auseinandersetzung mit allen Spielarten des bürgerlichen Nationalismus, mit dem Antikommunismus und mit dem Antisowjetismus.

I/5 Notwendigkeit der revolutionären Partei der Arbeiterklasse

Schließlich heißt Klassenbewußtsein entwickeln: die Einsicht vermitteln, daß im Interesse der Arbeiterklasse unseres Landes eine starke Deutsche Kommunistische Partei notwendig ist, die sich unbeirrbar vom wissenschaftlichen Sozialismus, von der Theorie von Marx, Engels und Lenin leiten läßt. Marx, Engels und Lenin haben immer wieder unterstrichen, daß die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu überwinden und den Sozialismus aufzubauen, nur dann erfüllen kann, wenn sie über eine eigene Klassenpartei verfügt, deren Tätigkeit der Kompaß des wissenschaftlichen Sozialismus bestimmt, die fest organisiert und eng mit den werktätigen Massen verbunden ist. Lenin betont in „Was tun?“ nachdrücklich: „Der spontane Kampf des Proletariats wird nicht zu einem wirklichen ‚Klassenkampf‘ werden, so lange dieser Kampf nicht von einer starken Organisation der Revolutionäre geleitet wird.“⁴⁹ Die Praxis des Klassenkampfes hat diese These nachdrücklich bestätigt. Die Erkenntnis der Notwendigkeit der marxistischen Partei gehört darum zum proletarischen Klassenbewußtsein im umfassenden Sinne.

Diese Erkenntnis den Arbeitern zu vermitteln, erfordert den entschiedenen Kampf gegen alle jene Positionen, die die Notwendigkeit der marxistischen Partei leugnen und einen Sozialismus ohne Partei predigen, die prinzipielle Auseinandersetzung mit allen Spielarten des Opportunismus, mit rechtssozialdemokratischen wie mit maoistischen und trotzkistischen Angriffen auf die kommunistische Partei, die entschiedene Zurückweisung aller Versuche der Bourgeoisie und ihrer Ideologen, unter dem Schlagwort des von ihnen erfundenen „Modells“ eines „Eurokommunismus“ die prinzipiellen, vom wissenschaftlichen Sozialismus bestimmten Positionen der kommunistischen Parteien zu untergraben.

Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Krisenerscheinungen des Kapitalismus und der Erfolge des Sozialismus sowie im

Ergebnis der sich entfaltenden Massenarbeit der DKP sehen wir auch positive Entwicklungen in der Haltung von Teilen der Arbeiterschaft gegenüber unserer Partei. Unsere Politik wird besser verstanden. Sie findet stärkere Unterstützung, auch wenn sich das noch nicht in Wahlergebnissen widerspiegelt. Häufiger hört man am Arbeitsplatz oder am Informationsstand die Meinung: Eure Politik ist ja eigentlich richtig. Die Aufgeschlossenheit gegenüber der DKP ist größer geworden. Davon zeugen auch die großen Pressefeste der Zeitung der Partei „Unsere Zeit – UZ“.

Hier werden die neuen Möglichkeiten für ein breites Gespräch mit den Arbeitern über unsere konstruktive Politik im Interesse der Arbeiterklasse deutlich. Dieses Gespräch in den Betrieben und Gewerkschaften, in den Wohnvierteln und Vereinen zu führen ist eine ständige und vordringliche Aufgabe eines jeden Kommunisten. Gleichzeitig übersehen wir nicht, daß es unter dem Trommelfeuer der bürgerlichen Propaganda nach wie vor bei großen Teilen der Arbeiterklasse viele antikommunistische Vorbehalte gegenüber unserer Partei gibt. Dazu gehört zum Beispiel die Auffassung, die DKP sei keine selbständige Partei, sondern ein „Satellit Moskaus und der SED“.

In Wirklichkeit ist die DKP ein untrennbarer Bestandteil der Arbeiterklasse der Bundesrepublik. Sie entwickelt ihre Politik entsprechend den Interessen der werktätigen Bevölkerung unseres Landes. Elementare Anliegen der Arbeiter sind sichere Arbeitsplätze, stabile Preise, höhere Kaufkraft. Die DKP ist die einzige Partei in der Bundesrepublik, die konsequent für diese Arbeiterforderungen eintritt. Die arbeitende Bevölkerung unseres Landes braucht Entspannung und friedliche Koexistenz, um in Frieden leben zu können. Damit können auch durch die Abrüstung Mittel für dringend notwendige soziale Reformen freigemacht werden. Die Kommunisten waren die Vorkämpfer der Entspannungspolitik. Die DKP ist die einzige Partei, die ohne Wenn und Aber dafür eintritt, konsequent die Politik der friedlichen Koexistenz weiterzutreiben, sie durch die militärische Abrüstung zu ergänzen und alle Möglichkeiten dieser Politik für das arbeitende Volk zu nutzen.

Die Interessen der Bevölkerung der Bundesrepublik erfordern die Befreiung aus der Vormundschaft des amerikanischen Imperialismus, aus der Abhängigkeit von der NATO, aus den Klauen der multinationalen Konzerne. Die DKP ist die einzige Partei, die konsequent dafür wirkt. All das zeigt, daß allein die DKP wirklich nationale Politik entwickelt, denn was anders kann wirklich nationale Politik bedeuten als Politik im Interesse der Mehrheit des Volkes.

Zugleich ist die DKP eine Partei des proletarischen Internatio-

nalismus. Sie ist in der Tat eng verbunden mit der KPdSU und der SED, mit der kommunistischen Weltbewegung. Die DKP stellt ihre guten Beziehungen zu den Bruderparteien der sozialistischen Länder in den Dienst der Arbeiterklasse der Bundesrepublik. Sie sieht ihre Aufgabe darin, dazu beizutragen, daß die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik ihr Verhältnis zur Sowjetunion, zur DDR, zu den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft von ihren Klasseninteressen bestimmt, daß sie die Errungenschaften des Sozialismus stärker für ihren Kampf gegen das Großkapital nutzt.

Ein anderer Vorbehalt gegenüber unserer Partei ist die auch bei vielen Arbeitern verbreitete Ansicht, wir seien keine Partei der Freiheit und Demokratie.

Tatsächlich ist die DKP jedoch die Kraft, die am entschiedensten für die Freiheit und Demokratie des arbeitenden Volkes eintritt. Die Grundlage wirklicher Freiheit und Demokratie für die arbeitenden Menschen ist die Entmachtung der Konzernherren, die Errichtung des Sozialismus. Dafür kämpft aber allein die DKP.

Wenn im Grundgesetz der Bundesrepublik demokratische Grundrechte formuliert wurden, wenn es in unserem Lande – wenn auch beschränkt – bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten gibt, so wurden diese der arbeitenden Bevölkerung nicht geschenkt. Sie sind das Ergebnis eines Jahrhunderts des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung und besonders des Sieges über den Faschismus. Die Hauptkraft im Kampf gegen den Faschismus war die von den Kommunisten geführte Sowjetunion. Die größten Opfer im Kampf gegen den Faschismus in Deutschland selbst haben die deutschen Kommunisten gebracht. Niemand ist konsequenter als sie für Demokratie und Freiheit eingetreten. Als Kommunisten in den Konzentrationslagern gequält wurden und zu Zehntausenden ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus ließen, wo waren denn da die heutigen Freiheitsapostel, die Abs, Strauß und Filbin-ger? Sie waren getreue Paladine des Faschismus.

Die DKP ist auch heute die konsequenteste politische Kraft im Widerstand gegen den Abbau demokratischer Rechte, im Eintreten für eine wirksame Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, für mehr Demokratie in unserem Land. CDU und CSU, FDP- und SPD-Führung haben dagegen in trauter Eintracht das Grundgesetz Dutzende Male geändert und dabei die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes immer mehr eingeschränkt. Sie haben durch die Notstandsgesetze die Möglichkeit geschaffen, dem Grundgesetz seine demokratische Substanz zu nehmen. Sie beugen das Grundgesetz durch die verfassungswidrigen Berufsverbote. Sie verweigern den Arbeitern und ihren Gewerkschaften jede wirkliche Mitbestimmung. Die angeblichen An-

titerrorgesetze schränken die Freiheit des arbeitenden Volkes ein.

Die DKP tritt entschieden für die Anwendung der demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes ein. Unsere Partei fordert, daß die im Grundgesetz enthaltenen Möglichkeiten genutzt werden, um die Interessen des arbeitenden Volkes gegen das Großkapital zu verteidigen, das Arbeiter rigoros auf die Straße setzt, der Jugend die Ausbildung verweigert, das seine wirtschaftliche Macht zum Preisdiktat, zur Verseuchung der Umwelt im Interesse der Profite, zur Bodenspekulation und für Mietwucher mißbraucht. Wir allein fordern, gemäß Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes die großkapitalistischen Arbeitsplatzvernichter, Preistreiber, Bodenspekulanten, Umweltverseucher und Mietwucherer zu enteignen.

Wir Kommunisten haben also ein positives Verhältnis zu den bürgerlich-demokratischen Rechten und Freiheiten. Wir sind ihre konsequentesten Verteidiger gegen jeden Anschlag der Reaktion. Zugleich erkennen wir die Grenzen der bürgerlichen Demokratie. Mit dem Kampf für eine antimonopolistische Demokratie und für den Sozialismus ringen wir um mehr, um reale Demokratie für das arbeitende Volk. „Der Sozialismus bedeutet nicht weniger, sondern mehr Demokratie für das Volk. Jede bürgerliche Demokratie – wie groß auch immer die politischen Einwirkungsmöglichkeiten und Freiheiten des Volkes sein mögen – beruht auf der ökonomischen Macht der Kapitalistenklasse. Sie ist in jedem Falle eine Form der politischen Herrschaft des Kapitals, der Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit. Und selbst die beschränkten Rechte und Freiheiten sind im Kapitalismus stets bedroht. Erst der Sozialismus gibt, aufgrund der politischen Macht der Arbeitenden und aufgrund des gesellschaftlichen Eigentums an allen wichtigen Produktionsmitteln, den demokratischen Rechten und Freiheiten eine reale Grundlage. Er hebt sie auf eine höhere Stufe. Zugleich schafft der Sozialismus neue Freiheiten für das werktätige Volk: Er garantiert das Recht auf Arbeit, verwirklicht dauerhafte soziale Sicherheit und die tatsächliche Gleichberechtigung der Frau. Er garantiert den Organisationen der arbeitenden Menschen und jedem einzelnen Werktätigen das Recht und die reale Möglichkeit, an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mitzuwirken.“⁵⁰

Wir übersehen auch nicht, daß Arbeiter, die unserer Politik oder in vielen Fragen unserer Politik zustimmen, in der DKP noch nicht die Kraft erkennen, die die Dinge in der Bundesrepublik zugunsten der Arbeiter verändern kann. Das wird besonders deutlich bei Wahlen. Kritische Arbeiter, die von der Politik der SPD enttäuscht sind, wählen dennoch SPD als das „kleinere Übel“ gegenüber CDU/CSU, bleiben der Wahlurne fern oder geben sogar ihre Stimme aus Protest der CDU/CSU.

Es kommt also darauf an, noch stärker deutlich zu machen, daß die DKP die einzige wirkliche Alternative zu den Parteien des kapitalistischen Krisensystems ist. Zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse, zur Zurückdrängung und schließlichen Überwindung der Macht des Großkapitals, für den Sozialismus in der Bundesrepublik braucht die Arbeiterklasse eine starke marxistische Partei, diese Partei ist nur die DKP. Die Masse ihrer Mitglieder sind Arbeiter und Angestellte. Ihre führenden Funktionäre kommen aus der Arbeiterklasse. Ihre Politik gründet sich auf die Theorie von Marx, Engels und Lenin. Die DKP geht in allen Fragen stets von den Interessen der Arbeiterklasse aus. Sie ist am sozialistischen Ziel der Arbeiterbewegung orientiert. Sie ist als einzige Partei in der Bundesrepublik mit der mächtigsten politischen Kraft unserer Zeit, mit der kommunistischen Weltbewegung und mit den Traditionen der marxistischen deutschen Arbeiterbewegung, mit den Traditionen von Marx und Engels, Bebel, Liebknecht und Luxemburg, Thälmann, Pieck und Reimann verbunden.

Stellen wir also, das Gesagte zusammenfassend, die Frage: Was heißt heute in der Bundesrepublik Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse entwickeln?

Klassenbewußtsein entwickeln heißt: Einsicht in die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze von Arbeitern und Kapitalisten und die Erkenntnis vermitteln, daß Arbeiterinteressen nur im gemeinsamen solidarischen Handeln, im Klassenkampf durchgesetzt werden können. Klassenbewußtsein entwickeln heißt: Einsicht in den Klassencharakter des kapitalistischen Staates verbreiten. Klassenbewußtsein entwickeln heißt: die Erkenntnis vermitteln, daß die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse nur durch die Überwindung des Kapitalismus durchgesetzt werden können, daß der Sozialismus notwendig und erreichbar ist. Klassenbewußtsein entwickeln heißt: die Ideen des proletarischen Internationalismus verbreiten und ein richtiges klassenmäßiges Verhältnis schaffen zur Macht der Arbeiterklasse in den Ländern des Sozialismus, vor allem in der Sowjetunion. Klassenbewußtsein entwickeln heißt: die Einsicht vermitteln, daß im Interesse der Arbeiterklasse der Bundesrepublik eine starke DKP notwendig ist. Alles das sind unverzichtbare Elemente der Entwicklung proletarischen Klassenbewußtseins.

II Klassenbewußtsein und Partei der Arbeiterklasse

Wir sind uns darüber klar, daß ein Klassenbewußtsein, wie wir es oben dargestellt haben, in seiner Gesamtheit nicht mit einem Schlag geschaffen werden kann. Es muß auf elementarste Einsichten, auf Keimformen des Klassenbewußtseins aufgebaut und zu grundlegenden klassenmäßigen Erkenntnissen, bis hin zum sozialistischen Bewußtsein, weitergeführt werden. Dazu ist die bewußtseinsbildende Arbeit der marxistischen Partei in der Arbeiterklasse unerlässlich.

II/1 Marx und Engels über die Rolle der revolutionären Partei

Diese grundlegende These des Marxismus ist ein besonderer Angriffspunkt bürgerlicher und revisionistischer Ideologen. Sie sind dabei bemüht, die Dinge so hinstellen, als habe erst Lenin die Aufgabe der Entwicklung sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse mit der marxistischen Partei verbunden. Marx und Engels – so behaupten sie –, hätten der Partei nur geringe Bedeutung beigemessen. Besonders typische Beispiele für solche Entstellungen findet man bei Leonhard, Wetter, Rubel und bei Iring Fetscher. Wobei einige dieser Marxologen auch noch Widersprüche zwischen Marx und Engels in dieser Frage erfinden.

So stellt Fetscher die Auffassungen von Engels und Lenin über die Partei den entsprechenden Ansichten des jungen Marx gegenüber.⁵¹ Während sich Fetscher dabei bei Marx auf dessen frühe Arbeiten, insbesondere auf die „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung“ und die „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ aus dem Jahre 1844 stützt, beruft er sich andererseits bei Engels auf dessen späte Schriften, vor allem auf den Anti-Dühring u. a. Über den wissenschaftlichen Wert der Darstellungen der bürgerlichen und revisionistischen Marxologen sagt diese Methode bereits alles. Selbstverständlich hat die Herausarbeitung der marxistischen Parteitheorie wie des Marxismus überhaupt einen Entwicklungsprozeß durchlaufen. Bei ernster wissenschaftlicher Forschung stellt sich darum sofort heraus, daß bestimmte, noch unausgereifte Formulierungen über die Partei, über die man beim jungen Marx des Lobes voll ist, auch beim jungen Engels zu finden sind,

während andererseits die ausgereifte Parteitheorie des späten Engels auch die von Marx in dieser Periode ist.

Im übrigen sind jedoch die Schlußfolgerungen, die die „Marxologen“ aus den Marxschen Arbeiten ableiten, schon im Hinblick auf dessen frühe Schriften und die ersten Schritte zur Formierung einer kommunistischen Partei unhaltbare Spekulationen. So behauptet Fetscher, Marx habe die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und niemals die Notwendigkeit des Hineintragens des sozialistischen Bewußtseins in die Arbeiterklasse durch die Partei vertreten. Was bleibt aber von dieser „Entdeckung“ Fetschers übrig, wenn ihr aus der frühen Marxschen Schrift „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung“, die für Fetscher der Drehpunkt seiner Marxinterpretationen ist, solche Gedanken Marxens gegenübergestellt werden, wie „... die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“⁵² oder „Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen...“⁵³ Schon der junge Marx hat also die sozialistische Theorie als eine äußere Kraft angesehen, die an die Massen herangebracht werden, die sie ergreifen muß.

Zweitens behauptet Fetscher, Marx habe niemals zwischen Partei und Klasse unterschieden. Er vermag diese Behauptung dabei nur aufzustellen, indem er bei dieser Marx-Interpretation geflüssentlich über ein solches Grundwerk des Marxismus wie das „Manifest der Kommunistischen Partei“ hinwegsieht. Im „Manifest“ widmen Marx und Engels bekanntlich dem Verhältnis von Arbeiterklasse und Partei ein ganzes Kapitel, das die Überschrift trägt: „Proletarier und Kommunisten“. In diesem Kapitel betonen die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus einerseits, daß die Kommunisten „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen“ haben, daß sie also Teil der Klasse sind. Andererseits unterstreichen sie jedoch die Rolle der Kommunisten als bewußte Vorhut der Klasse. „Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß einerseits sie in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der

proletarischen Bewegung voraus.“⁵⁴

Drittens behaupten Fetscher und andere Marxologen, Marx und Engels hätten den Parteibegriff nicht mit einer festen Organisation verbunden. Die schlagendste Widerlegung dieser Entstellung des Marxismus ist das von Marx und Engels verfaßte Statut des Bundes der Kommunisten, der ersten Kommunistischen Partei.⁵⁵ Hier wird zum ersten Male das proletarische Organisationsprinzip, die feste Verbindung von innerparteilicher Demokratie und Zentralismus formuliert. Die Aktionsfähigkeit der proletarischen Partei kann nur aus der untrennbaren Einheit von Programm, Politik und Organisation erwachsen. Die „Bekennung zum Kommunismus“, d. h. die Anerkennung des wissenschaftlichen Sozialismus als theoretisch-ideologische Grundlage der Partei, galt Marx und Engels als erste Bedingung der Mitgliedschaft. Die ideologische Einheit der Partei war für sie die erste Voraussetzung für den einheitlichen Willen und das einheitliche Handeln der Partei. Gleichzeitig forderte das Statut jedoch auch aktiven persönlichen Einsatz für die Durchsetzung der politischen Ziele, Unterordnung unter die gemeinsame Sache und strenge proletarische Disziplin.

Die Organisationsstruktur verband die breite innerparteiliche Demokratie im Aufbau und im Leben des Bundes mit der für jedes Mitglied und jedes Organ verbindlichen Verpflichtung, die Weisungen und Beschlüsse der gewählten übergeordneten Organe strikt durchzuführen. Diese Prinzipien sind heute Bestandteil der Statuten der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Die Behauptungen der bürgerlichen und revisionistischen Marxologen, daß Marx bzw. Marx und Engels der Partei der Arbeiterklasse wenig Aufmerksamkeit geschenkt hätten, erweisen sich also bei näherer Betrachtung als plumpe Fälschungen, die darauf abzielen, die Lehre von der Partei des Proletariats aus dem Marxismus zu verbannen, um damit die Arbeiterklasse zu entwaffnen.

In Wirklichkeit haben Marx und Engels die Begründung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse von Anfang an mit der Feststellung verbunden, daß die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Rolle nur erfüllen kann, wenn sie von einer selbständigen Klassenpartei geführt wird.⁵⁶ Die Verneinung der „Organisation des Proletariats als selbständige politische Partei“ war darum für Marx und Engels identisch mit einer Position „außerhalb der proletarischen Bewegung und innerhalb des kleinbürgerlichen Sozialismus“.⁵⁷

Marx und Engels haben es jedoch nicht bei der Begründung der Notwendigkeit einer selbständigen proletarischen Partei belassen, sondern mit der Schaffung des Bundes der Kommunisten und der Internationalen Arbeiterassoziation, mit ihrer Unterstützung beim Aufbau marxistischer Parteien in den einzelnen Ländern aktiv für

die Heranbildung und prinzipienfeste Entwicklung einer solchen Partei gewirkt.

Marx und Engels haben die proletarische Partei auch nicht als losen Zusammenschluß, sondern als festen Kampfbund verstanden. Sie maßten der ideologischen und organisatorischen Einheit der Partei als Voraussetzung ihrer Kampffähigkeit die größte Bedeutung bei.

So unterstrich Engels die Notwendigkeit eines für alle Parteimitglieder verbindlichen Programms. Er betonte: Solange die Partei noch kein Programm besitzt, das der Arbeiterklasse Klarheit über das Ziel des Kampfes vermittelt, „solange wird auch die Partei nur als Keim existieren. Sie mag lokale Existenz haben, aber keine nationale; sie mag eine Partei sein ihrer Bestimmung nach, aber noch nicht in der Wirklichkeit.“⁵⁸ Er forderte, über das Programm müsse sich die „Partei in jedem gegebenen Augenblick einig sein“.⁵⁹

Aus der Forderung nach der Einigkeit über das Programm, d. h. nach der ideologischen Einheit, ergab sich mit Notwendigkeit die Forderung nach der organisatorischen Einheit, nach einer festen und bewußten Parteidisziplin, nach der Verbindlichkeit der Beschlüsse für alle Mitglieder der Partei, nach der Gültigkeit der Beschlüsse der oberen Parteiorgane für die unteren. Eine solche Parteidisziplin kann aber nur auf der Grundlage eines hohen Bewußtseins der Mitglieder, auf dem Boden des Vertrauens zu den leitenden Organen der Partei beruhen. Die Einheit und Kampffähigkeit der Partei erfordern darum ein richtiges Verhältnis von breit entfalteter innerparteilicher Demokratie und festem Zentralismus.

II/2 Lenin über die bewußtseinsbildende Arbeit der Partei

Marx und Engels haben die Lehre von der Partei im Zusammenhang mit den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes, in Zusammenhang mit der Herausbildung der Möglichkeiten und der wachsenden Notwendigkeit für eine selbständige proletarische Partei entwickelt. Lenin hat diese Lehre unter den Bedingungen des Imperialismus und der proletarischen Revolution allseitig weiterentwickelt. Auf der Grundlage der Theorie von Marx und Engels schuf er die Lehre von der proletarischen Partei als dem bewußten und organisierten Vortrupp der Arbeiterklasse. Die Geschichte hat bewiesen: Eine solche Kampfpartei war und ist eine der notwendigsten Voraussetzungen für den Sieg der Arbeiterklasse.

II/2.1 *Bürgerliche oder sozialistische Ideologie*

Die bewußtseinsbildende Arbeit der revolutionären Partei ist unerläßlich, denn von vornherein, sozusagen automatisch, ist das Bewußtsein des Arbeiters kein proletarisches Klassenbewußtsein. Lenin hebt hervor: Obwohl die Arbeiterklasse sich spontan zum Sozialismus hingezogen fühlt, drängt sich die bürgerliche Ideologie trotzdem spontan dem Arbeiter am meisten auf, „weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, weil sie vielseitiger entwickelt ist, weil sie über unvergleichlich mehr Mittel der Verbreitung verfügt“.⁶⁰ Bürgerliche Ideologie in Gestalt des Antikommunismus, der Sozialpartnerschaft und Klassenharmonie, der Heiligkeit des Privateigentums, der Unterordnung unter die bestehenden Macht- und Besitzverhältnisse, des „Hast du was, dann bist du was“, oder des „sich selbst der Nächste sein“ – wird dem Arbeiter von der Wiege bis zum Grabe eingetrichtert. In der Schule, in der Kirche, in der Armee, durch Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Wobei die Mittel bürgerlicher Meinungsmanipulation niemals perfekter waren als heute. Darum ist in den Köpfen der Arbeiter und Angestellten zunächst einmal bürgerliches Denken, bürgerliche Ideologie vorhanden. Dabei tritt die bürgerliche Ideologie in vielfältigsten Formen in Erscheinung. Sie bietet ein äußerst buntscheckiges Bild als Ausdruck der unterschiedlichen Interessen innerhalb der Bourgeoisie sowie infolge der Reaktion auf den wachsenden Einfluß und die erhöhte Ausstrahlungskraft der sozialistischen Ideologie und des realen Sozialismus. Selbst die buntschillerndsten revisionistischen und reformistischen Konzeptionen sind jedoch ihrem Wesen nach bürgerliche Ideologie, auch dann, wenn sie sich des Etiketts „Sozialismus“ bedienen wie der sogenannte demokratische Sozialismus der Sozialdemokratie, denn sie begründen und rechtfertigen Denk- und Verhaltensweisen, die nicht den objektiven Interessen der Arbeiterklasse, sondern letztlich den Interessen der Monopolbourgeoisie entsprechen.

Darum unterstreicht Lenin, daß die Frage nur so stehen kann: „Bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine ‚dritte‘ Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassengegensätzen zerfleischt wird, niemals eine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann).“⁶¹ Proletarisches Klassenbewußtsein kann darum nur dadurch entstehen, daß bürgerliches Denken Stück für Stück aus den Köpfen der Arbeiter verdrängt wird. Deshalb ist der ideologische Kampf untrennbarer Bestandteil des Klassenkampfes der Arbeiterklasse.

Das Ringen um die Zurückdrängung der bürgerlichen Ideologie und die Erweiterung des Einflusses der sozialistischen Ideologie in der Arbeiterklasse ist zweifellos eine schwierige und langwierige Aufgabe. Das gilt gerade auch für ein Land wie die Bundesrepublik, in dem die herrschende Monopolbourgeoisie über lange Erfahrungen und einen weitverzweigten Apparat der Meinungsmanipulation verfügt, in dem die schlimmsten Auswüchse der bürgerlichen Ideologie – das Gift des Antikommunismus und Nationalismus – besonders tief eingefressen sind, in dem die sozialdemokratische Partei und damit der Sozialreformismus traditionell außerordentlich stark in der Arbeiterklasse verwurzelt und der Einfluß der kommunistischen Partei noch gering ist. Dennoch ist auch in unserem Lande das Bemühen um die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse nicht erfolglos, und es wird auf die Dauer immer erfolgreicher sein.

Noch so ausgefeilte Methoden der Meinungsmanipulation können die Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Krise, Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere und andere Gebrechen des Kapitalismus lassen sich ebensowenig wegmanipulieren wie die sichere und erfolgreiche Entwicklung der Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Darum wird auch in der Bundesrepublik die Kritik am Kapitalismus zunehmen und die Ausstrahlungskraft der Länder des Sozialismus größer werden. Die bürgerliche Meinungsmanipulation kann diesen Prozeß aufhalten, aber letztlich nicht verhindern. Auch in unserem Lande sehnen sich die arbeitenden Menschen spontan nach gesellschaftlichen Verhältnissen, unter denen sie befreit sind von Krisenangst, von der Sorge um den Arbeitsplatz, von Ausbeutung und Unterdrückung, nach einem Leben in sozialer Sicherheit, nach wirklicher Freiheit und Gerechtigkeit.

All das sind Anknüpfungspunkte für die bewußtseinsbildende Arbeit der Kommunisten. Diese Arbeit wird um so erfolgreicher sein, je stärker die DKP wird, je fester sie in den Betrieben verankert ist, je enger sie sich mit den Massen des arbeitenden Volkes verbindet, je besser sie es versteht, an die eigenen Erfahrungen der Arbeiter und Angestellten mit dem Kapitalismus anzuknüpfen und davon ausgehend Klassenerkenntnisse zu vermitteln.

Ausgehend von der marxistischen Erkenntnis der Unversöhnlichkeit von bürgerlicher und sozialistischer Ideologie, kann man dem Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, zustimmen, wenn er erklärt: „Es gibt keine ideologische Koexistenz...“⁶² Da die Frage nur so stehen kann: „Bürgerliche oder sozialistische Ideologie“, kann es in der Tat keine Koexistenz, sondern nur den Kampf dieser Ideologien gegeneinander geben. Das betrifft auch das Verhältnis zwischen der von der sozialdemokratischen Füh-

rung vertretenen Variante der bürgerlichen Ideologie und der unserer Politik zugrunde liegenden sozialistischen Ideologie. Wenn Bahr diese richtige Feststellung allerdings als Vehikel benutzt, um die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten abzulehnen, dann müssen wir uns damit entschieden auseinandersetzen.

Das Streben der DKP nach Aktionseinheit der Arbeiterklasse, nach gemeinsamem Handeln von sozialdemokratischen, kommunistischen, christlichen und parteilosen Arbeitern zur Durchsetzung gemeinsamer Arbeiterinteressen ist nicht irgendeine Wunschvorstellung der Kommunisten und auch kein „Anbiederungsversuch“ an die SPD, wie führende Sozialdemokraten behaupten. Es hat seinen Grund in der Klassensituation der Arbeiter und Angestellten und den Verhältnissen in der kapitalistischen Gesellschaft. In der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik wirken verschiedene Strömungen, vor allem eine sozialdemokratische und eine kommunistische. Dieser gespaltenen Arbeiterklasse steht ein hochorganisierter Feind gegenüber, das großkapitalistische System. Wie soll die Arbeiterklasse ihre Tages- und grundlegenden Interessen durchsetzen können, wenn sie nicht zum gemeinsamen Handeln zusammenfindet?

Im übrigen bestätigt das Leben selbst jeden Tag aufs neue, in Lohnkämpfen, in den Aktionen der Belegschaften von Massenentlassungen bedrohter Betriebe, im Eintreten gegen den zunehmenden Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten und die Verletzung der Menschenrechte durch das Großkapital und seine politischen Sachwalter, in antifaschistischen Manifestationen, in Aktivitäten für die Sicherung und Fortführung des Entspannungsprozesses, in vielfältigen Bürgerbewegungen, daß das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten über alle ideologischen Gegensätze hinweg nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist.

Die DKP wird darum unbeirrbar an ihrer Politik festhalten, die darauf gerichtet ist, auch die geringste Übereinstimmung mit Sozialdemokraten zum Ausgangspunkt des gemeinsamen Handelns für gemeinsame Interessen zu machen. Gleichzeitig werden wir energisch die ideologische Auseinandersetzung mit bürgerlichen Einflüssen in der Arbeiterbewegung fortsetzen, die der Einigung der Arbeiterklasse entgegenstehen. Wenn wir, auf Lenins Arbeit „Was tun?“ gegründet, feststellen, daß es in einer in feindliche Klassen gespaltenen Gesellschaft keine über den Klassen stehende Ideologie und keine ideologische Koexistenz geben kann, so bezieht sich das auch auf das Verhältnis des Staates zur Ideologie. Der Staat als Instrument der jeweils herrschenden Klasse fördert und

verbreitet stets die Ideologie dieser herrschenden Klasse und bekämpft die Ideologie der ihr entgegenstehenden Klasse.

Das zu erkennen ist heute um so notwendiger, als die These vom angeblich ideologiefreien oder der Ideologie gegenüber neutralen Staat als Bestandteil der bürgerlichen Pluralismuskonzeption in der weltweiten ideologischen Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, zwischen Kapitalismus und Sozialismus eine wachsende Rolle spielt. Sie dient dem Ziel, einerseits den Klassencharakter des kapitalistischen Staates zu verschleiern, andererseits die sozialistischen Staaten zur ideologischen Selbstentwaffnung gegenüber den Attacken der ideologischen Konterrevolution zu bewegen. Zugleich richtet sich diese These gegen einen Grundpfeiler unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung, gegen den historischen Materialismus.

Die Grundaussagen des historischen Materialismus faßt Marx im Vorwort seines 1859 erschienenen Werkes „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ zusammen. Dort schreibt er unter anderem: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen.

Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen...“⁶³ Zwischen den Produktionsverhältnissen, dem juristischen und politischen Überbau und den gesellschaftlichen Bewußtseinsformen, d.h. der Ideologie, besteht dabei ein enger Zusammenhang, wobei der Staat als wichtigster Bestandteil des politischen Überbaus keine passive, sondern eine äußerst aktive Rolle spielt. Der Staat hat die Aufgabe, durch den Einsatz seines Gewaltapparates, durch politische, ökonomische, juristische Mittel und nicht zuletzt durch die Förderung und Verbreitung der den herrschenden Produktionsverhältnissen entsprechenden herrschenden Ideologie die herrschenden Produktionsverhältnisse zu verteidigen und zu festigen.

Dieses nicht passive, neutrale, sondern aktive Verhältnis des Staates zur herrschenden Ideologie wird heute in unserem Lande besonders anschaulich. Der monopolkapitalistische Staat unterstützt nicht nur die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien, Verbände, Organisationen und der Kirchen bei der Propagierung der bürgerlichen Ideologie, er verbreitet nicht nur selbst über die Schulen und Hochschulen, die Armee und andere Institutionen die bürgerliche Ideologie und bekämpft die sozialistische, er setzt auch planmäßig den von ihm beherrschten oder beeinflussten riesigen Apparat der

Massenmedien zu diesem Zwecke ein. Dabei bedient sich der bürgerliche Staat verschiedener Ideologievarianten: konservativer, reformistischer, rechts- und linksrevisionistischer und anderer Konzeptionen. Stets handelt es sich jedoch um bürgerliche Ideologie. Die bürgerliche Ideologie ist eben unter den Bedingungen des Kapitalismus die Staatsideologie, die sich ebenso wie der kapitalistische Staat auf die herrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse gründet. Alles Gerede vom ideologiefreien, der Ideologie gegenüber neutralen Staat ist reine Roßtäuscherei.

II/2.2 Bewußtseinsbildende Arbeit der Partei notwendig

Die aktive Rolle des bürgerlichen Staates bei der Verbreitung der bürgerlichen und der Bekämpfung der sozialistischen Ideologie unterstreicht nur, daß proletarisches Klassenbewußtsein nur im erbitterten ideologischen Klassenkampf vermittelt werden kann und daß dazu die bewußtseinsbildende Arbeit der marxistischen Partei unerläßlich ist. Wenn wir das so nachdrücklich betonen, so übersehen wir allerdings nicht, daß elementare Formen des Klassenbewußtseins, „Keimformen der Bewußtheit“,⁶⁴ sich durchaus spontan entwickeln, aus den Erfahrungen, die die Arbeiter und Angestellten im Betrieb, im Lohnkampf und anderen Klassenauseinandersetzungen sammeln. Wir schätzen diese Erfahrungen hoch ein. Lenin betont ausdrücklich: „Erst der Kampf erzieht die ausgebeutete Klasse, erst der Kampf gibt ihr das Maß ihrer Kräfte, erweitert ihren Horizont. Steigert ihre Fähigkeit, klärt ihren Verstand auf, stählt ihren Willen.“⁶⁵ Diese Erfahrung bedarf jedoch der Ergänzung durch theoretische Einsicht, um sich zum Bewußtsein der Klasse formen und herausbilden zu können.

J. Schleifstein und J. H. v. Heiseler betonen in diesem Zusammenhang in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ aber mit Recht, daß das „spontan entstandene Bewußtsein der Arbeiterklasse – aufgrund der Lebensbedingungen der Arbeiter im Kapitalismus – den Stempel der Einwirkung der bürgerlichen Ideologie (trägt). Es erfaßt nicht sofort und unmittelbar den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang, den grundlegenden Klassengegensatz und den historisch vergänglichen Charakter des Kapitalismus. Daher bleibt das spontan entstandene Bewußtsein, einschließlich der elementar-oppositionellen Formen, in den Grenzen der bürgerlichen Ideologie.“⁶⁶

„Die Geschichte aller Länder zeugt davon“ – wie Lenin in „Was tun?“ hervorhebt –, „daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzu-

bringen vermag, d. h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u. a. m.“⁶⁷ Politisches Klassenbewußtsein kann nicht im Selbstlauf entstehen. Es kann – wie Lenin sagt – „dem Arbeiter nur von außen gebracht werden“.⁶⁸

Diese Feststellung Lenins wird nun von bürgerlichen Marxologen wie z. B. Iring Fetscher so interpretiert, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse von der bürgerlichen Intelligenz gebracht werden müsse. Sie versuchen auf diese Weise, eine Elite-rolle der Intelligenz gegenüber der Arbeiterklasse zu begründen. Eine solche Interpretation hat jedoch mit Lenins Position nicht das geringste gemein.

Lenin betont vielmehr: „Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, d. h. aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen... Um den Arbeitern politisches Wissen zu vermitteln, müssen die Sozialdemokraten (heute müßte es heißen: die Kommunisten – W.G.) in alle Klassen der Bevölkerung gehen, müssen sie die Abteilungen ihrer Armee in alle Richtungen aussenden.“⁶⁹ Lenin stellt die Aufgabe, das politische Klassenbewußtsein der Arbeiter zu entwickeln, also keineswegs der bürgerlichen Intelligenz, sondern vielmehr der Partei der Arbeiterklasse.

Und was die Rolle der Intelligenz betrifft, so bezieht sie Lenin auf die Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus. Er schreibt: „Die Lehre des Sozialismus ist... aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz ausgearbeitet wurden.“⁷⁰ Der Sozialismus ist eine Wissenschaft, die von Wissenschaftlern, von Marx und Engels, begründet und von Lenin weiterentwickelt wurde. „Dies heißt selbstverständlich nicht“ – wie Lenin betont –, „daß die Arbeiter an dieser Ausarbeitung nicht teilnehmen. Aber sie nehmen daran nicht als Arbeiter teil, sondern als Theoretiker des Sozialismus, als die Proudhon und Weitling, mit anderen Worten, sie nehmen nur dann und so weit daran teil, als es ihnen in höherem oder geringerem Maße gelingt, sich das Wissen ihres Zeitalters anzueignen und dieses Wissen zu bereichern.“⁷⁰

Da der Sozialismus eine Wissenschaft ist, muß er „auch wie eine

Wissenschaft betrieben, d. h. studiert“⁷² und den Arbeitern überzeugend vermittelt werden. Diese Aufgabe kann nur die marxistische Partei, die die Vereinigung von wissenschaftlichem Sozialismus und spontaner Arbeiterbewegung herbeiführt, verwirklichen. Schon im „Manifest der Kommunistischen Partei“ sagten Marx und Engels – wie bereits betont –, daß die Kommunisten „theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung“ voraus haben.⁷³ Dabei kann dieses „theoretische Voraussein“ kein Grund zur Überheblichkeit der Kommunisten gegenüber der Masse der Arbeiterklasse sein. Es ist vielmehr Verpflichtung, sich immer enger mit den Massen zu verbinden, die Kenntnisse ständig zu erweitern, den Arbeitern zu vermitteln und im Dienst der Klasse zu nutzen.

Lenin betont: „Gerade damit die Masse einer bestimmten Klasse lernen kann, die eigenen Interessen, die eigene Lage zu begreifen, ihre eigene Politik zu betreiben, gerade dazu ist die Organisation der fortgeschrittensten Elemente der Klasse unbedingt und um jeden Preis notwendig, auch wenn diese Elemente am Anfang einen ganz geringen Teil der Klasse ausmachen sollten. Um der Masse zu dienen und ihre richtig erkannten Interessen zum Ausdruck zu bringen, muß der Vortrupp, die Organisation, ihre ganze Tätigkeit in die Masse verlegen und dabei ausnahmslos alle guten Kräfte heranziehen, und auf Schritt und Tritt sorgfältig und objektiv prüfen, ob die Verbindung mit den Massen gewahrt wird, ob sie lebendig wird. So und nur so erzielt und schult der Vortrupp die Masse; indem er ihre Interessen zum Ausdruck bringt, sie lehrt, sich zu organisieren, und die ganze Tätigkeit der Masse auf den Weg bewußter Klassenpolitik lenkt.“⁷⁴

Es ist die Aufgabe der Partei, „in die spontane Arbeiterbewegung bestimmte sozialistische Ideale hineinzutragen, sie mit sozialistischen Überzeugungen, die auf dem Niveau der modernen Wissenschaft stehen müssen, zu verbinden, sie mit dem systematischen politischen Kampf für die Demokratie als ein Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus zu verbinden, mit einem Wort, diese spontane Bewegung mit der Tätigkeit der revolutionären Partei zu einem unauflöslichen Ganzen zu verschmelzen.“⁷⁵

Wobei dieses „Hineintragen“ niemals im Sinne einer Beschränkung auf einfache Bildungs- oder Öffentlichkeitsarbeit verstanden wurde. „Muß denn unter Sozialdemokraten wirklich noch bewiesen werden, daß es ohne politischen Kampf und politische Aktionen keinerlei politische Erziehung geben kann? Kann man denn wirklich glauben, daß die Arbeitermassen durch irgendwelche Kurse oder Bücher usw., ohne politische Tätigkeit und politischen

Kampf politisch erzogen werden können?“⁷⁶

Klassenbewußtsein entsteht nicht außerhalb des praktischen Klassenkampfes, sondern durch die mit Hilfe der Partei erfolgende Verarbeitung der dabei gewonnenen Erfahrungen vom Standpunkt der grundlegenden Interessen der ganzen Klasse. Diese fundamentale Lehre wird sowohl von jenen in den Wind geschlagen, die glauben, daß es für die Entwicklung des Klassenbewußtseins ausreiche, sich in Studierstuben, fern vom Klassenkampf, mit der „reinen Theorie“ zu beschäftigen, als auch von denen, die darauf bauen, daß die Arbeiter ohne Partei, allein aus den Erfahrungen des praktischen Kampfes zu sozialistischem Bewußtsein gelangen könnten.

Seit mit der marxistischen Partei die Vereinigung von wissenschaftlichem Sozialismus und spontaner Arbeiterbewegung herbeigeführt wurde, erfolgt auch die weitere Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus nicht außerhalb dieser Partei durch „autonome“ Intellektuelle, sondern durch die Partei der Arbeiterklasse in ihren Programmen und anderen Dokumenten, durch marxistische Wissenschaftler, die ihr Wissen und ihre Fähigkeit in den Dienst der Partei der Arbeiterklasse stellen. Einzelne, von der marxistischen Partei isolierte Wissenschaftler sind in ihren Möglichkeiten, an der weiteren Ausarbeitung der marxistischen Theorie mitzuwirken, sehr beschränkt, weil ihnen die kollektive Erfahrung, das kollektive Wissen fehlt, das nur in der Partei der Arbeiterklasse erworben werden kann, deren Mitglieder in allen Schichten des Volkes, in allen fortschrittlichen Bewegungen wirken und die das daraus erwachsende Wissen kollektiv und von den Klassenpositionen der Arbeiterklasse aus verarbeitet.

Vor allem kann die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie niemals Selbstzweck sein. Sie erfüllt ihren Zweck nur, wenn sie der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse dient, wenn sie dazu beiträgt, der Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe ins Bewußtsein zu bringen, sie befähigt, diese Aufgabe zu erfüllen. Dazu bedarf es der bewußten und organisierten Arbeit der marxistischen Partei.

III Hemmnisse und Ansätze für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter in der Bundesrepublik

Nun ist das Klassenbewußtsein der Arbeitermassen in der Bundesrepublik im Vergleich mit dem der Arbeiter solcher Länder wie z. B. Frankreich und Italien zweifellos weniger entwickelt. Das äußert sich im vergleichsweise geringen Ausmaß und der weniger starken Politisierung der Arbeiterkämpfe in unserem Lande, aber auch in dem im Vergleich zu den Bruderparteien der genannten Länder schwächeren Masseneinfluß der DKP. Letzteres wird besonders in den Wahlergebnissen deutlich.

III/1 Warum ist das Klassenbewußtsein der Arbeiter in der Bundesrepublik schwach entwickelt?

Es drängt sich die Frage auf nach den Ursachen für das relativ schwach entwickelte Klassenbewußtsein der Massen der Arbeiter und Angestellten und dem geringeren Einfluß der kommunistischen Partei in unserem Lande.

Zu den wichtigsten Faktoren, die die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse in unserem Lande gehemmt haben und in gewissem Maße noch heute behindern, gehören zweifellos die verheerenden Auswirkungen der zwölf Jahre währenden faschistischen Terrorherrschaft. Nach der Befreiung unseres Landes vom Faschismus hatte das Naziregime nicht nur Trümmfelder in unseren Städten, sondern auch in den Köpfen der Menschen hinterlassen. Das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse war weitgehend verschüttet. Das Denken nicht weniger Arbeiter und Angestellter war nicht nur durch die bürgerliche Ideologie schlechthin bestimmt, sondern noch beträchtlich durch Überreste ihrer barbarischsten Form, des faschistischen Ungeistes, mitgeprägt.

Zugleich entwickelten sich auch in den damaligen Westzonen Deutschlands unter dem Eindruck der Erfahrungen mit Faschismus und Krieg antikapitalistische Stimmungen. Sie fanden ihren Ausdruck in einer Reihe von Länderverfassungen oder auch in der Volksabstimmung in Hessen über die Enteignung der Kriegsverbrecher. Diese Stimmungen boten wichtige Ansätze für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse.

Allerdings haben es die SPD-Führung und die CDU/CSU verstanden, diese Stimmungen demagogisch aufzugreifen und zu entschärfen. Die SPD-Führung erklärte den Sozialismus zur Tagesaufgabe und versuchte die KPD, die zunächst die notwendigen antifaschistisch-demokratischen Aufgaben in den Vordergrund rückte, durch die der Weg für eine sozialistische Perspektive geöffnet werden mußte, „links“ zu überholen. Und auch die CDU gab sich in ihrem Ahlener Programm antikapitalistisch. Zugleich griffen diese Parteien die antikommunistischen Vorbehalte in den Köpfen der Menschen auf und heizten den Antikommunismus an. Die antikapitalistischen Sprüche waren dabei zunächst ungefährlich für ihre Pläne zur Restauration der Macht des Großkapitals, da die westlichen Besatzungsmächte kraft Besatzungsrecht ohnehin die Verwirklichung jeder grundlegenden, gegen das Großkapital gerichteten Forderung verhinderten. Auf diese Weise gelang es der SPD-Führung und der CDU jedoch, sich Masseneinfluß zu verschaffen und den Einfluß der Kommunisten zu begrenzen. Unter den Bedingungen Frankreichs oder Italiens konnten sich die prokapitalistischen Parteien dagegen eine solche Sozialismusedemagogie nicht erlauben. Sie hätte tödliche Folgen für das kapitalistische System haben können. Dadurch waren in diesen Ländern von vornherein die Fronten klarer. Wer antikapitalistisch gesinnt war, hatte es wesentlich leichter, sich auf die kommunistische Partei zu orientieren als in den Westzonen Deutschlands bzw. in der späteren Bundesrepublik.

Von enormer Bedeutung für den größeren Masseneinfluß solcher Parteien wie der IKP und FKP im Vergleich mit dem der KPD nach 1945 und der DKP heute ist die Tatsache, daß unsere italienische und französische Bruderpartei kraft der Tatsache, daß sie die bedeutendste Rolle im Widerstandskampf ihrer Völker gegen die hitlerfaschistische Fremdherrschaft gespielt haben, in ihren Ländern eine anerkannte nationale Kraft sind. Nun haben die Kommunisten auch in Deutschland den entscheidenden Beitrag im antifaschistischen Widerstandskampf geleistet und die größten Opfer gebracht. Sie haben sich damit, wie die Kommunisten in den anderen Ländern, als die besten Patrioten ihres Landes erwiesen. In dem noch von den Überresten faschistischen Denkens mitgeprägten Bewußtsein vieler Menschen, darunter vieler Arbeiter in unserem Lande, und angesichts der erneut entfachten antikommunistischen, vor allem antisowjetischen Hetze stellte sich der Widerstandskampf der Kommunisten jedoch als antinationales, gegen den „Sieg Deutschlands“ gerichtetes Handeln dar. Daran knüpfen die antikommunistischen Scharfmacher bis heute in ihrem Bemühen, die Kommunisten als antinationale Kraft zu verleumden, an.

Unter dem gleichen Gesichtspunkt muß auch die Tatsache gesehen werden, daß in Frankreich und Italien die Autorität, die sich die Sowjetunion, das Land der Kommunisten, durch ihre entscheidende Rolle bei der Befreiung Europas vom Faschismus erworben hat, im Denken vieler Menschen, vor allem der Arbeiter, auf die Kommunisten des eigenen Landes übertragen wurde. Die Sowjetunion hat auch unser Land vom Faschismus befreit, und das sogar noch unmittelbarer als Italien oder Frankreich. Bei der bereits dargestellten Bewußtseinslage vieler Arbeiter und Angestellter bei uns und der erneut entfachten antisowjetischen Hetze wurde und wird die Sowjetunion jedoch auch von vielen Arbeitern nicht als Befreier, sondern als Land gesehen, gegen das „wir den Krieg verloren“ haben.

Das enorme Gewicht, das der Rolle unserer Bruderparteien im nationalen Befreiungskampf ihrer Völker und der Autorität, die sich die Sowjetunion durch ihren entscheidenden Beitrag zum Sieg über den Faschismus erworben hat, für den Masseneinfluß der FKP und IKP zukommt, wird auch daran deutlich, daß diese Parteien nicht erst in den letzten Jahren zu Massenparteien wurden. Der entscheidende Durchbruch der FKP zur Massenpartei erfolgte im Kampf gegen den Faschismus in den Februarkämpfen 1934 mit der Aktionseinheits- und Volksfrontpolitik, in der Resistance und natürlich auch nach der Befreiung vom Faschismus. In der Wahl 1936 verdoppelte die FKP die Stimmen. Die Zahl der Abgeordneten in der Nationalversammlung stieg von 10 auf 72. Hatte die FKP vor dem zweiten Weltkrieg 300 000 Mitglieder, so waren es 1945 545 000 Mitglieder. Die IKP entwickelte sich aus einer Partei mit 15 000 Mitgliedern im Jahre 1943 zu einer Armee von 1,7 Millionen Kommunisten im Jahre 1946.⁷⁷

Verheerende Auswirkungen auf das Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten in den Westzonen Deutschlands und später in der Bundesrepublik hatte auch der schon bald nach dem Ende des zweiten Weltkrieges vom US-Imperialismus und den imperialistischen Kräften in anderen Ländern entfesselte kalte Krieg. Er nahm in unserem Lande schärfere Formen an als in den meisten anderen Staaten. Das hängt damit zusammen, daß der Antikommunismus als Ergebnis des Faschismus bei uns tiefer eingewurzelt war als anderswo und schnell wieder zur Staatsdoktrin erhoben werden konnte.

Hinzu kommt, daß sich der kalte Krieg bei uns in einem vom deutschen Monopolkapital im Bunde mit den imperialistischen Westmächten gespaltenen Land entfaltete. Dabei war der westliche Teil der ökonomisch weitaus entwickeltere. Das wurde vom Imperialismus genutzt, um der sowjetischen Besatzungszone bzw.

der späteren DDR durch die Abwerbung von Fachkräften, durch Wirtschaftssabotage und andere subversive Maßnahmen systematisch zu schaden mit dem Ziel, die sich dort entwickelnde Volksherrschaft zu zerstören und die DDR in die imperialistische Bundesrepublik einzuverleiben. Ergänzt wurde die am Rande des heißen Krieges geführte Politik der „Befreiung“ der DDR durch revanchistische Gebietsforderungen gegen die Volksrepublik Polen und die ČSSR sowie durch einen besonders wilden Antisowjetismus. Bedingt durch diese Faktoren haben wir es im Denken großer Teile der Arbeiterklasse unseres Landes nicht nur mit einer stärkeren Verbreitung des Antikommunismus, sondern auch mit einer größeren Wirkung des bürgerlichen Nationalismus zu tun, als in anderen Ländern.

Das „Wirtschaftswunder“ und die relativ lang andauernde Konjunktur in der Bundesrepublik haben zweifellos Illusionen über eine mögliche Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit begünstigt. Die starke ökonomische Position des BRD-Imperialismus ermöglichte und die unmittelbare Systemkonfrontation mit dem Sozialismus auf deutschem Boden erzwang verhältnismäßig weitgehende ökonomische Zugeständnisse an die Arbeiter und Angestellten in unserem Lande. Unter diesen Bedingungen wurden bei uns häufig am Verhandlungstisch zwischen Gewerkschaften und Unternehmern größere Verbesserungen durchgesetzt als in Frankreich und Italien in harten Streikkämpfen. Durch diese Kämpfe wurde in unseren Nachbarländern sicherlich die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter gefördert. Die Tatsache, daß bei uns am Verhandlungstisch häufig größere Ergebnisse erreicht wurden, hat dagegen ihrerseits sozialpartnerschaftliches Denken begünstigt.

Ein Faktor, der sich auf die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik nachteilig auswirkt, ist auch der Umstand, daß die Sozialdemokratie unter den Arbeitern und Angestellten traditionell einen weit größeren Einfluß hat als die kommunistische Partei. Dabei verbreitet die heutige SPD-Führung nicht nur schlechthin reformistische Ideen in der Arbeiterklasse. Sie hat sich vielmehr im Unterschied zu einigen anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien vorbehaltlos auf den Boden des staatsmonopolistischen Kapitalismus gestellt. Sie gehört zu den am schärfsten antikommunistisch agierenden Kräften der Sozialistischen Internationale. Sie lehnt jedes gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten ab und setzt alles daran, die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in das staatsmonopolistische System einzuordnen. Nachteilig für die Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Klassenkämpfe der

Arbeiter unseres Landes wirkt sich auch der besonders starke Einfluß der SPD-Führung auf einige führende Gewerkschaftsfunktionäre aus, die heute aus falscher Rücksichtnahme auf die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht selten auf die konsequente Vertretung von Arbeiterinteressen verzichten.

Die genannten Faktoren haben zweifellos in unserem Lande die Bedingungen für das Wirken der kommunistischen Partei bei der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse außerordentlich erschwert. Wobei als zusätzlicher Faktor auch die Tatsache genannt werden muß, daß es durch das verfassungswidrige KPD-Verbot von 1956 bis 1968 in der Bundesrepublik keine legalen Wirkungsmöglichkeiten für die kommunistische Partei gegeben hat. Auch heute wird die Arbeit der DKP durch administrative Maßnahmen wie die Berufsverbote gegen Kommunisten und andere Demokraten, den Fortbestand des KPD-Verbots mit seinen gegen die demokratischen Kräfte gerichteten Auswirkungen, die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel bei Wahlen und den faktischen Ausschluß von Fernsehen und Rundfunk wesentlich behindert.

III/2 Neue Ansätze für die Entwicklung des Klassenbewußtseins

Mit der Zuspitzung der Krisenerscheinungen des Kapitalismus, der immer erfolgreicher Entwicklung der Länder des Sozialismus und den Fortschritten der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung wurden in den letzten Jahren aber auch in der Bundesrepublik im Denken eines Teils der Arbeiter und insbesondere der Jugend gewisse Veränderungen eingeleitet. Einen Einschnitt stellten hier zweifellos die Krise 1966/67 und die Septemberstreiks 1969 dar.

Die Krise von 1966/67, die erste zyklische Krise in der Geschichte der Bundesrepublik mit einem absoluten Produktionsrückgang und fast 700000 Arbeitslosen, hat in breiten Teilen der Arbeiterklasse die Vorstellung von einem krisenfreien Kapitalismus und einer gesicherten Vollbeschäftigung erschüttert. Der massive Angriff der Unternehmer auf die Rechte der Arbeiter, auf ihren Lebensstandard und vor allem auf die übertariflichen Lohnbestandteile brachte das Gebäude sozialpartnerschaftlicher Denkschablonen ins Wanken. Es kam zu einer Welle von Abwehrstreiks und im September 1969 zu den großen Streikaktionen in der Stahlindustrie, der metallverarbeitenden Industrie und im Bergbau.

Das besondere an diesen Streiks war dabei die Tatsache, daß sie nicht auf Beschluß der entsprechenden Gewerkschaftsorgane,

sondern durch die spontane Initiative der Belegschaften zustande kamen. „Die Septemberstreiks von 1969 machten wichtige Veränderungen im Bewußtsein eines bestimmten Teils der Arbeiterklasse sichtbar, zeigten einen hohen Grad von Geschlossenheit und Disziplin der kämpfenden Belegschaften. Sie zeugten von einer deutlichen Aktivierung gewerkschaftlicher Bewußtseinsformen und von einer gestiegenen Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, die elementaren ökonomischen Forderungen – Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen – durchzusetzen.“⁷⁸

In den folgenden Jahren kam es dann zu weiteren bedeutenden Lohn- und Tarifikämpfen in der Metall- und Chemieindustrie, im öffentlichen Dienst und in der Druckindustrie. Neben den Kämpfen um soziale und ökonomische Forderungen haben auch die Bewegungen gegen die Notstandsgesetze, die Aktionen gegen neofaschistische Gefahren, die Solidaritätsbewegungen mit den Völkern Vietnams und Chiles, der Einsatz für die Verträge mit den sozialistischen Ländern sowie Aktivitäten für Abrüstung und gegen die Berufsverbote zur Entwicklung des Bewußtseins bei Teilen der Arbeiterklasse und der jungen Generation beigetragen.

Was die Krise 1974/75 und die auch weiterhin anhaltenden vielfältigen Krisenerscheinungen betrifft, so wurde bereits ausgeführt, daß ihre Wirkungen auf die Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse widersprüchlich sind. Einerseits ruft die Krise Unsicherheit und kritische Fragen über den Kapitalismus hervor. Teile der Arbeiter sehen, daß dieses System krank ist, Unsicherheit bringt, sehen seine Gebrechen. Die brutale Abwälzung aller Krisenlasten auf die Arbeiter und Angestellten erschüttert das Märchen von der Sozialpartnerschaft. Zugleich ist nicht zu übersehen, daß die Krisenangst bei Teilen der Arbeiter die Kampfbereitschaft und Solidarität untergräbt.

Im Zusammenhang mit den Krisenerscheinungen des Kapitalismus sammeln Arbeiter auch Erfahrungen über den kapitalistischen Staat, der dem Großkapital hilft, auch in der Krise seine Profite zu mehren und alle Krisenlasten den Werktätigen aufzubürden. Zugleich aber gibt es nach wie vor unter den Arbeitermassen starke Illusionen über die „Neutralität“ und „Unabhängigkeit“ des Staates, über seine „Gemeinwohlorientierung“, über den angeblichen „Pluralismus“.

Angesichts der tiefen Krisenerscheinungen des Kapitalismus beginnen vor allem junge Menschen über Alternativen zum kapitalistischen Krisensystem nachzudenken und zum Teil auch schon Vorzüge des Sozialismus zu erkennen. Unter dem Einfluß der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Reformdemagogie ist der überwiegende Teil der Arbeiter und auch der jungen Genera-

tion jedoch nach wie vor in der Illusion befangen, die Gebrechen des Kapitalismus könnten durch Reformen im Rahmen dieses Systems geheilt werden. Bei anderen breitet sich ein Gefühl der Ausweglosigkeit und Lebensangst aus. Übersehen werden dürfen auch nicht die zunehmenden ultrakonservativen und sogar neonazistischen Einflüsse bei Teilen der Arbeiterschaft und der Jugend.

Unter dem Eindruck der konstruktiven Friedenspolitik der Länder des Sozialismus und ihrer Erfolge vollziehen sich Veränderungen im Denken von Teilen der Arbeiter. Es entwickeln sich Ansätze einer neuen Einstellung zur Sowjetunion, eines neuen Bildes von der DDR. Vor allem beginnen immer mehr Menschen zu erkennen, daß die sozialistischen Länder am Frieden interessiert sind. Zugleich sind mit den Erfolgen der Politik der friedlichen Koexistenz in Europa, die ja nicht ohne die Mitwirkung der Bundesrepublik und der SPD-geführten Regierung zustande gekommen sind, sicher in der Arbeiterschaft und in der Jugend die Illusionen über den Imperialismus der Bundesrepublik größer geworden. Es darf auch nicht übersehen werden, daß selbst die plumpeste, militanteste Hetze gegen die Länder des Sozialismus bei einem nicht unbeträchtlichen Teil der Arbeiter nach wie vor offene Ohren findet.

Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Krisenerscheinungen des Kapitalismus und der Erfolge des Sozialismus sowie im Ergebnis der sich entfaltenden Massenarbeit unserer Partei sehen wir auch positive Entwicklungen in der Haltung von Teilen der Arbeiterschaft und besonders der Jugend gegenüber der DKP. Gleichzeitig übersehen wir nicht, daß es nach wie vor unter großen Teilen der Arbeiterklasse und auch der Jugend viele antikommunistische Vorbehalte gegenüber der DKP gibt.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse in unserem Lande sind auch die Erfahrungen, die die Arbeiter in den Lohn- und Tarifikämpfen 1978 sammeln konnten. Die brutale Aussperrung der Unternehmer gegen die Drucker und Setzer sowie die Metallarbeiter in Baden-Württemberg unterstreicht die ganze Verlogenheit der Sozialpartnerschaftsideologie. Die Parteinahme der Regierung, der Spitzen aller Bundestagsparteien und der ganzen bürgerlichen Presse für das Großkapital hat wichtige Erfahrungen darüber vermittelt, wie es denn um den „Pluralismus“ und die angebliche Neutralität des Staates in der Bundesrepublik bestellt ist. Auch für das Nachdenken über grundlegende gesellschaftliche Alternativen können die Kampferfahrungen 1978 Denkanstöße sein.

So ging es z. B. im Kampf der Drucker und Setzer unmittelbar um die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und die Sicherung ihres

sozialen Standards. Zugleich traten jedoch in dieser Auseinandersetzung solche Grundsatzfragen deutlich hervor, wie die des Machtmißbrauchs des Großkapitals und der rigorosen Ausnutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für seine egoistischen Profitinteressen ohne Rücksichtnahme auf die sozialen Folgen für die arbeitenden Menschen. Die Auseinandersetzungen in der Druckindustrie unterstreichen so die Aktualität des Kampfes um tarifliche Absicherungen. Sie bestätigen zugleich die große Bedeutung des Ringens um eine antimonopolistische Wirtschaftspolitik, um antimonopolistische Reformen zur Einschränkung der Macht des Monopolkapitals.

Wenn großbürgerliche Zeitungen wie Springers „Welt“, die „FAZ“ und die „Süddeutsche Zeitung“ in ihren haßerfüllten Tiraden zum Ausgang des Kampfes der IG Druck und Papier behaupten, es sei dabei um die „Systemveränderung“ gegangen, so haben sie in einem bestimmten Sinne so unrecht nicht. Natürlich haben die Drucker und Setzer nicht für den Sozialismus gestreikt, sondern für ihre unmittelbaren sozialen Anliegen. In dieser Auseinandersetzung sind jedoch die tiefen Widersprüche zwischen den sich entfaltenden modernen Produktivkräften und der Fessel der überholten kapitalistischen Produktionsverhältnisse, zwischen den großen Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und ihren gefährlichen sozialen Folgen für die arbeitenden Menschen unter den Bedingungen kapitalistischer Profitwirtschaft, kurzum, die zu engen Grenzen des kapitalistischen Systems schlaglichtartig sichtbar geworden. Es wurde deutlich, daß wir heute einen Höhepunkt jener Entwicklung erleben, auf die schon Marx mit der Feststellung hinwies, daß „die Maschine... an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht“.⁷⁹

Daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und nicht die moderne Technik die Schuld an den unsozialen Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Kapitalismus tragen, zeigt ein Blick auf die Länder des Sozialismus. Unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln wird der wissenschaftlich-technische Fortschritt planmäßig, zum Nutzen und im Interesse der gesamten Bevölkerung vorangetrieben. Während die kapitalistische Rationalisierung den Arbeitern Arbeitslosigkeit und beruflichen Abstieg, dem Großkapital dagegen noch größere Profite bringt, ist die sozialistische Rationalisierung Mittel, um Arbeitszeit und Kosten einzusparen mit dem Ziel, die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung immer besser befriedigen zu können. Die tiefen Widersprüche zwischen den modernen Produktivkräften und

den überholten kapitalistischen Produktionsverhältnissen verlangen gebieterisch die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Die Auseinandersetzungen in der Druckindustrie sind somit in der Tat ein zusätzlicher Beweis für die Notwendigkeit der „Systemveränderung“, das heißt für die Notwendigkeit des Sozialismus.

Im Zusammenhang mit den vielfältigen Krisenerscheinungen des Kapitalismus und auf dem Hintergrund der jüngsten Klassenkämpfe haben wir es also mit einer sehr differenzierten Bewußtseinsentwicklung zu tun. Es gibt sowohl positive Ansätze für klassenmäßige Erkenntnisse als auch negative Wirkungen der Krise auf das Denken und Handeln der Arbeiter. Die Unterschiede im Bewußtseinsstand zwischen den einzelnen Arbeitern und Angestellten, zwischen den Beschäftigten der verschiedenen Betriebe und Wirtschaftszweige sind zum Teil geringer, zum anderen Teil aber auch noch größer geworden. Dabei spielen zweifellos solche Faktoren eine Rolle wie das Ausmaß der direkten oder indirekten Betroffenheit durch Krisenfolgen, der Beteiligung an den Klassenkämpfen, der gewerkschaftlichen Organisiertheit und der Einbeziehung in die Gewerkschaftsarbeit. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch, ob und mit welcher Aktivität Mitglieder und Betriebsgruppen der DKP in den Betrieben tätig sind und welche Verbreitung ihre Betriebszeitungen finden.

Wenn wir – bei Beachtung der ganzen Widersprüchlichkeit der Bewußtseinsentwicklung – feststellen, daß es auch bei Teilen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik gewisse positive Veränderungen im Denken gibt, so darf allerdings nicht übersehen werden, daß es sich dabei im wesentlichen um die Entwicklung ökonomischer Klassenerkenntnisse handelt. Das politische Klassenbewußtsein ist noch immer außerordentlich schwach entwickelt. Eine Widerspiegelung des großen Mißverhältnisses zwischen ökonomischen und politischen Klassenerkenntnissen ist auch die Tatsache, daß in einer ganzen Reihe von Betrieben, dort also, wo es um die unmittelbaren ökonomischen und sozialen Auseinandersetzungen geht, ein nicht geringer Teil der Arbeiter und Angestellten Kommunisten in die Betriebsräte wählt, bei Parlamentswahlen aber noch nicht bereit ist, der DKP die Stimme zu geben.

Die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigen, daß die wichtigsten Anknüpfungspunkte für die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse nach wie vor die unmittelbaren sozialen Fragen sind: die Lohnauseinandersetzungen, die Erfahrungen mit der kapitalistischen Rationalisierung und der Unsicherheit der Arbeitsplätze, mit der Preistreiberei der Konzerne und des Staates, die un-

soziale Steuerpolitik, aber auch Fragen der Bildung und Ausbildung, der Umweltgefährdung durch die Konzerne sowie die vielfältigen Probleme in den Städten und Gemeinden. Ein besonders wichtiges Feld der Klassenauseinandersetzung und der Entwicklung von Klassenbewußtsein werden dabei in der ganzen nächsten Zeit die Probleme der Arbeiterjugend, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit und die Lehrstellennot, bleiben. Hier zeigt sich nicht nur am deutlichsten die Unfähigkeit und die Menschenfeindlichkeit des kapitalistischen Systems, hier liegen zugleich die größten Möglichkeiten für die Entfaltung von Aktivitäten. Das wird durch die Aktionen der arbeitenden und lernenden Jugend in den letzten Jahren unterstrichen.

Es wird in verstärktem Maße darauf ankommen, ausgehend von den Erfahrungen der Arbeiter und Angestellten, der arbeitenden und lernenden Jugend, in den unmittelbaren sozialen und ökonomischen Kämpfen tiefergehende Klassenerkenntnisse, politisches Klassenbewußtsein zu entwickeln. Dafür bedarf es einer starken Deutschen Kommunistischen Partei, ihrer immer festeren Verankerung in der Arbeiterklasse.

III/3 Der 12. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall und die Entwicklung des Arbeiterbewußtseins

Ein gewisses Spiegelbild für die widerspruchsvolle Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse in den letzten Jahren sind auch die Gewerkschaftstage der DGB-Gewerkschaften 1977/1978. Wobei Gewerkschaftstagen der IG Metall, als der stärksten Einzelgewerkschaft, zweifellos für die politische Auseinandersetzung, für die Aktivität und das Bewußtsein großer Teile der Arbeiter und Angestellten in unserem Lande eine besondere Bedeutung zukommt.

Wenn man den 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall unter dem Gesichtspunkt der Bewußtseinsentwicklung der Arbeiter betrachtet, so muß man sicher einschätzen, daß seine Beschlüsse und Aussagen Ausdruck einer positiven Entwicklung sind. In wichtigen Fragen wurden neue Akzente gesetzt, in Richtung einer Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften, einer größeren innergewerkschaftlichen Demokratie, einer an Arbeiterinteressen orientierten Politik.

So kam auf dem Gewerkschaftstag stärker das Gewicht der Mitglieder und Funktionäre an der Basis zur Geltung als bei vorangegangenen Gewerkschaftstagen. Beispiel dafür war die Änderung der Geschäftsordnung, bei der durchgesetzt wurde, daß Initiativ-

anträge der Delegierten vor den Vorstandsentschlüssen zu behandeln waren, aber auch die lebhafteste Diskussion zu den Geschäftsberichten, an der 45 Diskussionsredner teilnahmen, wesentlich mehr als bei vorhergegangenen Gewerkschaftstagen. Zu diesen Bestrebungen, das Gewicht und den Einfluß der Basis zu erhöhen, muß auch die Entscheidung gerechnet werden, der Verlängerung des Tagungsrhythmus der IG-Metall-Gewerkschaftstage von drei auf vier Jahre nicht die Zustimmung zu geben. Nicht zuletzt äußert sich das stärkere Drängen auf mehr innergewerkschaftliche Demokratie in jener Passage der Entschlußung zur Tarifpolitik, in der es heißt: „Zur Verwirklichung der tarifpolitischen Ziele ist eine ständige Information und Diskussion in der Mitgliedschaft unumgänglich, dabei muß die frühzeitige und umfassende Einbeziehung der Mitglieder und Funktionäre bei der Erstellung der Forderungen und der Grundsätze einer Tarifbewegung sichergestellt werden.“⁸⁰

In vielen Reden und Entschlüssen brachte der Gewerkschaftstag seine Sorge um die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik zum Ausdruck. Er sprach sich gegen den Terrorismus aus, betonte, daß dieser mit der organisierten Arbeiterbewegung nichts zu tun hat, und lehnte alle Versuche einer Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten, die in diesem Zusammenhang geplant werden, ab. Der Gewerkschaftstag forderte das Verbot der Aussperrung, wandte sich gegen ein Verbändegesetz und eine Einschränkung der Tarifautonomie oder andere Beschneidungen gewerkschaftlicher Rechte.

Der Gewerkschaftstag sprach sich für eine aktive Lohnpolitik, eine Erhöhung der Reallöhne und eine Stärkung der Massenkaukraft aus. In die tarifpolitische Entschlußung wurde das Ziel einer Erhöhung der Reallöhne eingefügt. Es wurde beschlossen, alle Tarifverträge, die einen Lohnschlüssel enthalten, zu kündigen, um die Voraussetzungen für eine stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen zu schaffen. Große Bedeutung für eine aktive Tarifpolitik hat der Beschluß, die jetzige Schlichtungsvereinbarung zu kündigen. Die Schlichtung soll nach dem Willen der IG Metall künftig nur von beiden Seiten gemeinsam angerufen werden können. Vor allem soll während der Schlichtung keine Friedenspflicht mehr bestehen. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, bereits unmittelbar nach dem Scheitern von Verhandlungen, Kampfmaßnahmen einzuleiten und durchzuführen.

Der Gewerkschaftstag sprach sich für die Verteidigung der Arbeitsplätze und das Recht auf Arbeit aus. Große Bedeutung hat der Beschluß, an die Stelle eines allgemeinen Bekenntnisses zur Arbeitszeitverkürzung das Ziel einer 35-Stunden-Woche zu setzen.

Die Delegierten sprachen sich dafür aus, bestehende Arbeitsplätze durch eine aktive Gewerkschaftspolitik zu verteidigen. Gefordert wurde eine Wirtschaftspolitik, die vorrangig von einer Sicherung der Arbeitsplätze ausgeht. Eine Schwäche in der betreffenden EntschlieÙung sind Illusionen über die Regierungspolitik und die Tatsache, daß erklärt wurde, das Recht auf einen Arbeitsplatz sei nicht zu verwirklichen.

Der Gewerkschaftstag machte klare Aussagen in Richtung einer antimonopolistischen Reformpolitik. Durchgängig waren sowohl bei den Delegierten als auch im Referat von Eugen Loderer anti-kapitalistische Aussagen, eine Absage an die Profitpolitik, die Forderung nach einer härteren Gangart gegenüber den Unternehmen. Zu diesen richtigen klassenmäßigen Einschätzungen gehört z. B. auch die Aussage in der EntschlieÙung zur Bildungspolitik: „Die Zuspitzung der Konflikte in Schule, Hochschule und Betrieb sind das Ergebnis der zunehmenden Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter Kapitalinteressen.“⁸¹

In der EntschlieÙung zur Wirtschaftspolitik wurde die ursprüngliche Formulierung, „sich mit aller Kraft für die Verbesserung der Wirtschaftsordnung einzusetzen“, geändert in „mit aller Kraft für die Verwirklichung einer Wirtschaftsordnung einzusetzen, die den Interessen der arbeitenden Menschen gerecht wird“.⁸² Während im ursprünglichen Text der EntschlieÙung stand, daß im Bedarfsfall eine Überführung möglich sein sollte, wurde jetzt formuliert: „Dies muß die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum einbeziehen.“⁸³ Auch in der EntschlieÙung zur Energiepolitik wurde durch einen Ergänzungsantrag hinzugefügt, der Gewerkschaftstag unterstreicht nochmalig und ausdrücklich die „Zielsetzung der Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum, dies gilt im besonderen Maße für den Bereich der Energiegewinnung, -erzeugung und -versorgung“.⁸⁴

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die konzertierte Aktion lehnte der Gewerkschaftstag alle einkommenspolitischen Manipulationsversuche, insbesondere die einseitigen lohnpolitischen Empfehlungen des Sachverständigenrates und jeden Mißbrauch von Zielprojektionen oder Orientierungsdaten ab. Dazu gehöre auch die Erörterung tarifpolitischer Fragestellungen in der konzertierten Aktion. Diese Feststellungen wurden durch den Gewerkschaftstag mit der Forderung ergänzt, als Antwort auf die Mitbestimmungsklage der Unternehmer beim DGB auf eine Nichtbeteiligung an der konzertierten Aktion zu drängen, bis die Mitbestimmungsklage vom Tisch ist. Die Forderung, das Fernbleiben von der konzertierten Aktion für die Zeit, während die Mitbe-

stimmungsklage läuft, konkret für die IG Metall zu beschließen, fand allerdings keine Mehrheit.

Wichtige Aussagen traf der Gewerkschaftstag in der Frage der Abrüstungs- und Entspannungspolitik. Hier wurden die Ergebnisse von Helsinki begrüßt und von der Folgekonferenz in Belgrad weitere Fortschritte erwartet, insbesondere, daß das Verbot der Herstellung, der Anwendung und der Weitergabe atomarer Waffen nach wie vor angestrebt werden muß. Von der Bundesregierung wird erwartet, daß künftig alle Entspannungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden und daß sie sich mit Zähigkeit und Umsicht für beiderseitige ausgewogene Truppenverminderungen und Fortschritte bei den SALT-II-Abkommen einsetzt. Es wird eine Senkung der Rüstungsausgaben verlangt.

In der Frage der Energiepolitik, insbesondere der Kernenergie, gab es eine leidenschaftliche und umfangreiche Diskussion. Hier ging es insbesondere um die Frage, ob sich der Gewerkschaftstag zusätzlich zu seinen Forderungen nach mehr Sicherheit, ausgewogenerer Energieplanung, besseren Umweltschutz und stärkere Einbeziehung der Meinungen der Bevölkerung, für einen Bau-stopp von Kernenergieanlagen in der jetzigen Situation einsetzt, so wie das die Gewerkschaftsjugend in ihrem Antrag forderte, oder ob eine Weiterführung der begonnenen Anlagen befürwortet wird. Bei der Abstimmung entschied sich etwa eine Zweidrittelmehrheit für die Vorstandsentschließung gegen den Jugendantrag. Mit der Einfügung der Forderung nach Überführung in Gemeineigentum konnte die Vorstandsentschließung allerdings inhaltlich verbessert werden.

Eine ähnliche Situation bestand in der Frage der Berufsverbote. Obwohl acht Anträge eine klare Ablehnung der Berufsverbote verlangten, legte der Vorstand eine Entschließung vor, die im wesentlichen die Haltung der Regierung stützt, prinzipiell eine Überprüfung bejaht, auf die Position der Einzelfallprüfung und der gerichtsverwertbaren Tatsachen, also im Grunde genommen auf eine demokratische Drapierung der Berufsverbote hinausläuft. Diese Entschließung, die einer Grundsatzstellungnahme des DGB folgt, enthält außerdem die Feststellung, daß gewerkschaftliche Tätigkeit nicht betroffen sei. An diese Entschließung war eine Absage an den Terrorismus angehängt.

Auch hier gab es eine ausführliche Diskussion. Delegierte brachten eine Fülle von Beispielen, wie die Berufsverbote schon heute in die private Wirtschaft und in die unmittelbare Tätigkeit der Gewerkschaften hineinreichen. Ein Teilerfolg war die durchgesetzte Trennung der Terrorismus-Entschließung von der Aussage zu den Berufsverboten. Die eigentliche Berufsverbotsentschließung des

Vorstands wurde jedoch von einer Mehrheit angenommen.

Im Gegensatz zu einer ausgesprochenen Sachlichkeit, die den ganzen Gewerkschaftstag durchzog und die Möglichkeit gab, alle Fragen auch kritisch und gegensätzlich zu diskutieren, gab es in der Frage der Menschenrechte und der sogenannten Deutschlandpolitik antikomunistische Positionen und äußerst starke Emotionen.

Für das Bemühen, das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse zu entwickeln, vermittelt der Gewerkschaftstag wichtige Schlußfolgerungen. Sie ergeben sich mehr oder weniger ausgeprägt auch aus den Gewerkschaftstagen anderer DGB-Gewerkschaften und aus dem DGB-Kongreß 1978.

Erstens zeigt der Gewerkschaftstag der IG Metall, daß es dem Großkapital und seinen Vertretungen bei einem beachtlichen Teil der organisierten Arbeiterklasse nicht gelungen ist, mit dem Knüppel der Krise und der Sorge um den Arbeitsplatz die Bereitschaft zu ersticken, für die Arbeiterinteressen aktiv zu werden. Bei Teilen der organisierten Arbeiterklasse ist die Kampfbereitschaft aufgrund der Krisenerfahrungen sogar gewachsen. Die „Frankfurter Rundschau“ kommt in diesem Zusammenhang zu der Feststellung: „Jüngste Gewerkschaftskongresse zeigen nun, daß in den Gewerkschaften ein frischer Wind weht.“ Und weiter: „...festzuhalten bleibt, daß sich aus den Betrieben und öffentlichen Verwaltungen heraus sozusagen eine Massenbewegung des kollektiven Selbstbewußtseins entwickelt hat. Dieses Selbstbewußtsein, aus dem die Kraft geschöpft wird, gerade angesichts der ständigen Arbeitsplatzunsicherheit nicht vor dem Druck der Verhältnisse zu resignieren, kommt nicht von ungefähr.“⁸⁵

Zweitens bestätigt der Gewerkschaftstag die Einschätzung, daß die wichtigsten Ansätze für die Entwicklung von klassenmäßigen Einsichten nach wie vor auf den Gebieten gegeben sind, wo die Arbeiter am unmittelbarsten der Schuh drückt: bei den Fragen des Lohns und der Beschäftigung. Ansatzpunkte für die Bewußtseinsentwicklung gibt es aber auch in den Fragen, die mit dem Streben nach Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten und mit der Friedens- und Abrüstungsproblematik zusammenhängen.

Drittens zeigt der Gewerkschaftstag, daß sich im organisierten Kern der Arbeiterklasse angesichts der Krisenerfahrungen antikapitalistische Einsichten und Stimmungen und die Suche nach Alternativen verstärken. Hier haben wir es in gewissem Maße mit einer neuen Tendenz zu tun. Antikapitalistische Einsichten und die Suche nach Alternativen, die noch Anfang der siebziger Jahre mehr oder weniger auf Teile der jungen Intelligenz begrenzt und in der Arbeiterschaft nur ganz gering verbreitet waren, fassen unter

dem Eindruck der Krisenerfahrungen bei Teilen der organisierten Arbeiterschaft stärker Fuß. Das ist außerordentlich bedeutsam.

Viertens bestätigt der Gewerkschaftstag, daß die Suche nach Alternativen bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in erster Linie in antimonopolistische Richtung, in die Richtung antimonopolistischer Reformen, in die Richtung der Forderung nach Mitbestimmung und der Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum geht. Dadurch wird die Richtigkeit der antimonopolistischen Orientierung der DKP im Kampf um die Öffnung des Weges zum Sozialismus unterstrichen.

Fünftens macht der Gewerkschaftstag deutlich, daß sich bewußtseinsmäßige progressive Entwicklungen bei Teilen der organisierten Arbeiterschaft auch in der Ablehnung von Bevormundung und Reglementierung und dem Streben nach mehr innergewerkschaftlicher Demokratie, nach unmittelbarer Mitwirkung ausdrücken. Das unterstreicht über den gewerkschaftlichen Rahmen hinaus die Richtigkeit des Ringens um mehr Rechte für die Bürger, um eine bürgernahe Demokratie, um direkte Mitsprache und Mitwirkung der arbeitenden Menschen bei der Lösung der sie bewegenden Probleme.

Sechstens verweist der Gewerkschaftstag aber auch auf die Probleme, die nach wie vor die Haupthindernisse bei der Entwicklung des Klassenbewußtseins selbst im organisierten Kern der Arbeiterklasse sind: Es sind dies die weitverbreiteten Illusionen über den Staat und insbesondere über die sozialdemokratisch geführte Regierung; der nach wie vor weitverbreitete Antikommunismus, insbesondere in Gestalt einer negativen Einstellung zum realen Sozialismus und vor allem zur DDR; die Befangenheit in scheinbar klassenneutralem, in Wirklichkeit bürgerlichem Denken in Fragen der Freiheit und Menschenrechte.

Wenn versucht wurde, den Gewerkschaftstag der IG Metall unter dem Gesichtspunkt der Schlußfolgerungen für die ideologische Arbeit einzuschätzen, so darf dabei allerdings nicht vergessen werden, daß es sich bei den organisierten Metallarbeitern und insbesondere bei den aktivsten Metallgewerkschaftern um einen fortgeschrittenen Anteil der Arbeiterklasse unseres Landes handelt. Bei dem größten Teil der Arbeiter und Angestellten ist das Bewußtsein viel weniger entwickelt, ist der Antikommunismus viel stärker, ist antikapitalistisches Denken kaum vorhanden, sind Sozialpartnerschaftsillusionen noch weit verbreitet.

III/4 Organisationen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik

Ausdruck für den unterschiedlichen Entwicklungsstand von Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse der Bundesrepublik ist auch der Grad der Organisation von Arbeitern und Angestellten in den verschiedenartigen Organisationen der Arbeiterbewegung.

- Zur Durchsetzung der gemeinsamen, alle Lohnarbeiter betreffenden Interessen besitzt die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik in Gestalt der Deutschen Kommunistischen Partei eine marxistische Partei. Sie erfaßt den fortschrittlichsten Teil der Arbeiterklasse.

- In der Arbeiterklasse der Bundesrepublik wirkt aber auch die Sozialdemokratische Partei, die die mitgliederstärkste Partei darstellt und in der zu einem beträchtlichen Teil Arbeiter und Angestellte organisiert sind.

- Die Arbeiterklasse unseres Landes besitzt in Gestalt des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Einzelgewerkschaften eine relativ starke Gewerkschaftsbewegung.

- Arbeiter der Bundesrepublik sind in solchen, meist unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Organisationen, wie der Arbeiterwohlfahrt, den Naturfreunden, dem Arbeitersamariterbund, dem Freidenkerverband und anderen, organisiert.

- Teile der jungen Generation der Arbeiter sind in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, in der Gewerkschaftsjugend, in der Sozialistischen Jugend „Die Falken“, in der Naturfreundejugend erfaßt. Auch in der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“, die die größte Kriegsdienstgegnerorganisation der Bundesrepublik ist, sind Arbeiter tätig.

- Arbeiter und Angestellte sind aber auch in offen bürgerlichen Parteien und Verbänden organisiert.

Angesichts der vielfältigen Organisiertheit der Arbeiter und Angestellten ist die Frage zu stellen: Was heißt Arbeiterbewegung und wer gehört heute zu ihr? „Die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern umfaßt die verschiedenen Organisationen, die sich die Proletarier für die Verteidigung ihrer Tagesinteressen und zur Durchsetzung ihrer Zukunftsziele geschaffen haben: Die Arbeiterbewegung erfaßt nicht nur die politischen Parteien der Arbeiterklasse, sondern auch die Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Bildungsvereine sowie Organisationen und Vereinigungen, mit denen die Arbeiterklasse zeitweilige Aktionen, Kampagnen usw. führt. Arbeiterbewegung im Kapitalismus – das ist das organisierte und für seine Gegenwarts- und Zukunftsinteressen kämpfende Proletariat.“⁸⁶

Seit 1968 existiert mit der Deutschen Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik wieder eine legale marxistische Partei. Sie ist Teil der kommunistischen Weltbewegung – und darin liegt ihre Stärke. Ihr erklärtes Ziel ist der Sozialismus. Aufgrund der gegenwärtigen Bedingungen des Klassenkampfes in der Bundesrepublik geht die DKP davon aus, daß das Ringen um eine antimonopolistische Demokratie am besten geeignet ist, den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Ihre nächste strategische Aufgabenstellung ist der Kampf um die Einleitung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt.

Ihre realistische Politik, die die objektiven Interessen der Arbeiterklasse berücksichtigt und die unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiter mit dem Kampf um die Erfüllung der geschichtlichen Aufgabe der Arbeiterklasse verknüpft, unterstreicht, daß die DKP die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik ist. Sie ist dies durch ihre Klassenfunktion, durch ihr Programm, ihre Politik und ihre soziale Zusammensetzung.

In der Bundesrepublik, deren imperialistische Gesellschaftsordnung von einer tiefgehenden Klassenpolarisation gekennzeichnet ist und in der die Arbeiterklasse etwa 75 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung umfaßt, benötigt die DKP zur Realisierung ihrer Politik aber nicht nur ein zielklares Programm, sondern sie muß auch ihrer Zahl und ihrem Einfluß nach eine bestimmte Größe sein, um politisch effektiv wirksam werden zu können. Heute ist die DKP, gemessen an den Aufgaben, die vor ihr stehen, eine zahlenmäßig noch zu kleine Partei (zur Zeit des Bonner Parteitages 1976: 42453 Mitglieder).

Seit ihrer Gründung unternimmt die DKP große Anstrengungen, um ihren Masseneinfluß zu erweitern. Ihr Ringen um größeren Einfluß auf die Arbeiterklasse erfolgt nicht aus egoistischen Gründen und auch nicht im Interesse der Partei, sondern aus Verantwortung der Arbeiterklasse gegenüber und entsprechend den Erfordernissen des Klassenkampfes.

Die Sozialdemokratische Partei in der Bundesrepublik mit fast einer Million Mitgliedern gehört zu den einflußreichsten Parteien der internationalen Sozialdemokratie. Die internationale Sozialdemokratie ist – geht man von ihrer Massenbasis, den programmatischen Zielen und dem Charakter ihrer Ideologie und Politik aus – die sozialreformistische Strömung in der internationalen Arbeiterbewegung. Die internationale Sozialdemokratie ist keine einheitliche politische Strömung. Sie umfaßt offene Verteidiger des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die sich immer enger mit dem reformpolitisch orientierten Teil der Monopolbourgeoisie verbinden und imperialistische Anpassungsstrategien entwickeln, traditio-

nelle Reformisten, bei denen sich die Tendenz verstärkt, demokratische Forderungen und Klassenfragen der Arbeiter zu unterstützen, und linke Sozialisten, bei denen sich Züge antimonopolistischer Politik entwickeln.

Ebenso wie in der Mehrzahl der sozialdemokratischen Parteien üben in der SPD rechte Führer den Haupteinfluß auf deren Ideologie und Politik aus. Als eine der führenden Parteien der Sozialistischen Internationale vertritt die SPD-Führung einen sogenannten demokratischen Sozialismus, der nicht mehr als ökonomische Notwendigkeit, sondern lediglich als moralischer Imperativ verstanden und als „dauernde Aufgabe“ deklariert wird.

Das Bestimmende in der Politik rechter Führungskräfte der SPD ist, daß sie in unterschiedlicher Weise das innenpolitische Machtinstrumentarium im Sinne der Stabilisierung des Imperialismus zu vervollkommen suchen und mittels einer sozial und demokratisch drapierten Politik breite Schichten der arbeitenden Bevölkerung an das imperialistische System binden. Zugleich wirken sie aktiv an der Erweiterung des außenpolitischen Spielraums des Imperialismus mit. Die von ihnen in wichtigen internationalen Fragen bezogenen nüchternen Positionen bedeuten keine Abkehr von der bürgerlichen Grundhaltung rechter Sozialdemokraten, sondern bringen die Übereinstimmung mit dem außenpolitischen Kurs des realistischen Teils des Großkapitals zum Ausdruck. Die aus dem Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus entspringende Klassenzusammenarbeit einflußreicher Führungskräfte der SPD mit dem Großkapital hat die SPD zu einem wesentlichen Faktor im politischen Herrschaftsmechanismus gemacht.

Ungeachtet dessen wird die SPD von beträchtlichen Teilen der Arbeiterklasse als ihre politische Vertretung betrachtet. Entgegen dem Führungskurs der SPD halten jedoch viele Mitglieder und Anhänger der SPD an Vorstellungen fest, die ihrem Wesen nach antikapitalistisch sind. Ihr Bewußtsein ist von einem sozialen Unbehagen über die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt, die von Arbeitslosigkeit, Geldentwertung, von anderen Krisenerscheinungen und zunehmender sozialer Unsicherheit gekennzeichnet ist. Von Teilen der SPD-Mitgliedschaft werden Forderungen erhoben, die auf eine Beschränkung der Monopolmacht gerichtet sind. Andere erweitern ihre Kritik am bestehenden System, nähern sich klassenmäßigen Einschätzungen des imperialistischen Herrschaftsmechanismus und anderen Erscheinungsformen des Imperialismus an. Teile der Jungsozialisten fordern die Überwindung der opportunistischen Politik, weil diese die Kraft der Arbeiterklasse schwächt und nur der imperialistischen Reaktion nützt. In unterschiedlichem Maße werden Forderungen nach ökonomischen

und sozialen Reformen des Kapitalismus erhoben und damit die Hoffnung verbunden, durch fortwährende Reformen den staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Sozialismus „transformieren“ zu können. Die kritischen Regungen sind nach Inhalt, Ausmaß und Wirkung unterschiedlich und begrenzt, weil bei den sie tragenden Kräften im wesentlichen reformistisches Denken dominiert und sie einzig in der SPD die politische Kraft sehen, die imstande wäre, gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen.

Die im Ansatz vorhandene Kritik oppositioneller Sozialdemokraten am bestehenden System, ihre mehr oder weniger klare Erkenntnis der Klassenwidersprüche im Imperialismus, ihr Eintreten für starke Gewerkschaften als Klassenorganisationen der Arbeiter und Angestellten sowie ihre Forderungen nach demokratischen und sozialen Reformen bieten bei aller Beschränkung zahlreiche Ansatzpunkte für eine Entwicklung, die dazu führen kann, die von rechtssozialdemokratischen Führern gesetzten Schranken zu durchbrechen.

Kriterium für die Beurteilung ihrer oft widersprüchlichen Positionen sind die Erfordernisse des antimonopolistischen und demokratischen Kampfes. In der Haltung dieser oppositionellen Sozialdemokraten kommen mehr oder minder ihre Potenzen für diesen Kampf zum Ausdruck. Zugleich jedoch macht der auch bei ihnen in der Regel nicht überwundene Antikommunismus ihre politischen Grenzen sichtbar. Das wird besonders jetzt deutlich, da die rechtssozialdemokratische Führung ihre Politik der Bindung der Arbeiterklasse an den Imperialismus mit verstärkten Versuchen der antikommunistisch begründeten politischen und ideologischen Disziplinierung in der SPD verbindet. Auf die stärker an den Arbeiterinteressen orientierten sozialreformerischen Kräfte wirkt das zur Zeit so, daß von ihnen – ungeachtet zahlreich vorhandener programmatischer Absichtserklärungen – kaum eigenständige politische Aktivitäten ausgehen. Die vorherrschende Tendenz ist das Zurückweichen vor dem Druck der rechtssozialdemokratischen Führung.

In der SPD existieren – unterschiedlich ausgeprägt und entwickelt – zwei entgegengesetzte Klassentendenzen und wirken aufeinander ein: die bürgerliche und eine kleinbürgerlich-reformistisch verzerrte proletarische Tendenz. Der Charakter der Sozialdemokratie als sozialreformistische Partei wird durch den Hauptwiderspruch geprägt, der darin besteht, daß sie einerseits Grundinteressen der Monopolbourgeoisie vertritt, andererseits jedoch in bestimmtem Umfang Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt und zur Verwirklichung bestimmter Forderungen der arbeitenden Menschen beitragen muß.

Zu den Haupttendenzen in der gegenwärtigen Entwicklung der SPD gehört der Versuch, sich stärker als in den letzten Jahren als „Partei der Arbeitnehmer“ darzustellen. Ohne die Werbung um alle anderen sozialen Gruppen aufzugeben und ohne auf die These von der „Volkspartei“ zu verzichten, ist die SPD-Führung bestrebt, ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse zu verstärken. Dies ist nicht allein der „historischen“ Vergangenheit der Sozialdemokratie geschuldet; eine wesentliche Ursache liegt darin, daß eine Partei nicht ernsthaft politisch wirksam werden kann, wenn sie nicht in der Arbeiterklasse, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet, entsprechenden Einfluß hat. Dazu kommt, daß die SPD damit auf die Tatsache reagiert, daß gegenwärtig alle politischen Kräfte ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse auszuweiten suchen. Der Ausbau des sozialdemokratischen Einflusses auf die Arbeiterklasse erfolgt in Konkurrenz zu den anderen Parteien, vor allem aber ist er gegen den Einfluß der DKP auf die Arbeiterklasse orientiert. Deshalb ist die Aktivierung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Arbeiterklasse mit einer Intensivierung des Antikommunismus verbunden.

Der Erweiterung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Arbeiterklasse dienen die in den letzten Jahren getroffenen organisationspolitischen Entscheidungen:

- Mit dem im Jahre 1968 gebildeten Gewerkschaftsrat beim Parteivorstand der SPD beabsichtigt die SPD-Führung, die Partei- und Gewerkschaftspolitik besser koordinieren und die elementar immer wieder zum Durchbruch drängenden Forderungen klassenbewußter Gewerkschafter wirkungsvoller in die sozialdemokratische Politik kanalisieren zu können.

- Mit der seit einiger Zeit betriebenen Intensivierung der Tätigkeit der nahezu 3000 sozialdemokratischen Betriebsgruppen und der Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen versucht die Führung der SPD, die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter und Angestellten auf den Kurs der SPD-geführten Regierung einzuschwören. Zugleich sollen die sozialdemokratischen Betriebsgruppen die Basis für verstärkte antikommunistische, gegen die Betriebsarbeit der DKP gerichtete Aktivität abgeben.

Die zunehmende Aktivität rechter SPD-Führer gegenüber der Arbeiterklasse verfolgt keineswegs das Ziel, die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik durchzusetzen. Vielmehr beabsichtigen sie, den historischen Fortschritt mit Hilfe derjenigen Kraft zu verhindern, die berufen ist, ihn zu verwirklichen – mit Hilfe der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse der Bundesrepublik verfügt über eine relativ

starke und auch einflußreiche Gewerkschaftsbewegung. Etwa 35 bis 40 Prozent aller Arbeiter, Angestellten und Beamten sind gewerkschaftlich organisiert.

Zu den Errungenschaften der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik gehört es, daß sie – im Unterschied zu anderen entwickelten kapitalistischen Ländern – in Gestalt des Deutschen Gewerkschaftsbundes in organisatorischer Hinsicht eine Einheitsgewerkschaft besitzt, die in 17 Einzelgewerkschaften fast 7,5 Millionen Mitglieder erfaßt hat.

Der DGB ist dem unter sozialreformistischem Einfluß stehenden Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) angeschlossen, dem zur Zeit von den rund 280 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten in der Welt etwa 48 Millionen angehören.

Sind im DGB auch verschiedene politische Strömungen wirksam – die in den Gewerkschaften dominierende sozialdemokratische, eine marxistisch orientierte und eine von der CDU, vor allem von deren Sozialausschüssen, beeinflusste Strömung –, so ermöglicht die Einheitsgewerkschaft zumindest organisatorisch das Zusammenwirken der Arbeiter verschiedener politischer Richtungen.

Aufgrund ihres Massencharakters und der Tatsache, daß in den DGB-Gewerkschaften starke Kräfte vorhanden sind, die sich bemühen, eine klassenmäßig orientierte Gewerkschaftspolitik zu entwickeln, und für die Durchsetzung der sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiter eintreten, sind die Gewerkschaften ein wichtiger Faktor des Kampfes gegen die Monopole, für demokratischen und sozialen Fortschritt. Deshalb tritt die DKP für starke Gewerkschaften als Klassenorganisationen der Arbeiterklasse ein.

Die organisatorische Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist in der Bundesrepublik jedoch nicht vollständig. Neben dem DGB gibt es noch Standesorganisationen mit gewerkschaftlichem Charakter, die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) mit rund 470 000 Mitgliedern und den Deutschen Beamtenbund (DBB), der über 720 000 Mitglieder verfügt.

Ein geringer Teil der Arbeiterklasse ist in unter dem Einfluß der CDU/CSU stehenden Organisationen wie dem Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) mit knapp 200 000 Mitgliedern, der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) mit 216 000 Mitgliedern und der Evangelischen Arbeitnehmerbewegung (BEA) mit 50 000 Mitgliedern und anderen erfaßt. Diese konfessionell orientierten Arbeiterverbände entstanden als Gegengewicht zur Einheitsgewerkschaft und zum Teil zum Zwecke der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. Die in diesen Organisationen erfaßten Arbeiter und Angestellten sind häufig weder durch Traditionen noch durch

unmittelbare Kampferfahrungen mit der Arbeiterbewegung verbunden. Zwischen ihrer objektiven Stellung als Proletarier und ihrer Bewußtheit und Organisiertheit klafft ein tiefer Widerspruch, der unter anderem auch in der Orientierung auf die Verwirklichung von Sonder- oder Gruppeninteressen und in der Ablehnung von proletarischen Kampfformen und des Klassenkampfes überhaupt seinen Ausdruck findet. Allerdings zeichnen sich in den letzten Jahren eine stärkere Betonung der Notwendigkeit von Lohnkämpfen, die Anerkennung von Mitbestimmungsforderungen – wenn auch in der Lesart der christlichen Soziallehre – sowie Bestrebungen nach engeren Kontakten zu den DGB-Gewerkschaften ab. Das Hervortreten elementarer gewerkschaftlicher Forderungen in den konfessionell orientierten Organisationen spiegelt auf eigenartige Weise den tiefen Gegensatz zwischen der objektiven Klassenlage und der Bewußtheit und Organisiertheit dieser Teile der Arbeiterklasse wider. Die DKP ist darum bemüht, die in konfessionell orientierten Organisationen erfaßten Arbeiter und Angestellten an die DGB-Gewerkschaften und an den gemeinsamen Kampf für die Interessen des arbeitenden Volkes heranzuführen.

Sind auch die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in der Bundesrepublik gewachsen, so ist dennoch nicht zu übersehen, daß es zwischen der Entwicklung der Arbeiterklasse und dem Entwicklungsgrad der gewerkschaftlichen Organisiertheit ein beträchtliches Mißverhältnis gibt. Dafür können mehrere Gründe angeführt werden.

Erstens: Gewerkschaftliche Organisiertheit ist in engem Zusammenhang mit Strukturveränderungen in der Industrie zu betrachten. Der Rückgang der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Bergbaus zum Beispiel und das damit verbundene Absinken der Beschäftigtenzahlen in diesem Industriezweig haben dazu geführt, daß im Verlauf von zwölf Jahren die IG Bergbau und Energie fast 300000 Mitglieder verlor und von der drittstärksten Einzelgewerkschaft auf den siebten Platz zurückfiel.

Zweitens: Das Wachstum der Arbeiterklasse erfolgte zu einem beträchtlichen Teil durch die Einbeziehung von Frauen und proletarisierten Teilen der Mittelschichten in den Produktionsprozeß. Diese neu zur Arbeiterklasse stoßenden Kräfte sind jedoch nur zu einem geringen Grad gewerkschaftlich organisiert. So beträgt der Anteil der Frauen an der DGB-Mitgliedschaft etwa 19 Prozent. Ferner ist in der Bundesrepublik zur Zeit nur jeder fünfte Angestellte gewerkschaftlich organisiert. Allerdings gibt es sowohl bei den Frauen wie bei den Angestellten eine steigende Tendenz in der Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Drittens: Die ungleichmäßige Verteilung der Gewerkschaftsmit-

glieder auf einzelne Industriezweige und der unterschiedliche Einfluß der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften auf die Arbeiterklasse wirken auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisiertheit unterschiedlich ein. Neben mitgliederstarken Gewerkschaften – zum Beispiel in der Metall- und chemischen Industrie oder im Bereich der öffentlichen Dienste, des Transport- und Verkehrswesens – bestehen in anderen Industrie- und Wirtschaftszweigen mitgliederschwache Gewerkschaften. Die Anziehungskraft der Gewerkschaften wird in erster Linie durch ihre Kampfbereitschaft, aber auch durch das organisatorische Gewicht, das sie besitzen, bestimmt.

Viertens: Während es im Bereich der Metall- und chemischen Industrie, aber auch bei der Bundespost und bei der Eisenbahn Betriebe gibt, deren Beschäftigte fast hundertprozentig gewerkschaftlich organisiert sind, haben die Gewerkschaften in zahlreichen kleinen, aber auch mittleren Betrieben noch keinen Fuß gefaßt. Auch das bewirkt das Zurückbleiben der gewerkschaftlichen Organisiertheit hinter dem Wachstum der Arbeiterklasse.

Die Ausdehnung der gewerkschaftlichen Organisiertheit auf möglichst große Teile der Arbeiterklasse ist jedoch ein zwingendes Gebot, um der enorm gestärkten Machtkonzentration des Monopolkapitals und ihrer wachsenden Organisiertheit im Staat und in den Unternehmerverbänden entgegenwirken zu können.

Zur Arbeiterbewegung der Bundesrepublik gehören zahlreiche Jugendorganisationen. Die wichtigste ist die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), die 33 000 Mitglieder hat (1976). Die SDAJ profiliert sich immer stärker als eine Kraft, die sowohl für die unmittelbaren Anliegen der Arbeiterjugend als auch für grundsätzliche gesellschaftliche Änderungen, für den Sozialismus eintritt. In der SDAJ ist der bewußteste Teil der Arbeiterjugend organisiert.

Dem wachsenden organisatorischen Einfluß der marxistischen Jugendorganisation auf die Arbeiterjugend sowie ihrer konsequenten antiimperialistischen Politik wirken objektiv die unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Jugendorganisationen entgegen. So versucht sich zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in letzter Zeit – in Konkurrenz zur SDAJ – stärker auf die Arbeiterjugend zu orientieren.

Fast 1,3 Millionen junge Arbeiter und Angestellte sind in der Gewerkschaftsjugend des DGB erfaßt. Jeweils einige zehntausend Jugendliche sind in der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken und in der Naturfreundejugend organisiert.

Ein besonderes Gewicht kommt den etwa 400 000 zur Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten gehörenden SPD-Mitgliedern

unter 35 Jahren zu. Viele von ihnen haben ein kritisches Verhältnis zur SPD-Führungspolitik. Die von ihnen eingenommenen politischen Positionen weisen viele Abstufungen in der Erkenntnis und des politischen Engagements auf. So unterschiedlich ihre Distanz zur rechtssozialdemokratischen Politik auch begründet ist, sie alle eint die organisatorische Bindung an die SPD, ihr Verharren auf einem wie immer begründeten „demokratischen Sozialismus“ und einem latenten, teilweise „links“ drapierten Antikommunismus. Die oftmals widersprüchliche Haltung von Teilen der Jungsozialisten zu den grundlegenden Fragen der Arbeiterbewegung wie zu den politischen Tagesaufgaben bietet dennoch eine Reihe von Ansatzpunkten für eine progressive Politik und für gemeinsame Aktionen der Arbeiterjugendorganisationen, die mit unterschiedlicher Klarheit und Konsequenz für die Interessen der arbeitenden Jugend der Bundesrepublik eintreten.

IV Die Aufgaben der Kommunisten bei der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse

Die DKP ist darum bemüht, der Arbeiterklasse mehr und mehr ihre objektive Situation im staatsmonopolistischen Kapitalismus und die geschichtlichen Aufgaben bewußtzumachen, die im Interesse des arbeitenden Volkes gelöst werden müssen. Sie läßt sich in ihrer gesamten Arbeit von der Feststellung Lenins leiten: „Die Entwicklung des Bewußtseins der Massen wird wie stets die Grundlage und der Hauptinhalt unserer ganzen Arbeit sein.“⁸⁷

Angesichts der Tatsache, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus auf vielfältige Weise ideologischen Einfluß auf die Volksmassen ausübt, kann die ideologische Tätigkeit der DKP nur in Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus, mit Konservatismus, Sozialreformismus und ultralinken Positionen erfolgen.

IV/1 Antimonopolistische Erkenntnisse vermitteln

Die ideologische Arbeit erweist sich heute mehr denn je als ein Schlüsselproblem im Kampf der Kommunisten, sie durchdringt alle Bereiche der Arbeit in allen Etappen. Von ihren Ergebnissen hängen weitgehend die politischen Erfolge der DKP ab. Wobei erfolgreiche ideologische Arbeit bedingt, die differenzierten Erfordernisse und Möglichkeiten der Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu berücksichtigen.

Auf die Existenz unterschiedlicher ideologischer Strömungen in der Arbeiterbewegung, auf das Bestehen sozialdemokratischer und bürgerlicher Gewerkschaften, konfessioneller Arbeiterverbände usw. wies bereits Lenin hin.⁸⁸ Es existieren erhebliche Unterschiede im Qualifikationsniveau, in der konkreten Arbeitstätigkeit, in der Höhe des Lohns oder Gehalts, Differenzierungen nach Wirtschaftszweigen, nach Territorien, Nationalität, Geschlecht usw. Diese und andere Unterschiede und ihre Widerspiegelung im Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten, der verschiedenen Abteilungen der Arbeiterklasse beeinflussen die Anforderungen an die bewußtseinsbildende Arbeit der DKP.

Eng damit verflochten ist das allgemeine Erfordernis, die Differenzierungsprozesse innerhalb der Parteien und Organisationen

der Bundesrepublik zu berücksichtigen, die unterschiedlichen Klassenlinien zu beachten, die ihnen oftmals zugrunde liegen. „Es gibt heute zunehmende Differenzierungsprozesse und Auseinandersetzungen in den verschiedenen politischen Bewegungen der Bundesrepublik, darunter in der Sozialdemokratie; eine aktive und streitbare ideologische Arbeit der Kommunisten, eine kämpferische Polemik mit der Ideologie des Sozialreformismus und eine sachliche, kameradschaftliche Auseinandersetzung mit den widersprüchlichen Ideen und Vorstellungen kritischer Kräfte in der Jugend kann den Gang der Dinge nur positiv beeinflussen.“⁸⁹ Nur so ist es möglich, schrittweise Teile der Arbeiterklasse, aber auch anderer nichtmonopolistischer Kräfte vom ideologischen Einfluß des Imperialismus zu befreien, ihnen zu einem realen Bild ihrer heutigen gesellschaftlichen Lage zu verhelfen.

Die Notwendigkeit differenzierter ideologischer Arbeit ergibt sich insbesondere aus der strategischen Orientierung der DKP. Im Ringen um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt und um eine antimonopolistische Demokratie erwächst die Aufgabe, einen solchen ideologischen Kampf zu führen, der hilft, den Einfluß der DKP nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch bei deren potentiellen Bündnispartnern zu erweitern und zu vertiefen, damit sie ihre objektive Situation im staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Erfordernisse antimonopolistisch-demokratischer Umwälzungen als im eigenen Interesse liegend erkennen. Mit unseren unterschiedlichen speziellen Programmen im Interesse der Arbeiterklasse, der Mehrheit der Intelligenz, der Bauernschaft, der städtischen Mittelschichten usw., mit unserem Jugendprogramm und mit anderen demokratischen Forderungen macht sich unsere Partei zum Interessenvertreter aller antimonopolistischen Kräfte. Damit legen wir auch differenziert den Inhalt des ideologischen Kampfes dar.

Dabei gehen wir nicht von Wunschvorstellungen aus, sondern von der Analyse der gesellschaftlichen Realität. Am Anfang steht für uns die Aufgabe, „den tatsächlichen Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen Masse (und nicht nur ihrer fortgeschrittenen Vertreter) nüchtern zu prüfen“.⁹⁰

Für die DKP ist eine solche sachliche Analyse Ausgangspunkt ihrer ideologischen Tätigkeit: „Das Bewußtsein großer Massen der Arbeiter und Angestellten unseres Landes ist gegenwärtig noch dadurch gekennzeichnet, daß sie der Politik der SPD-Führung – und nicht wenige sogar der CDU/CSU-Führung – folgen, daß sie sich nicht auf sozialistischen oder auch nur bewußt antimonopolistischen Positionen befinden.“⁹¹

Die Tatsache, daß sich die DKP in ihrer politischen Strategie von der Erkenntnis leiten läßt, daß es um die Erkämpfung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, um eine antimonopolistische Demokratie als Übergangsstufen auf dem Wege zum Sozialismus geht, schlägt sich naturgemäß auch in der Zielstellung des ideologischen Kampfes nieder.

Wir Kommunisten gehen von der Erkenntnis aus, daß Fortschritte in der Bewußtseinsentwicklung der Massen – anknüpfend an ihren eigenen Erfahrungen – nur schrittweise errungen werden können. Das heißt allerdings keinesfalls, daß wir darauf verzichten, entwickeltes proletarisches Klassenbewußtsein zu verbreiten und zu festigen.

In der DKP selbst und so weit wie möglich darüber hinaus unternehmen wir große Anstrengungen in dieser Richtung. Was die zu erstrebende Bewußtseinsveränderung der Masse der Arbeiterklasse und ihrer potentiellen Verbündeten betrifft, so stellen wir uns heute – bei Berücksichtigung der realen Situation in der Bundesrepublik – die Aufgabe, in der Bewußtseinsentwicklung Fortschritte zu erreichen, die an das Erkennen der Notwendigkeit einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, antimonopolistisch-demokratischer Veränderungen heranführen. Dabei geht die DKP von dem Wissen aus, daß auch proletarisches Klassenbewußtsein eine historische Kategorie ist. Es entwickelt sich im Prozeß des Kampfes gegen das Großkapital, des erfolgreichen Wirkens der Kommunisten mit dem Ziel, die Bewußtheit besonders der Arbeiterklasse über ihre geschichtlichen Aufgaben zu entfalten.

Die Realität in der Bundesrepublik zeigt einerseits, daß das Bewußtsein der Volksmassen, auch der Arbeiterklasse, noch stark von unterschiedlichen Formen bürgerlicher Ideologie geprägt wird. Andererseits wächst mit der weiteren Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus das Unbehagen über die kapitalistische Gesellschaft. Noch weit davon entfernt, sozialistisches Bewußtsein zum Ausdruck zu bringen, entwickelt sich mit der weiteren Zuspitzung der Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus bei Teilen der Arbeiterklasse und anderen nichtmonopolistischen Kräften die Erkenntnis, daß ihre objektiven Existenzbedingungen die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik erfordern. Daran anknüpfend, konzentrieren sich unsere Anstrengungen darauf, schrittweise die Bewußtheit über den notwendigen Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, gegen Monopole und imperialistischen Staat, für antimonopolistisch-demokratische Veränderungen in die Arbeiterklasse und ihre potentiellen Bündnispartner hineinzuführen.

tragen.

Wir Kommunisten sehen unsere Aufgabe vor allem darin, massenwirksam das Wissen durchzusetzen: Monopole sind die Zentren kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Sie sind es vor allem, die in ihrer Profitgier massenweise Arbeitsplätze wegrationalisieren und Arbeiter auf die Straße setzen, die über hohe Monopolpreise die Inflation anheizen, die zu brutaler Aussperrung greifen und vor keinem Mittel zurückschrecken, wenn es um Profit und Macht geht. Eine tatsächlich neue Qualität des Lebens – von der bürgerliche Ideologen so viel reden – können Arbeiter und Angestellte nur erreichen, wenn sie die Monopolmacht brechen.

Die Dutzende von Millionen Toten in zwei imperialistischen Weltkriegen, die Leiden, die Faschismus und Militarismus für die Menschheit heraufbeschworen, die Verbrechen in Vietnam und in Chile – die ganze ungeheure Blutschuld des Imperialismus geht auf das Konto Monopole. Sie sind nach wie vor die Wurzeln imperialistischer Aggressivität. Von ihnen droht auch heute die Gefahr autoritärer Herrschaft. Nur in dem Maße, wie die Volksmassen erkennen, daß sich ihnen allein durch die Überwindung der Monopolmacht eine echte Perspektive ohne Bedrohung ihrer Existenz bietet, ist es möglich, antimonopolistisch-demokratische Umwälzungen voranzutreiben.

Die Monopolbourgeoisie gibt sich demagogisch als Vorkämpfer für Demokratie und Freiheit aus. Es sind jedoch gerade die Monopole, die in unversöhnlichem Gegensatz zur Demokratie stehen. Es war keineswegs nur eine aus dem politischen Augenblick geborene Entgleisung, als die Düsseldorfer Wirtschaftszeitung „Industriekurier“ am 7. Oktober 1965 in der Diskussion um den Plan der CDU/CSU zur Errichtung einer autoritären „formierten Gesellschaft“ in der Bundesrepublik schrieb: „Die Demokratisierung der Wirtschaft ist so unsinnig wie eine Demokratisierung der Schulen, der Kasernen und der Zuchthäuser.“ Die Monopole als die Beherrscher der Wirtschaft und des Staates wenden sich tatsächlich gegen alle demokratischen Forderungen, weil das ihrem Wesen zutiefst widerspricht. Für sie ist bürgerliche Demokratie nur Mittel, ihre Herrschaft zu verhüllen. Dort aber, wo sie ihnen gefährlich wird, sind die Monopole die ersten, die sie über Bord werfen und autoritäre Regimes errichten. Auch in der Bundesrepublik heute sind es vor allem die Monopole, die auf den weiteren Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten drängen und nach einem reaktionären Ausweg aus der Krise streben. Der allgemeine Inhalt der ideologischen Arbeit der DKP wird deshalb davon geprägt, breiten Schichten der Bevölkerung die Bewußtheit zu vermitteln: Monopole und Demokratie schließen sich aus.

So wie einst die Nationalisierung des Grund und Bodens und dadurch die Entmachtung der Feudalherren auch von Teilen der Bourgeoisie als konsequent bürgerlich-demokratische Forderung verfochten wurde, weil nur so die alten gesellschaftlichen Verhältnisse überwunden und die bürgerliche Demokratie realisiert werden konnte, erhebt sich heute vor der von der Monopolmacht ökonomisch und politisch bedrängten überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung im Imperialismus die Notwendigkeit, die Monopolmacht zu überwinden. Antimonopolistisch-demokratische Umgestaltungen der Gesellschaft sind notwendig, um eine demokratische Entwicklung der ganzen Gesellschaft zu ermöglichen. Die DKP stellt sich deshalb in ihrem ideologischen Kampf die Aufgabe, den Volksmassen das Bewußtsein zu vermitteln, daß ihre ureigensten Lebensinteressen gebieten, mit den ökonomischen Machtpositionen der Monopolbourgeoisie die Wurzeln imperialistischer Aggressivität und aller autoritären, antidemokratischen Tendenzen zu roden, gesellschaftliche Zustände zu überwinden, die in so tiefem Widerspruch zu den Lebensinteressen der Mehrheit der Bevölkerung stehen.

Da die heutige Gesellschaft in der Bundesrepublik staatsmonopolistischer Kapitalismus ist, erhebt sich zugleich die Notwendigkeit, den Massen die enge Verflechtung von Monopol- und Staatsmacht bewußtzumachen. Dem Kampf gegen die Illusionen über den imperialistischen Staat, gegen solche imperialistische Formen der Apologetik wie der Thesen vom „Sozialstaat“, vom Staat als „Hüter des Gemeinwohls“, vom Staat als angeblich klassenneutralem Schiedsrichter, von vorgeblichem „Pluralismus“ usw. kommt in diesem Zusammenhang außerordentliche Bedeutung zu.

Die DKP läßt in ihrer ideologischen Arbeit keinen Zweifel daran, daß objektiv außer der Arbeiterklasse nicht nur die Mehrheit der Intelligenz, die Bauernschaft und die städtischen Mittelschichten, sondern sogar kleine und mittlere Kapitalisten als nichtmonopolistische Kräfte zu den potentiellen Bündnispartnern im Kampf gegen die Monopolmacht gehören. Die Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätze zwischen den Monopolen und der überwiegenden Mehrheit des Volkes ist Grundbedingung, um in den Massen das Bewußtsein von der Notwendigkeit eines breiten antimonopolistischen Bündnisses zu entwickeln.

In dem Maße, wie in der Arbeiterklasse sich das Bewußtsein vertieft, daß der Kampf gegen das Monopolkapital notwendig ist, werden in wachsendem Maße auch Arbeiter zu der Erkenntnis gelangen, daß man um so erfolgreicher kämpft, je mehr es gelingt, alle Kräfte in diesem Kampf einzubeziehen, die objektiv in Widerspruch zum Monopolkapital geraten. Die Losung „Viel Feind, viel

Ehr“ war niemals eine solche der revolutionären Arbeiterbewegung, sondern die von wildgewordenen Kleinbürgern. Darum war und ist Bündnispolitik ein untrennbarer Bestandteil der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung.

So wie sich die DKP darum bemüht, überzeugend nachzuweisen, daß die Vorhut der Arbeiterklasse den Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt im Grundinteresse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung führt, gehört zu den Zielen ihrer ideologischen Arbeit, die anderen nichtmonopolistischen Kräfte davon zu überzeugen, daß der Arbeiterklasse in diesem Ringen objektiv das entscheidende Gewicht zukommt.

Von größter Bedeutung für die Bewußtseinsveränderung der Bündnispartner der Arbeiterklasse ist, ihnen nicht nur ihre vom Monopolkapital bedrängte Lage und ihre Perspektivlosigkeit im staatsmonopolistischen Kapitalismus zu verdeutlichen, sondern ihnen auch jene realen Perspektiven zu weisen, die sich für sie mit antimonopolistisch-demokratischen Umgestaltungen der Gesellschaft ergeben. „Auf jeden Fall kann die Frage“ (die Festigung des Bündnisses mit den Mittelschichten) „nicht gelöst werden, wenn dieser Schicht keine klaren historischen Perspektiven aufgezeigt werden und ihre Lage nicht bereits unter Bedingungen der stattfindenden Revolution in einem gewissen Maße erleichtert wird.“⁹² Das ist auch eine der grundlegenden Lehren, die wir aus dem konterrevolutionären Putsch in Chile gezogen haben.

Die Aufgabe der Kommunisten, „den größeren Teil der Mittelschichten der Gesellschaft“ zu „erobern“, ist auch für das ideologische Wachstum der Arbeiterklasse von Bedeutung.⁹³ Vor allem solchen Arbeitern und Angestellten, die der Politik der Kommunisten noch reserviert gegenüberstehen, wird auch durch unsere eindeutige positive Stellungnahme zu den Existenzfragen der Mittelschichten die Aufrichtigkeit des Kampfes der Kommunisten für die Interessen des Volkes nähergebracht. Außerdem sind die Mittelschichten durch unzählige Fäden mit der Arbeiterklasse verknüpft, stehen in vielfältiger Weise mit ihr in Verbindung. In dem Maße, wie es der DKP gelingt, diese Kräfte von der Notwendigkeit antimonopolistisch-demokratischer Veränderungen zu überzeugen, sie als Bündnispartner zu gewinnen, wird es auch leichter, noch zurückbleibende Teile der Arbeiterklasse in diesen gemeinsamen Kampf einzubeziehen.

IV/2 Den Einfluß der bürgerlichen Ideologie zurückdrängen

Für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse und der Bewußtheit anderer nichtmonopolistischen Kräfte in der

Bundesrepublik erlangt die massenwirksame Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spielarten der bürgerlichen Ideologie, die Zurückdrängung und schließliche Überwindung ihres Einflusses durch die Verstärkung der ideologischen Wirksamkeit der DKP eine zunehmende Bedeutung. Im Mittelpunkt steht dabei der Kampf gegen die von den Ideologen des Großkapitals und von Vertretern des Sozialreformismus verbreiteten antikomunistischen, nationalistischen und sozialpartnerschaftlichen Auffassungen sowie gegen die abenteuerlichen und provokatorischen Vorstellungen verschiedener pseudolinker Kräfte. Die allmähliche Überwindung des Antikomunismus und der Ideen der Sozialpartnerschaft, die Loslösung der Arbeiterklasse und anderer nichtmonopolistischer Kräfte von ihrem Einfluß, die Verhinderung einer größeren Verbreitung der abenteuerlichen Auffassungen des Maoismus, Troztkismus und Anarchismus und ihre ideologische und politische Entlarvung stellen wesentliche Mittel dar, um die klassenmäßigen Elemente im Bewußtsein der Arbeiterklasse und Bestandteile einer gegen die Monopolmacht gerichteten politischen Bewußtheit bei anderen demokratischen Kräften stärker entwickeln zu können.

Der Antikomunismus ist die ideologische Hauptwaffe des Imperialismus im Kampf gegen das sozialistische Weltsystem, gegen alle demokratischen und sozialistischen Kräfte, gegen die Arbeiter- und antiimperialistische Bewegung, gegen den gesellschaftlichen Fortschritt überhaupt. Für lange Zeit gelang es dem Großkapital mit aktiver Hilfe der rechten sozialdemokratischen Führung, viele Impulse für die Entwicklung von proletarischem Klassenbewußtsein und für die Herausbildung einer gegen die Monopolbourgeoisie gerichteten politischen Bewußtheit anderer demokratischer Kräfte zu ersticken oder zu neutralisieren. Beträchtliche Teile der Arbeiter und Angestellten sowie der Angehörigen anderer nichtmonopolistischer Schichten folgten den vom Geist des Revanchismus und Nationalismus gekennzeichneten scharfmacherischen antikomunistischen Parolen der aggressivsten Teile des Großkapitals.

Durch die sichtbar werdenden Vorzüge der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft und durch den unermüdlichen Kampf der Kommunisten sowie anderer fortschrittlicher und humanistischer Kräfte in der Bundesrepublik ist es gelungen, den Einfluß der unverhüllten Formen des Antikomunismus in gewissem Umfang zurückzudrängen. Die imperialistischen Politiker und Ideologen griffen zu getarnteren, beweglicheren Methoden des Antikomunismus. Auch sie sollen das gemeinsame Handeln der demokrati-

schen Kräfte, die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse verhindern, den Kampf um die Durchsetzung demokratischer und sozialer Rechte schwächen und das Eindringen des Nationalismus in die Arbeiterbewegung erleichtern.

Eine wichtige Erfahrung besteht darin, daß der Antikommunismus besonders dort zurückgedrängt werden konnte, wo die Mitglieder unserer Partei in Betrieben, auf kommunaler Ebene und in vielfältigen persönlichen Kontakten als konsequente Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten sowie der Angehörigen anderer nichtmonopolistischer Schichten wirkten, bekannt wurden und Anerkennung fanden. Ferner zeigt sich, daß die Fortschritte im internationalen Entspannungsprozeß dem Antikommunismus entgegenwirken und dazu beitragen, daß allmählich eine Reihe bislang festverwurzelter antikommunistischer Vorbehalte bei Teilen der Arbeiterklasse und anderen nichtmonopolistischen Schichten abgebaut werden können.

Der Imperialismus findet sich damit allerdings keineswegs ab. Mit einer breitangelegten antikommunistischen Verleumdungskampagne, vor allem mit antisowjetischer Hetze im Stile des kalten Krieges versucht er, den Sozialismus zu diskreditieren. Mit allen Mitteln imperialistischer Meinungsmanipulation werden alte antikommunistische Lügen wie die von der angeblichen Aggressivität der Sowjetunion erneut verbreitet. Heute gehören zum Chor dieser Verleumder auch die Peking-Führer und ihre Nachbeter in der Bundesrepublik. Auf diese Weise möchte der Imperialismus die vor aller Welt mit den Fortschritten der Politik der friedlichen Koexistenz erneut bewiesene Wahrheit verhüllen, daß Sozialismus und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind. Zugleich sind die Ideologen des Imperialismus bemüht, mit ihrer Kampagne über angebliche Verletzungen von Menschenrechten in den sozialistischen Ländern von der tatsächlichen Verletzung der Menschenrechte in den imperialistischen Ländern durch Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit der Jugend, Diskriminierung der Frauen, durch Rassismus, Berufsverbote und Verfolgung politisch Andersdenkender abzulenken. Es soll verhindert werden, daß die arbeitenden Menschen die Wahrheit erkennen, daß Sozialismus und Freiheit für das werktätige Volk zusammengehören.

Interessenvertreter des Imperialismus verbreiten die These, daß die Überproduktionskrise, die den Imperialismus Mitte der siebziger Jahre heimsuchte, und die anhaltenden vielfältigen Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Ländern eine „weltweite Krise“ seien. Damit soll von der krisenlosen Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft abgelenkt werden sowie von der Tatsache, daß die Wurzeln der Krisen in den kapitalistischen Produk-

tionsverhältnissen liegen.

Der Imperialismus möchte sein altes, in der Massenagitation vor allem in den Jahren des kalten Krieges propagiertes Feindbild von der „kommunistischen Gefahr“ erneut den Volksmassen eintrichtern. Zugleich versucht er, damit seine vermehrten Rüstungsanstrengungen zu rechtfertigen. Teile des Großkapitals, vor allem die mit der Rüstungsproduktion verbundenen Kreise, treten verstärkt gegen die Politik der friedlichen Koexistenz auf. Statt friedlicher Koexistenz streben diese Kräfte eine Politik der Konfrontation an. Ihre antikommunistische Offensive soll diese aggressiven Zielstellungen bemänteln.

Der Imperialismus nimmt also, als Reaktion auf die Verschlechterung seiner Existenzbedingungen, Zuflucht auch zu militanten Formen des Antikommunismus, um hinter diesem Vorhang die Lasten der Wirtschaftskrisen den Völkern aufbürden zu können. Sein generelles Ziel besteht darin, einem Prozeß des Umdenkens in den imperialistischen Ländern über das Wesen des Sozialismus, über die geschichtliche Überlebtheit des Imperialismus zu begegnen. Mit seiner antikommunistischen Hysterie hofft der Imperialismus, alle nichtmonopolistischen Kräfte ideologisch zu beeinflussen, in seinem Sinne manipulieren, vom gemeinsamen Handeln abhalten und disziplinieren zu können. Hinter dem Nebelschleier des Antikommunismus unternimmt der Imperialismus verstärkte Anstrengungen, um mit staatsmonopolistischen Maßnahmen sein System zu stützen und aus der Defensive herauszukommen.

Die antisowjetische Kampagne des Imperialismus verfolgt, eng verbunden mit innenpolitischen Zielen, auch außenpolitische. Sie soll der weiteren antiimperialistischen Entwicklung von jungen Nationalstaaten, ihrer Hinwendung zum Sozialismus begegnen, Voraussetzungen für eine verstärkte neokolonialistische Einflußnahme auf solche Länder schaffen. Schließlich möchte der Imperialismus damit ebenfalls seine ideologische Diversion gegen die sozialistischen Staaten verstärken.

Wir Kommunisten der Bundesrepublik treten entschieden gegen diese antikommunistischen Aktivitäten auf. „In dieser Situation wenden wir uns verstärkt an die Arbeiter und die anderen Werktätigen unseres Landes und sagen ihnen: Antikommunismus und Antisowjetismus sind gegen die Entspannung, gegen Frieden und Sicherheit gerichtet. Damit sollen die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder, aber auch die Kommunisten und andere linke Kräfte unseres Landes verleumdet werden.

In erster Linie aber sollen Antikommunismus und Antisowjetismus die Arbeiter über die Ursachen der Krise, die in den bestehenden großkapitalistischen Macht- und Besitzverhältnissen zu

suchen sind, hinwegtäuschen, die Entfaltung ihres Kampfes gegen die Krisenlasten hemmen, ihre Aktionseinheit verhindern.“⁹⁴

An der Einleitung einer Wende vom kalten Krieg zur Entspannung in Europa hatten auch die Arbeiterklasse, die Bauern, die Jugend, die Intelligenz, die gesamte demokratische Friedensbewegung der Bundesrepublik bedeutenden Anteil. In diesem Zusammenhang ist besonders die politisch bedeutsame und auch bewußtseinsbildende Tatsache hervorzuheben, daß die Entscheidung über die Ratifizierung der zwischen einer Reihe von sozialistischen Ländern und der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträge nicht allein im Bundestag in Bonn gefallen ist. An ihr hatten auch viele Tausende von Arbeitern und Angestellten sowie andere demokratische Kräfte Anteil, die durch Streiks oder politische Demonstrationen den reaktionärsten Kreisen des Monopolkapitals gewisse Grenzen ihrer Macht sichtbar machen konnten.

Eng mit dem Antikommunismus verbunden ist der Nationalismus in der Bundesrepublik. Er tritt in verschiedenen Varianten auf.

Zum Nationalismus gehört in erster Linie der Anspruch, für alle Deutschen zu sprechen, das Sich-nicht-abfinden-Wollen mit der gleichberechtigten und selbständigen Existenz der DDR, das Gerede von einer angeblich offenen deutschen Frage, von besonderen innerdeutschen Beziehungen, von Beziehungen innerhalb ein und derselben Nation. Diese Variante des Nationalismus wird besonders militant von der CDU/CSU vertreten. Sie gehört aber auch nach wie vor zum politisch-ideologischen Arsenal der SPD und FDP.

Als Marxisten sagen wir dazu in aller Deutlichkeit: Eine Einheit der Nation gibt es noch nicht einmal bei uns in der Bundesrepublik, weil ein tiefer Riß durch die kapitalistische Gesellschaft geht, die Arbeiter und Kapitalisten, Ausgebeutete und Ausbeuter trennt. Was die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR betrifft, so kann heute, nach den Festlegungen der Verträge von Moskau, Warschau und Berlin über die Anerkennung der Grenzen und die Unverletzbarkeit des territorialen Status quo und nach der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO, nach der Konferenz von Helsinki, niemand mehr im Ernst bestreiten, daß es sich bei den beiden deutschen Staaten um zwei voneinander unabhängige Staaten handelt, daß der Prozeß der Abgrenzung zwischen ihnen vollzogen ist.

Dabei handelt es sich bei der DDR und der BRD jedoch nicht nur schlechthin um voneinander unabhängige Staaten, sondern um Staaten mit unterschiedlicher, ja gegensätzlicher gesellschaftlicher Ordnung. Auf der einen Seite steht die kapitalistische Bundesre-

publik, in der das Monopolkapital herrscht, die zur NATO und zur EWG gehört. Auf der anderen Seite steht die DDR, der sozialistische deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat, der ein unlösbarer Teil der sozialistischen Staatengemeinschaft ist. Die beiden deutschen Staaten verkörpern so den Grundwiderspruch unserer Zeit, den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Imperialismus und Sozialismus. Zwischen ihnen kann es keinerlei „innere“ oder „Sonderbeziehungen“ geben, sondern wie zwischen allen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nur Beziehungen der friedlichen Koexistenz.

Wer dennoch wider die Realitäten und den politischen Verstand „besondere innerdeutsche Beziehungen“ predigt, der lügt sich nicht nur selbst etwas in die Tasche, der befindet sich im Widerspruch zum Buchstaben und Geist des Völkerrechts, der treibt ein gefährliches nationalistisches und revanchistisches Spiel.

Zum Nationalismus in der Bundesrepublik gehört ein ökonomisch verbrämter Nationalismus gegen die sozialistischen Länder. Danach sind die sozialistischen Länder angeblich auf die „Hilfe“ der Bundesrepublik angewiesen. Da wird behauptet, daß die Einfuhren aus den sozialistischen Ländern zu Dumpingpreisen geschehen, daß sie die Arbeitsplätze in der Bundesrepublik gefährden und ähnliches mehr. In Wirklichkeit sieht die Sache ganz anders aus. Selbst der sozialdemokratische „Vorwärts“ muß feststellen, daß sich der Export der Bundesrepublik in die RGW-Länder und nach China in fünf Jahren verdreifacht hat und 1975 den Export nach den USA und Kanada übertraf. Der „Vorwärts“ stellt fest: „Welche Bedeutung das für die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat, geht daraus hervor, daß 11,2 Prozent der Ausfuhren von Nordrhein-Westfalen in Staatshandelsländer gingen.“⁹⁵

Zum Nationalismus in der Bundesrepublik gehört das Schüren von Vorbehalten und Gefühlen nationalistischer Überheblichkeit gegenüber ausländischen Arbeitern. Insbesondere wird den deutschen Arbeitern eingeredet, daß die ausländischen Kollegen schuld seien an der Massenarbeitslosigkeit in unserem Lande. Auf diese Weise soll von den tatsächlichen Ursachen der Krise und Arbeitslosigkeit abgelenkt werden, die im kapitalistischen Profitsystem liegen. Nach der Methode „Teile und herrsche“ will das Großkapital einen Keil zwischen die deutschen und ausländischen Kollegen treiben, um beide Arbeitergruppen noch schärfer ausbeuten zu können.

Zum Nationalismus in der Bundesrepublik gehört aber auch die Überheblichkeit gegenüber den kapitalistischen Nachbarländern und das Streben nach Vorherrschaft in Westeuropa. Auch das ist keine neue Erscheinung. Schon unter Adenauer war die Bundes-

republik bestrebt, als Juniorpartner des amerikanischen Imperialismus die erste Geige in Westeuropa zu spielen. In jüngster Zeit zeigen sich auf diesem Gebiet aber einige neue Akzente.

So hören wir besonders seit dem Aufbrechen der Krise 1974/75 täglich aus dem Munde von Regierungspolitikern, aus Fernsehen, Rundfunk und der bürgerlichen Presse: Wir sind die Besten, wir haben die beste Wirtschaft, wir sind am besten mit der Krise fertig geworden, wir haben die besten sozialen Verhältnisse, wir haben die stärkste Währung usw. usf. Immer aufdringlicher maßen sich die herrschenden Kreise der Bundesrepublik die Rolle eines Schul- und Zuchtmeisters für Westeuropa an.

Das stößt natürlich auf zunehmende Ablehnung bei unseren Nachbarvölkern. So erklärte selbst Gaston Thorn, Luxemburgs Ministerpräsident und Präsident des Europäischen Rates: „Man kann es dreimal hören, daß einer der neun der Beste ist, aber man kann es nicht immer ertragen.“ Die französische Zeitung „Aurore“ nennt Bundeskanzler Schmidt „Schmidt-Superschnauze“, und das Pariser Massenblatt „France Soir“ stellte unter dem deutsch geschriebenen Titel „Der Feldweibel“ fest: „Wir haben vier Jahre lang in unseren Städten, in unseren Dörfern und auf unseren Straßen das Schimpfen der Feldweibel gehört. Unsere Ohren haben dafür ein ganz besonderes Feingefühl bewahrt. Plötzlich hat uns die Stimme Helmut Schmidts 35 Jahre zurückversetzt.“ Der ehemalige Premierminister und Alt-Gaullist Michel Debré wendet sich schließlich dagegen, daß die Bundesrepublik sich wegen ihrer Wirtschaftskraft anmaßt, Frankreich mit Arroganz zu behandeln.

Im sozialdemokratischen „Vorwärts“ wird diese Zuchtmeisterrolle Helmut Schmidts auch noch zu verteidigen versucht. Da kann man zum Beispiel lesen: „Wären die Menschen vernünftige Lebewesen, dann müßten sie sagen: Die Deutschen haben den Gürtel enger geschnallt, haben gespart, haben Arbeitsdisziplin gehalten, die Gewerkschaften behielten Augenmaß, sie haben die Krise relativ gut überstanden. Aber so denkt man nicht in Europa. Man überläßt sich seinen Ressentiments: Wenn die Deutschen es so machen, dann muß es wohl falsch sein. Denn diese Deutschen suchen die Vorherrschaft, einst versuchten sie es mit Waffen, jetzt mit Geld.“⁹⁶

Und an anderer Stelle: „In Wahrheit bedürfte dieses Europa schon eines Zuchtmeisters, nur ein Deutscher kann es nicht sein. Es könnte ein Mann sein, der alle deutschen ‚Untugenden‘ besitzt: Arbeitsdisziplin, Fleiß, Organisationsgabe, Charisma und den Willen, das als richtig Erkannte durchzusetzen, aber er müßte französischer Nationalität sein, einen französischen Paß besitzen und sich ausdrücken mit dem Wohlklang der schönen Sprache Frankreichs.

Dann wären alle seine deutschen ‚Untugenden‘ über Nacht französische Tugenden. Die Arroganz wäre dann Genialität. Selbst wir, wir häßlichen Deutschen, würden ihm folgen. Ein Helmut Giscard d'Estaing, das wäre die Lösung. Laßt uns hoffen.“

Das verstärkte Vorherrschaftsstreben des Imperialismus der Bundesrepublik äußert sich auch in immer direkteren Einmischungen in die politischen Angelegenheiten der westeuropäischen Nachbarländer. Das wird besonders deutlich in den Warnungen der Vertreter aller Bundestagsparteien vor einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Italien oder Frankreich. Das zeigt sich in der offenen Einmischung aller Bonner Parteien in Portugal und Spanien. Das kommt zum Ausdruck in der Rolle der SPD-Führung bei dem Bemühen, die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten in anderen Ländern zu verhindern.

So hat Willy Brandt auf der SPD-Konferenz „Internationale Politik“ am 9./10. April 1976 in Bonn Thesen zur Außenpolitik verkündet. Seine vierte These lautet unverblümt: „Die SPD ist in Europa eine Kraft der Freiheit und Gerechtigkeit. So wie sie in unserem Lande kommunistische Bewegungen in einer Position der Bedeutungslosigkeit gehalten hat, obliegt ihr in Europa die Aufgabe, ob in Portugal, Spanien oder anderswo, die Kräfte des freiheitlichen Sozialismus als Alternative zum Kommunismus zu stärken.“⁹⁷

Hier zeigt sich, daß ein neuer Akzent dieses Nationalismus offensichtlich in seiner Verbindung mit rechtssozialdemokratischen Sendungsvorstellungen besteht. Ausdruck dafür ist nicht zuletzt die von der sozialdemokratischen Führung bei den Bundestagswahlen 1976 verwandte Losung „Modell Deutschland“.

Der verstärkte Nationalismus kommt auch zum Ausdruck in dem Anspruch Genschers, daß ausgerechnet die Bundesrepublik sich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zum Anwalt der dritten Welt machen wolle. Es ist die gleiche Bundesrepublik, deren Regierung bei der Handelskonferenz in Nairobi zusammen mit den USA als Gralshüter der neokolonialistischen Ausplünderung der Entwicklungsländer aufgetreten ist, die die neokolonialistische Intervention der NATO-Staaten in Zaire vorbehaltlos unterstützt hat und enge Beziehungen zu den Rassisten in Südafrika unterhält.

Der Nationalismus hat in der Vorbereitung der beiden imperialistischen Weltkriege, die von deutschem Boden ihren Ausgang nahmen, eine verheerende Rolle gespielt. Er hat den arbeitenden Menschen Tod, Leid und Entbehrungen gebracht und dem Ansehen unseres Volkes in der Welt großen Schaden zugefügt. Heute findet der Nationalismus seinen gefährlichsten Ausdruck als ideologischer Nährboden für den Revanchismus und die zunehmenden

neofaschistischen Aktivitäten. Es liegt im nationalen Interesse des Volkes der Bundesrepublik, wenn die DKP der entschiedenen Auseinandersetzung mit allen Varianten des Nationalismus in ihrer bewußtseinsbildenden Arbeit einen wichtigen Platz einräumt.

Für die Entwicklung des politischen Bewußtseins besonders der Arbeiterklasse, aber auch anderer nichtmonopolistischer Kräfte, erhält neben der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Varianten des Antikommunismus und des mit ihm eng verbundenen Nationalismus der Kampf um die Zurückdrängung der verschiedenen Formen der Idee von der angeblichen Sozialpartnerschaft besonderes Gewicht. Sie dienten und dienen zur Begründung jener ideologischen und politischen Aktivitäten imperialistischer und sozialreformistischer Politiker, die auf die politische und ideologische Unterordnung besonders der Arbeiterklasse unter den staatsmonopolistischen Kapitalismus gerichtet sind. Ihre Verbreitung in der Arbeiterklasse stellt eine der wesentlichsten Grundlagen für den Einfluß der Politik des staatsmonopolistischen und besonders des rechtssozialdemokratischen Reformismus dar.

Die starke Wirksamkeit der Sozialpartnerschaftsvorstellungen spiegelt wider, daß große Teile der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik ihre Lage als ausgebeutete und unterdrückte Klasse noch nicht erkannt haben, daß sie viele Illusionen über die Rolle des imperialistischen Staates besitzen, den sie oftmals als neutralen Vermittler und als eine Einrichtung zur Wahrnehmung und Durchsetzung von Interessen der Allgemeinheit verstehen. Ansätze für das Zurückdrängen von sozialpartnerschaftlichen Auffassungen in der Arbeiterklasse entwickeln sich deshalb in erster Linie auf der Grundlage realer Erfahrungen über die Lage der Arbeiter und Angestellten als Angehörige einer besonders von der Monopolbourgeoisie ökonomisch ausgebeuteten und politisch unterdrückten Klasse. Zur Entwicklung dieser Erfahrungen trägt die Zuspitzung der sozialen und politischen Gegensätze bei, die seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre verstärkt wirksam wurden und auf deren Grundlage sich der Klassenkampf der Arbeiterklasse zu beleben begann.

Aus der Intensivierung der Ausbeutung, dem anwachsenden Druck auf den Reallohn durch Preis- und Steuererhöhungen, aus den zunehmend als menschenunwürdig empfundenen Arbeitsbedingungen und besonders aus der stärkeren Verunsicherung der Arbeitsplätze erwuchs eine zunehmende Unzufriedenheit von Teilen der Arbeiterklasse mit einzelnen Seiten des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, die auch in einer sich allmählich entwickelnden Streikbewegung ihren Ausdruck fand. Wachsendes sozialpolitisches Unbehagen gegenüber den bestehenden ökonomi-

schen und politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik, zunehmende Unzufriedenheit über die eigene gesellschaftliche Lage sind gegenwärtig erste Glieder in einer ganzen Kette von Erkenntnissen, die zu tieferen Einsichten darüber führen, daß die Herrschaft des Monopolkapitals den Interessen der Arbeiterklasse, der anderen demokratischen Kräfte sowie auch den nationalen Interessen der Bundesrepublik widerspricht.

Neben der Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus, dem Nationalismus und der Sozialpartnerschaftsidee kommt dem Kampf gegen die schädlichen, völlig unrealistischen und abenteuerlichen Positionen maoistischer und trotzkistischer Gruppierungen eine große Bedeutung zu. Ihre Tätigkeit und ihre Auffassungen erschweren die Entwicklung des politischen Bewußtseins jener gesellschaftlichen Kräfte, die potentiell fähig sind, eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt durchzusetzen, die Macht der Monopole zurückzudrängen und schließlich zu überwinden und so grundlegende antimonopolistisch-demokratische Veränderungen herbeizuführen.⁹⁸

Wenn die DKP auf den Kampf gegen die hier genannten Varianten der bürgerlichen Ideologie ihre besondere Aufmerksamkeit richtet, so heißt das selbstverständlich nicht, daß sie darauf verzichten würde, sich auch mit deren anderen Spielarten auseinanderzusetzen. Auf dem Hintergrund der vielfältigen Krisenerscheinungen des Kapitalismus, der unsozialen und gefährlichen Wirkungen der kapitalistischen Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts treten dabei in jüngster Zeit solche Positionen stärker hervor, wie eine, von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen abstrahierende allgemeine Lebensangst und Dämonisierung der Technik, ein Abschieben der kapitalistischen Krisenursachen auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und damit verbunden eine Belebung konvergenztheoretischer Konzeptionen. Solche ideologischen Positionen dienen objektiv der Entlastung und Verteidigung des Kapitalismus. Sie verstellen den Blick für die sozialistische Perspektive und müssen entschieden zurückgewiesen werden.

In ihren Bemühungen um die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiterklasse und der anderen nichtmonopolistischen Schichten nutzt die DKP die praktischen Erfahrungen des Kampfes gegen die ökonomische und politische Macht der Monopole. Sie fördert die bewußtseinsbildenden Einflüsse, die von den positiven Wirkungen des realen Sozialismus ausgehen. Aus den praktischen Kämpfen, die sich auf der Grundlage gesellschaftlicher Widersprüche entwickeln, entsteht – bis zu einem gewissen Grade auch spontan – in der Arbeiterklasse und bei anderen nichtmonopolistischen Kräften

eine Reihe von Teilerkenntnissen über den Charakter der kapitalistischen Verhältnisse.

So hat Lenin zum Beispiel auf die große Bedeutung von Streik-kämpfen für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse hingewiesen. Er hob hervor, daß diese Form des Kampfes der Arbeiter unerläßlich für die Verwirklichung ökonomischer und sozialer Forderungen zur Verbesserung der unmittelbaren Lebenslage der Arbeiter ist und daß in dem Maße, wie das erkannt wird, auch immer mehr Arbeiter an Streiks teilnehmen. „Nur wenn die wirtschaftliche Lage des Arbeitenden verbessert wird, wird die Masse in die Bewegung einbezogen, nimmt sie energisch an ihr teil, weiß sie diese zu schätzen, offenbart sie Heldenmut, Selbstaufopferung, Standhaftigkeit und Ergebenheit für die große Sache.“⁹⁹ Streiks und andere Formen des praktischen Kampfes der Arbeiterklasse haben also auch eine außerordentlich große Bedeutung für die Entwicklung wesentlicher Elemente der proletarischen Bewußtheit. „Indem die Arbeiterklasse für eine Verbesserung der Lebensbedingungen kämpft, wächst sie zugleich sowohl moralisch als auch geistig und politisch, wird sie fähiger, ihre großen Freiheitsziele zu verwirklichen.“¹⁰⁰

Die Umsetzung der Erfahrungen praktischer Kämpfe in positive Erkenntnisse darf von den Kommunisten allerdings nicht dem Selbstlauf überlassen werden. Ohne die intensive ideologische Arbeit der Kommunisten während der praktischen Kämpfe und ohne ihre verallgemeinernde Auswertung geht – wie schon ausgeführt – aus ihnen kein entwickeltes proletarisches Bewußtsein hervor.

Besonders im praktischen Kampf um die Verwirklichung ihrer dringenden ökonomischen, politischen und sozialen Bedürfnisse geraten die in der Arbeiterklasse noch weitverbreiteten Illusionen über die angeblich für alle Menschen in gleichem Maße vorhandene Demokratie und Freiheit, über für alle Menschen angeblich gleichermaßen gegebene Entwicklungsmöglichkeiten, über den angeblich den Interessen der Allgemeinheit dienenden imperialistischen Staat immer stärker in Widerspruch zum wirklichen sozialpolitischen Wesen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat die Felder beträchtlich ausgedehnt, auf denen objektiv die Interessen der Arbeiterklasse und die der anderen demokratischen Kräfte immer stärker mit dem imperialistischen Staat konfrontiert werden.

Wesentlicher Bestandteil der ideologischen Arbeit der DKP ist die Weiterentwicklung der sich aus den praktischen Auseinandersetzungen und Kämpfen um die Durchsetzung ihrer Interessen ergebenden politischen Erkenntnisse von Teilen der Arbeiterklasse

zu einem entwickelteren Klassenbewußtsein. Von der DKP werden dabei auch solche im unmittelbaren Interesse der Arbeiter, aber auch anderer nichtmonopolistischer Kräfte liegende Aktionen wie „Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“ zur Herausbildung des Klassenbewußtseins genutzt. Das geschieht, indem wir Kommunisten deutlich machen, daß die Verwirklichung solcher elementarer Forderungen nur möglich ist, wenn sie im bewußten Kampf gegen die grundlegenden Ursachen der inflationistischen Preissteigerungen und der wachsenden Verunsicherung der Arbeitsplätze, nämlich gegen die Herrschaft des Monopolkapitals, gegen dessen Profitsucht durchgesetzt, erkämpft werden. Kommunisten müssen sich stets der elementarsten, brennendsten Fragen annehmen, die die Arbeiter bewegen. Sie dürfen jedoch nicht dabei stehenbleiben, sondern müssen immer bemüht sein, ausgehend von diesen Fragen, den Arbeitern grundsätzliche Klassenerkenntnisse zu vermitteln, sie an das sozialistische Ziel der Arbeiterbewegung heranzuführen.

Für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse und die Herausbildung einer gegen die Monopolherrschaft gerichteten politischen Bewußtheit anderer demokratischer Kräfte spielt auch die stärkere Ausnutzung der vom real existierenden Sozialismus ausgehenden positiven Wirkungen eine wachsende Rolle. Marx und Engels hatten bereits auf die Tatsache hingewiesen, daß die praktische Realität des Sozialismus bedeutende Rückwirkungen auf die übrige Welt ausüben und die dortige gesellschaftliche Entwicklung beschleunigen werde.¹⁰¹ Von Lenin wurde dieser Gedanke unter den Bedingungen des Imperialismus und nach dem Sieg der Oktoberrevolution bekräftigt. In Auseinandersetzung mit Vertretern „links“ opportunistischer abenteuerlicher Positionen, die zum „Export der Revolution“ und zu ihrem „Anpeitschen“ aufriefen, hob er den Faktor des praktischen Einflusses, die Beispielwirkung des Sozialismus hervor. „Man muß die Bedeutung des Kommunismus in der Praxis, durch das Beispiel zeigen.“¹⁰²

Der Imperialismus der Bundesrepublik sieht sich heute auf allen gesellschaftlichen Gebieten tiefgreifender als in der Vergangenheit mit dem realen Sozialismus in seiner Gesamtheit, darunter mit der sozialistischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, konfrontiert. Damit wachsen die Einflußmöglichkeiten des Sozialismus auf die Volksmassen in der Bundesrepublik. Ausgehend von ihrem verstärkten Unbehagen, von ihrer zunehmenden Kritik an bestimmten Seiten der gesellschaftlichen Verhältnisse, beginnen immer mehr Arbeiter und junge Menschen in unserem Lande ihre ökonomische, politische und soziale Lage und ihre Entwicklungsmöglichkeiten in der Gesellschaft mit grundlegenden

sozialökonomischen und sozialpolitischen Vorzügen des Sozialismus zu vergleichen. Unter den Bedingungen der qualitativen Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus vergrößern sich objektiv besonders jene Einwirkungsmöglichkeiten, die von der stabilen ökonomischen und sozialpolitischen Entwicklung in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft ausgehen. Solche qualitativen Seiten des Lebens wie die Gewährleistung des Arbeitsplatzes und allgemeiner sozialer Sicherheit, die realen Möglichkeiten zur schöpferischen Entfaltung aller Fähigkeiten der Persönlichkeit treten durch die erfolgreiche Entwicklung des realen Sozialismus stärker in das Blickfeld der Arbeiter und Angestellten sowie anderer nichtmonopolistischer Kräfte, sie beeinflussen – trotz der verschärften antikommunistischen Meinungsmanipulation, die diesen Prozeß aufhält – ihr Denken über die in der Bundesrepublik notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen.

So werden neben den inneren Quellen für die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse und der gegen die Macht der Monopole gerichteten politischen Bewußtheit anderer demokratischer Kräfte verstärkt solche Quellen für die positive Bewußtseinsentwicklung wirksam, die sich aus den Realitäten des Sozialismus, aus seinem sich verstärkenden Einfluß ergeben. Ein gewisser Ausdruck dafür sind die sich allmählich herausbildenden neuen Tendenzen im Denken von Teilen der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner, die das Bild von der DDR, die Vorstellungen über deren gesellschaftliche Verhältnisse betreffen. Trotz des Drucks der imperialistischen Ideologie erkennen bereits Teile der Bevölkerung der Bundesrepublik, daß „in der DDR die Einkommensverteilung gerechter ist, die Sicherheit der Arbeitsplätze größer ist, die Mieten niedriger sind, eine größere Gleichheit der Bildungsmöglichkeiten gegeben ist, mehr für die Förderung von Wissenschaft und Technik, von Jugend und Sport getan wird, das Gesundheitswesen besser entwickelt, die Kriminalität indessen niedriger ist“.¹⁰³

Doch auch die neuen Möglichkeiten, die sich aus der Existenz und der praktischen Wirkung des Beispiels des realen Sozialismus für den Kampf gegen die Monopole und für die Entwicklung der dazu erforderlichen politischen Bewußtheit ergeben, realisieren sich nicht automatisch. Dem wachsenden Einfluß des Sozialismus auf die Bewußtseinsentwicklung versucht die Monopolbourgeoisie außerdem – und nicht ohne Erfolg – entgegenzuwirken, indem sie ihre antisozialistische Hetze verstärkt. Daraus ergibt sich, daß die bewußtseinsbildende Funktion des Beispiels des realen Sozialismus nicht zu jeder Zeit und nicht bei allen arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik in gleicher Intensität wirksam ist. Die ent-

scheidende Bedingung für die stärkere Ausschöpfung der vom realen Sozialismus ausgehenden positiven Wirkungen auf die Bewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Kräfte in der Bundesrepublik bleibt die wirksame ideologische Arbeit der DKP.

Im ideologischen Kampf unserer Partei spielt darum die Erläuterung der grundlegenden gesellschaftlichen Vorzüge des realen Sozialismus eine besondere Rolle. Das heißt nicht, den Sozialismus zum nächsten Ziel des Kampfes in der Bundesrepublik zu erklären. Die offensive Darlegung der historischen Notwendigkeit des Sozialismus und der Nachweis seiner qualitativen Überlegenheit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, die überzeugende Widerlegung der antikommunistischen und gegen die sozialistische Staatengemeinschaft gerichteten Verleumdungen des Großkapitals und seiner politischen und ideologischen Parteigänger ist aber eine wesentliche Seite des ideologischen Kampfes. Dadurch werden auch jene ideologischen Barrieren abgebaut, die gegenwärtig am stärksten dem Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, um grundlegende antimonopolistisch-demokratische Veränderungen in der Bundesrepublik entgegenstehen.

Die DKP unternimmt große Anstrengungen, um ihre ideologische Arbeit auf das Niveau der objektiven Erfordernisse des heutigen Kampfes zu heben. Kritisch wertet sie die eigene Arbeit, ringt sie um die Überwindung von Mängeln, weil nur so weitere Fortschritte errungen werden können. Ausgangspunkt und von besonderer Bedeutung ist dabei immer wieder „die Verbesserung der ideologisch-politischen Arbeit, der weltanschaulichen Erziehung der Mitglieder. Immer wieder stellen wir fest, daß ideologisch-politische Unsicherheiten das entscheidende Hemmnis für die Einbeziehung aller Genossen in die aktive Massenarbeit darstellen. Und wir merken, daß der politische und ökonomische Druck des Klassengegners auf die Partei bisweilen nicht ganz ohne Wirkung bleibt.“¹⁰⁴ Die ständige ideologische Qualifizierung der Mitglieder erweist sich als das Fundament der gesamten ideologischen Arbeit und der massenpolitischen Wirksamkeit der DKP.

Unsere Partei widmet der weltanschaulichen Festigung ihrer Mitglieder, ihrer Fähigkeit, die Theorie von Marx, Engels und Lenin schöpferisch auf die sich verändernden Bedingungen des Klassenkampfes anzuwenden, eine besonders große Aufmerksamkeit. Die feste Verankerung der wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats in den Reihen der DKP ist von wesentlicher Bedeutung für die erfolgreiche Lösung unserer komplizierten massenpolitischen Aufgaben. Sie gibt aber auch den einzelnen Mitgliedern der Partei Kraft für die Lösung ihrer Aufgaben. Diese Kraft und

die moralische Stärke aus unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu schöpfen, das ist gerade auch in einer solchen Lage notwendig, wie wir sie gegenwärtig haben, wo in der internationalen Arena die kommunistische Bewegung zwar mit großen Schritten vorankommt, in der Bundesrepublik selbst jedoch größere Erfolge erst durch langwierige, mühsame Kleinarbeit vorbereitet werden müssen, deren Ergebnisse häufig für lange Zeit nicht sichtbar werden.

IV/3 Voraussetzungen für die erfolgreiche Entwicklung des Klassenbewußtseins

Wenden wir uns abschließend der Frage zu, worin die wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche bewußtseinsbildende Arbeit der DKP in der Arbeiterklasse bestehen.

Wenn wir Kommunisten das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse entwickeln, sozialistisches Bewußtsein vermitteln wollen, müssen wir uns dieses Bewußtsein selbst immer gründlicher zu eigen machen. Das erfordert unermüdliches Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, der Theorie von Marx, Engels und Lenin, gründliches Vertrautsein mit der Politik und Programmatik der Partei, in der diese Theorie auf die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes in unserem Lande angewandt wird.

Für die Aneignung unserer Theorie und Politik ist das selbständige Studium der Werke der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus und der Dokumente der Partei von großer Bedeutung. Es muß jedoch seine notwendige Ergänzung finden in der kollektiven Diskussion auf den Bildungsabenden und Gruppenversammlungen der Partei. Von großer Bedeutung für die Aneignung der marxistischen Theorie ist darüber hinaus die Teilnahme an den Marxistischen Betriebsarbeiterschulen der DKP, an den Abendschulen und vielfältigen Veranstaltungen der Marxistischen Arbeiterbildung sowie für die jungen Genossen die Nutzung des Bildungsangebots der marxistischen Jugendorganisationen.

Wenn wir das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse entwickeln wollen, dann kommt es darauf an, uns als Kommunisten immer enger mit den Arbeitermassen zu verbinden. Wir müssen dort wirken, wo die Arbeiter und Angestellten arbeiten, wo sie wohnen, wo sie ihre Freizeit verbringen. Wichtigster Kampfplatz für einen Kommunisten sind darum die Betriebe, vor allem die Großbetriebe. Die bedeutendste Massenorganisation der Arbeiterklasse sind und bleiben die Gewerkschaften. Lenin betont in „Was tun?“, „Die Organisationen der Arbeiter für den ökonomischen Kampf müssen

Gewerkschaftsorganisationen sein.“ Und er fordert nachdrücklich: „Jeder sozialdemokratische Arbeiter (gemeint sind natürlich die Mitglieder der damaligen revolutionären Sozialdemokratie. Darum müßte es heute heißen: jeder kommunistische Arbeiter) hat diese Organisationen nach Möglichkeit zu unterstützen und aktiv in ihnen zu arbeiten.“¹⁰⁵ Neben der Arbeit in den Gewerkschaften kommt der Mitarbeit der Kommunisten in Sportvereinen und anderen gesellschaftlichen Organisationen, in denen Arbeiter in ihrer Freizeit zusammenkommen, sowie der Tätigkeit in demokratischen Bürgerinitiativen und Bewegungen eine große Bedeutung zu.

Wenn wir das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse entwickeln wollen, dann müssen wir es verstehen, dabei an die unmittelbarsten Probleme, die den Arbeitern und Angestellten auf den Nägeln brennen, und an ihre eigenen Erfahrungen anzuknüpfen. Wir dürfen allerdings niemals vergessen, daß es sich dabei zwar um äußerst wichtige Ansätze, aber eben nur um Ansätze handelt. Obwohl die ökonomischen Kämpfe unter den Bedingungen des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus, der ja durch die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates gekennzeichnet wird, häufig objektiv in gewissem Maße politischen Charakter erhalten und damit bessere Ansätze für die Entwicklung politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse entstehen, entsteht auch heute politisches Klassenbewußtsein nicht automatisch und nicht unmittelbar aus den Erfahrungen der ökonomischen Kämpfe.

Darum darf sich die Partei der Arbeiterklasse auch nicht auf die einfache Unterstützung der ökonomischen Kämpfe oder in ihrer Öffentlichkeitsarbeit in der „UZ“, in Betriebs- und Wohngebietszeitungen einfach auf ökonomische Enthüllungen beschränken. Lenin betont: „Die ökonomischen Enthüllungen (Enthüllungen über die Zustände in den Fabriken) waren und bleiben auch jetzt noch ein wichtiger Hebel im ökonomischen Kampf. Und diese Bedeutung werden sie behalten, solange der Kapitalismus besteht...“¹⁰⁶ Gleichzeitig erklärt er jedoch, daß es sich bei solchen ökonomischen Enthüllungen für sich allein genommen noch nicht um eine sozialistische, sondern nur um „eine tradeunionistische Tätigkeit“ handelt. „Die Sozialdemokratie (gemeint ist natürlich die revolutionäre Sozialdemokratie jener Zeit) leitet nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse für günstige Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft, sondern auch den Kampf für die Aufhebung der Gesellschaftsordnung, die die Besitzlosen zwingt, sich an die Reichen zu verkaufen. Die Sozialdemokratie vertritt die Arbeiterklasse nicht nur in ihrem Verhältnis zu einer bestimmten Unternehmergruppe, sondern in ihrem Verhältnis zu allen Klassen der

modernen Gesellschaft und zum Staat als der organisierten politischen Macht. Daher ist es begreiflich, daß die Sozialdemokraten sich nicht nur nicht auf den ökonomischen Kampf beschränken können, sondern es auch nicht zulassen dürfen, daß die Organisation der ökonomischen Enthüllungen zu ihrer hauptsächlichsten Tätigkeit werde. Wir müssen die politische Erziehung der Arbeiterklasse, die Entwicklung ihres politischen Bewußtseins aktiv in Angriff nehmen.“¹⁰⁷

Es wird also für die DKP in verstärktem Maße darauf ankommen, ausgehend von den Erfahrungen der Arbeiter und Angestellten, der arbeitenden und lernenden Jugend in den unmittelbaren sozialen und ökonomischen Kämpfen, tiefergehende Klassenkenntnisse, politisches Klassenbewußtsein zu entwickeln. Wir müssen an das in diesen Kämpfen bei Teilen der Arbeiter und der Arbeiterjugend stärker hervorgetretene elementare ökonomische Klassenbewußtsein anknüpfen, um ihnen tiefere Einsichten in ihre Klassenlage, in die in der Bundesrepublik bestehenden wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse zu vermitteln, um sie für die den Klasseninteressen der Arbeiterklasse dienende demokratische Alternative und sozialistische Perspektive der DKP zu gewinnen.

Mit einem Wort, es kommt darauf an, das elementare ökonomische Klassenbewußtsein von Teilen der Arbeiterklasse auf eine höhere politische Stufe zu heben. Erst durch die Herstellung dieser Verbindung wird unsere Politik in der Arbeiterklasse marxistische, kommunistische Politik. Nur auf diese Weise werden wir der bereits im „Kommunistischen Manifest“ formulierten Aufgabe der Kommunisten gerecht: „Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.“¹⁰⁸

Wenn wir das Klassenbewußtsein der Arbeiter entwickeln wollen, dann erfordert das, der Arbeit mit den Kleinzeitungen der DKP, insbesondere mit den Betriebszeitungen, noch größere Aufmerksamkeit zu schenken. Diese kleinen Zeitungen mit der großen Wirkung sind ein besonders wichtiges Instrument bei der Bewußtseinsbildung in der Arbeiterklasse.

Die Bedeutung der Betriebszeitungen der DKP besteht darin, daß sie in den Betrieben erscheinen, dort wo die Arbeiter von den Kapitalisten ausgebeutet werden und sich ihrem despotischen Kommando unterordnen müssen, wo die unversöhnlichen Klassegegensätze zwischen Arbeit und Kapital am unmittelbarsten aufeinanderprallen. Die Betriebszeitungen wenden sich an die Arbeiter der Großbetriebe, an die für die Entfaltung des Klassen-

kampfes entscheidenden Abteilungen der Arbeiterklasse, die darum die wichtigsten Adressaten kommunistischer Politik sind.

Die Betriebszeitungen greifen jene Probleme auf, die den Arbeitern am stärksten auf den Nägeln brennen, die sie selbst erleben und die sie nachprüfen können. Und die Betriebszeitungen wirken dort, wo der Klassegegner besonders starke Anstrengungen zur Meinungsmanipulierung, zur Verbreitung sozialpartnerschaftlichen Denkens unternimmt. So erscheinen periodisch 432 Werkszeitschriften der Unternehmer in einer Auflage von 5,3 Millionen Exemplaren. „Diese sind ganz darauf abgestellt, den Arbeitern und Angestellten zu suggerieren, sie würden über ‚ihr‘ Werk informiert, als sei ‚ihre‘ Meinung gefragt. Sie sind eine Fessel der ideologischen Einbindung der Belegschaften in die kapitalistischen Unternehmen, ihr Zweck ist die Verfestigung der Sozialpartnerschaftsideologie.

Hier haben unsere Betriebszeitungen eine wichtige Aufgabe in der ideologischen Klassenauseinandersetzung zu erfüllen, denn Klassenbewußtsein zu entwickeln erfordert auch, ständig die Demagogie der Unternehmer zu entlarven in der Auseinandersetzung mit den Schönschreibern der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft.“¹⁰⁹

Dabei werden die Betriebszeitungen der DKP ihre Aufgabe um so wirkungsvoller erfüllen können, je mehr sie zum wirklichen Organ der Betriebsgruppen werden, je mehr Genossen der Betriebsgruppe an ihrer Zeitung mitarbeiten. Die Ausstrahlungskraft der Betriebszeitungen wird um so größer sein, je besser es den Betriebsgruppen gelingt, um die Zeitung herum die Diskussion mit den Kollegen im Betrieb zu entwickeln. Die Betriebszeitungen werden ihren Aufgaben bei der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter um so besser gerecht, je besser sie es verstehen, ausgehend von den konkreten betrieblichen Fragen grundsätzliche Klassenerkenntnisse zu vermitteln.

Wenn wir das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse entwickeln wollen, dann sind wir aufgefordert, das Wirken fortschrittlicher Liedermacher, Song- und Theatergruppen, der DKP angehörender oder ihr nahestehender Schriftsteller, Maler und anderer progressiver Künstler noch mehr zu beachten und ihre Fähigkeiten noch stärker in der bewußtseinsbildenden Arbeit zu nutzen. Könnten fortschrittliche Maler und Graphiker nicht in weit größerem Maße als bisher bei der Gestaltung der Betriebszeitungen mitwirken? Wäre es nicht möglich, für die lebendige Gestaltung des öffentlichen Bildungsabends einer Betriebsgruppe einen Schriftsteller zu gewinnen, der aus seinen Arbeiten oder den Werken bekannter Arbeiterschriftsteller zum Bildungsthema passende Texte

liest? Könnte dadurch nicht geholfen werden, Arbeiter an das Lesen fortschrittlicher Romane heranzuführen, was für die Entwicklung des Klassenbewußtseins stets von größter Bedeutung war? Wäre es nicht angebracht, bei der Gestaltung von Betriebszeitungsfesten noch stärker die Möglichkeiten von Musikgruppen oder Liedermachern zu nutzen?

Vieles wird auf diesem Gebiet bereits getan. Noch werden aber nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Kultur, die eine besonders wirkungsvolle Waffe bei der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter sein kann, zu nutzen.

Wenn wir das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse entwickeln wollen, dann müssen wir stets bemüht sein, den Inhalt der Zeitung der DKP, der UZ, noch besser dieser Aufgabe unterzuordnen, dann kommt es darauf an, noch größere Anstrengungen zu unternehmen, um die UZ unter den Arbeitern und Angestellten zu verbreiten.

Die von Lenin in seiner Arbeit „Was tun?“ entwickelten Gedanken über die Parteizeitung als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator¹¹⁰ haben nichts von ihrer grundsätzlichen Bedeutung und Aktualität verloren. Die UZ ist das unentbehrliche Sprachrohr der DKP zu den arbeitenden Menschen, um sie mit der Programmatik und Politik der Partei bekannt zu machen, um sie zum Kampf für ihre eigenen Arbeiterinteressen zu mobilisieren. Die UZ ist das wirkungsvollste Instrument zur Vermittlung der vielfältigen Erfahrungen der Parteiarbeit, des Kampfes der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. Die UZ ist die schärfste Waffe der Partei bei der Verbreitung allseitiger Enthüllungen über die unversöhnlichen Klassengegensätze zwischen Arbeitern und Kapitalisten und über den Klassencharakter des kapitalistischen Staates, bei der Verbreitung der Erkenntnis, daß der Sozialismus auch für unser Land notwendig und möglich ist, bei der Vermittlung der Wahrheit über den realen Sozialismus, über Rolle und Politik der DKP. Kurzum: Die Zeitung der DKP ist und bleibt das wichtigste Instrument zur Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse.

Wenn wir das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse entwickeln wollen, dann ist dazu neben der allseitigen ideologischen und politischen Stärkung der DKP nicht zuletzt die Vergrößerung ihrer Reihen durch die Gewinnung neuer Mitglieder notwendig. Die Gewinnung neuer Mitstreiter für die Partei, das ist heute der wichtigste Schlüssel zur Verbesserung ihrer Arbeit. Von der Lösung dieser Aufgabe hängt weitgehend die Erweiterung des Einflusses der DKP in den Betrieben, die Stärkung vorhandener und der Aufbau neuer Betriebsgruppen ab. Die Lösung dieser Aufgabe ist

eine entscheidende Voraussetzung für eine noch wirkungsvollere Mitarbeit im Interesse der Arbeiter und Angestellten, des ganzen arbeitenden Volkes in den Gewerkschaften, in demokratischen Bewegungen und Bürgerinitiativen, in Verbänden und Vereinen, für die Entfaltung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und eines breiten antimonopolistischen Bündnisses.

Die Lösung dieser Aufgabe schafft neue Möglichkeiten für das Gespräch mit den Arbeitern, mit der Jugend, am Arbeitsplatz, bei Hausbesuchen und bei anderen Gelegenheiten. Von der Lösung dieser Aufgabe hängt auch weitgehend die stärkere Verbreitung der UZ ab. Die Stärkung der DKP und die Erweiterung ihres Masseneinflusses sind dafür die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik unerlässlich.

*

Wir Marxisten werden oft bezichtigt, blindlings dem Wirken objektiver Gesetze zu vertrauen, dadurch die Menschen als willenlose Werkzeuge des objektiven Geschichtsverlaufs einzuschätzen. Nichts ist falscher als das. Wir wissen, daß es die Kämpfe der Volksmassen sind, die die Geschichte bewegen. Und wir wissen, daß alles, was die Menschen in Bewegung setzt, zuvor in ihrem Kopf sein muß. Gerade darum ist eine gewaltige Schlacht zwischen den Verteidigern der alten, überholten Gesellschaftsordnung und uns Vorkämpfern der neuen, von Ausbeutung befreiten Welt der brüderlich verbundenen Menschen um die Herzen und Hirne entbrannt. Jede Klasse hat dabei ihre Trümpfe. Die Bourgeoisie zum Beispiel den Trumpf, daß sie die Medien besitzt. Aber wir haben einen Trumpf, der letztlich besser sticht. Das ist unsere marxistische Theorie, die die objektiven Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft aufdeckt und den Weg zur Befreiung des arbeitenden Volkes, zur Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus weist. Gestützt auf sie, die konkreten Bedingungen beachtend, haben wir den Kampf aufgenommen, die arbeitenden Massen zur Erkenntnis ihrer eigenen Lage und Interessen zu führen. Was immer es dabei auch an Schwierigkeiten gibt und geben mag, letzten Endes wird auch in unserem Lande die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe erkennen und verwirklichen. Im Bündnis mit den übrigen antimonopolistischen Kräften wird sie die Macht der Monopole überwinden und damit den Weg in die von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreite sozialistische Gesellschaft öffnen.

Quellen

- 1 Karl Marx, Rede auf der Jahresfeier des „People's Paper“ am 14. April 1856 in London. In: Marx/Engels, Werke, Bd. 12, S. 4.
- 2 Erich Hahn, Materialistische Dialektik und Klassenbewußtsein, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M., S. 92.
- 3 Ebenda.
- 4 Marx/Engels, Werke, Bd. 2, S. 38.
- 5 W. I. Lenin, „Was tun?“, Brennende Fragen unserer Bewegung, in: Werke, Bd. 5, S. 409 ff.
- 6 Vgl. Marxistische Blätter, Frankfurt a. M., Nr. 6/75, S. 105.
- 7 Vgl. IPW-Berichte 12/77, S. 38.
- 8 Vgl. UZ vom 14. 6. 1978.
- 9 Vgl. ebenda vom 10. 11. 1975.
- 10 Vgl. ebenda.
- 11 Vgl. ebenda.
- 12 Marx/Engels, Werke, Bd. 25, S. 501.
- 13 Vgl. UZ vom 24. 3. 1977.
- 14 Harald Werner: Pädagogisch-methodische Fragen und Erfahrungen der marxistischen Arbeiterbildung, Referat auf der Konferenz der Marxistischen Arbeiterbildung am 25./26. 11. 1976, veröffentlicht in: Informationen der Marxistischen Arbeiterbildung, Heft 5/76 und 1/77, S. 30–32.
- 15 Protokoll des Bonner Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei, S. 37.
- 16 PPP „Parlamentarisch-Politischer Pressedienst“ vom 16. 12. 1977.
- 17 Vorwärts, Bad Godesberg/Bonn, 5. 1. 1978.
- 18 Ein Beleg für die Feststellung, daß heute auch die SPD-Führung Unternehmermillionen einstreicht, ist der Bettelbrief des damaligen Schatzmeisters der SPD, Alfred Nau, vor den Bundestagswahlen 1972. Mit Berufung auf die prokapitalistische Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung bittet er die „Wirtschaft“ darum, „der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen angemessenen Spendenbeitrag zukommen“ zu lassen. Der Brief ist ausführlich zitiert in: Willi Gerns, Krise der bürgerlichen Ideologie und ideologischer Kampf in der BRD, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1976, S. 49.
- 19 Entwurf – Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, S. 43.
- 20 Ebenda, S. 44.
- 21 Hans Kalt, Wie frei sind die Sowjetmenschen?, herausgegeben von der KPÖ, S. 17/18.
- 22 Entwurf – Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, S. 43.
- 23 Welt der Arbeit, Nr. 47, 23. 11. 1973.

- 24 Vgl. Progress-Presse-Agentur, Tagesdienst vom 25. 9. 1974.
- 25 Vgl. Willi Gerns, Krise der bürgerlichen Ideologie, a. a. O., S. 91 f.
- 26 Energiepolitische Vorstellungen der DKP, S. 15.
- 27 Ebenda, S. 15/16.
- 28 Entwurf – Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, S. 25.
- 29 Ebenda.
- 30 W. I. Lenin, Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari“, in: Werke, Bd. 15, S. 444.
- 31 W. I. Lenin, Bericht des ZK der SDAPR zur Brüsseler Konferenz, in: Werke, Bd. 20, S. 511.
- 32 W. I. Lenin, „Was tun?“, in: Werke, Bd. 5, S. 418.
- 33 Vgl. W. I. Lenin, Wie man Resolutionen nicht schreiben soll, in: Werke, Bd. 12, S. 353.
- 34 W. I. Lenin, Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari“, a. a. O., S. 443.
- 35 Marx/Engels, Werke, Bd. 20, S. 260.
- 36 Vgl. ebenda, S. 259.
- 37 Ebenda, Bd. 4, S. 418.
- 38 W. I. Lenin, Entwurf und Erläuterung des Programms der Sozialdemokratischen Partei, 1895–1896, in: Werke, Bd. 2, S. 101/102.
- 39 Vgl. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Heft 1/1977.
- 40 Vgl. IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M., 1974.
- 41 W. I. Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Werke, Bd. 31, S. 76.
- 42 Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1970, S. 66, 67.
- 43 W. I. Lenin (AW 6), Bd. 5, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1971, S. 467.
- 44 Ebenda, S. 471.
- 45 Marx/Engels, Werke, Bd. 37, S. 326.
- 46 Entwurf – Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, S. 40.
- 47 L. I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins, Bd. 3, Berlin 1973, S. 213.
- 48 Entwurf – Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, S. 60.
- 49 W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 492.
- 50 Entwurf – Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, S. 41.
- 51 Vgl. I. Fetscher, Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten. München 1967, insbesondere S. 617–619, und I. Fetscher, Karl Marx und der Marxismus. Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung, München 1967, S. 123–131.
- 52 Marx/Engels, Werke, Bd. 1, S. 385.
- 53 Ebenda, S. 39.
- 54 Ebenda, Bd. 4, S. 474.
- 55 Ebenda, S. 596–601.
- 56 Ebenda, Bd. 37, S. 326.
- 57 Ebenda, Bd. 18, S. 267 f.
- 58 Ebenda, Bd. 21, S. 337.
- 59 Ebenda.
- 60 W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 397.

- 61 Ebenda, S. 396.
- 62 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 3. 1977.
- 63 Marx/Engels, Werke, Bd. 13, S. 8.
- 64 W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 385.
- 65 Ebenda, Bd. 23, S. 240.
- 66 Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 12/1975.
- 67 W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 385/386.
- 68 Ebenda, S. 436.
- 69 Ebenda.
- 70 Ebenda, S. 386.
- 71 Ebenda, S. 395.
- 72 Marx/Engels, Werke, Bd. 18, S. 516.
- 73 Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 58.
- 74 W. I. Lenin, Werke, Bd. 19, S. 400.
- 75 Ebenda, Bd. 4, S. 211.
- 76 Ebenda, S. 282.
- 77 Vgl. Zur Rolle der KPdSU und der Sowjetunion im revolutionären Weltprozeß, Dietz Verlag, Berlin 1975.
- 78 Schleifstein/Heiseler, Zur Entwicklung von Klassenbewußtsein in der BRD, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 12/1975.
- 79 Karl Marx, Das Kapital, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, S. 465.
- 80 Industriegewerkschaft Metall, Protokoll 12. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Düsseldorf 1977, Bd. II, S. 328.
- 81 Ebenda, S. 351.
- 82 Ebenda, S. 317.
- 83 Ebenda, S. 316.
- 84 Ebenda, S. 320.
- 85 Frankfurter Rundschau vom 14. 10. 1977.
- 86 Autorenkollektiv der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Proletariat und Klassenkampf in der Gegenwart, Dietz Verlag, Berlin 1977, S. 104.
- 87 W. I. Lenin, Die Lehren des Moskauer Aufstands, in: Werke, Bd. 11, S. 164.
- 88 Vgl. W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 397.
- 89 Bericht des Parteivorstands der DKP an den Hamburger Parteitag, S. 70.
- 90 W. I. Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Werke, Bd. 31, S. 44.
- 91 „Linke Phrasen – rechte Politik“ – Zur Politik und Praxis des KBW, S. 7/8, herausgegeben vom Parteivorstand der DKP.
- 92 M. A. Okunewa, Über die Wechselbeziehungen der Klassen in der chilenischen Revolution, in: Horizont, Nr. 38/1975, S. 9.
- 93 F. Engels, Einleitung zu Karl Marx, „Klassenkämpfe in Frankreich 1844 bis 1850“ (1895), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 22, S. 524.
- 94 Verteidigt die sozialen und demokratischen Rechte! Aufgaben zur weiteren Verstärkung der Massenarbeit in Vorbereitung des Bonner Parteitags. Rede von Herbert Mies auf der 9. Tagung des Parteivorstands der DKP, in: Eigenbeilage der UZ Nr. 257/1975 vom 6. 11. 1975, S. 11.

- 95 Vorwärts vom 15. 4. 1976.
- 96 Ebenda.
- 97 Ebenda.
- 98 Zur Politik der maoistischen Gruppen vgl.: Willi Gerns, Krise der bürgerlichen Ideologie und ideologischer Kampf in der BRD, a. a. O., S. 106 ff.
- 99 W. I. Lenin, Wirtschaftlicher und politischer Streik, in: Werke, Bd. 18, S. 73.
- 100 Ebenda.
- 101 Vgl. F. Engels, Grundsätze des Kommunismus, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 374/375.
- 102 W. I. Lenin, Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR (B), 6. Dezember 1920, in: Werke, Bd. 31, S. 452.
- 103 Herbert Mies, Friedenshoffnung – begeisterndes Beispiel, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 1/1975, S. 65.
- 104 Bericht des Präsidiums und des Sekretariats an die 7. Tagung des Parteivorstands der DKP. Berichterstatter: Gerd Deumlich, in: UZ-Extra, Nr. 138/1975, Eigenbeilage zu „Unsere Zeit“, 19. 6. 1975, S. 43.
- 105 W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 470.
- 106 Ebenda, S. 411.
- 107 Ebenda, S. 412/413.
- 108 Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 492.
- 109 Werner Cieslak, Die Lage der Arbeiterklasse in den Betrieben – die Aufgaben der Partei für die Stärkung der Betriebsgruppen. Referat auf der 5. Tagung des Parteivorstands der DKP, in: UZ-Extra Nr. 52/1977, Eigenbeilage zu „Unsere Zeit“, 3. 3. 1977, S. 31/32.
- 110 W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 445.

»Die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse ist eine ständige und vorrangige Aufgabe der marxistischen Partei. Sie ergibt sich vor allem daraus, daß die Arbeiterklasse die entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft ist. Von ihrem bewußten und aktiven Handeln hängt darum in erster Linie der Erfolg im Ringen um den gesellschaftlichen Fortschritt ab. Das gilt für die elementaren Auseinandersetzungen um höhere Löhne, gegen inflationistische Preistreiberei und um die Verteidigung von Arbeitsplätzen. Das gilt ebenso, wenn es darum geht, die demokratischen Rechte zu verteidigen und zu erweitern, den Entspannungsprozeß unumkehrbar zu machen, Abrüstungsmaßnahmen durchzusetzen. Es gilt erst recht für den Kampf um die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht des Großkapitals, für das Ringen um eine neue, bessere Gesellschaft, um den Sozialismus.«

Aus der Einführung. Willi Gerns ist Mitglied des Präsidiums der DKP und behandelt die Thematik populärwissenschaftlich und polemisch.